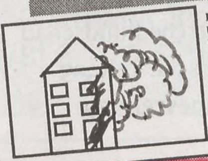
Antifa-Nachrichten-Doku

#18 - September '96
A 13803 - 3,50 DM

Was geht ab?

Die Wahrheit lügt in Lübeck

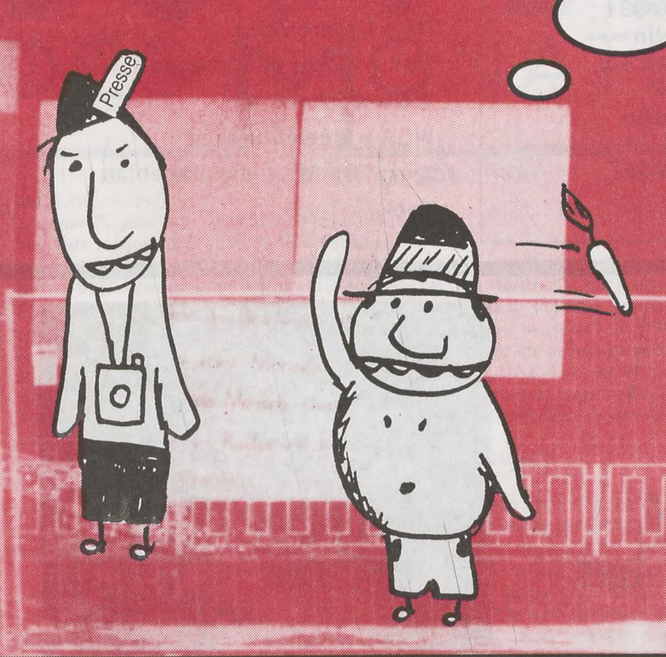
Brand-
X ursache:
STREIT IM HAUS!



Blabla bla. Bla bla bla. Bla blabla. Bla bla bla. Blabla bla. Blabla bla. Blablabla. Bla blabla. Blablabla. Bla bla bla. Bla bla bla. Bla bla bla. Bla bla bla. Blablabla. Blabla bla. Blablabla. Bla blabla. Bla blabla. Bla bla bla. Blabla bla. Blabla Bla blabla!

+++ Polizeimeldung +++
Es ist hier auch diesmal kein fremdenfeindlicher Hintergrund zu erkennen! Wie immer...

Puh, zum Glück: Es waren keine Deutschen!





»*Aussagen der verdächtigen rechten Jugendlichen:*
»Unsere Haare sind versengt, weil...««



Lügen haben kurze Beine!

Ahoi!
Nach'm Ende der Sommerpause wieder eine pralle »Was geht ab?« Mit dieser Ausgabe sind wir volljährig geworden. Aber leider wachsen unsere Schulden und wir sind wirklich dringend auf Spenden angewiesen! Vor einigen Tagen hat uns schon ein Scheck über 1.000 Mark von Breiti von den »Toten Hosen« erreicht, vielen Dank!!! In unserer letzten Ausgabe sind uns allerdings noch ein paar "Jugendsünden" unterlaufen. So sind die Namen zum Foto auf Seite 4 (JN-Demo) vergessen worden. Die Nr. 16 war und ist Sascha Wagner und die Nr. 33 betitelt Marko Hein von der Kameradschaft Marzahn. Außerdem sind in der letzten Ausgabe mehrere linken Zeitungen in der Rubrik Neuerscheinungen ziemlich schlechtgemacht worden. Diese meist negativen Zeitungseinschätzungen entsprachen nicht der Meinung der gesamten Redaktion, tschuldigung bei den Projekten! Entschuldigen müssen wir uns auch, daß wir einen der wichtigsten Artikel verlost haben, den zum Freispruch von Erich Priebke in Italien. Aber unser Auslands-Redakteur hat Stein und Bein geschworen, daß er ihn beim nächsten Mal schreibt. O.K. das war's dann erstmals, wir wünschen Euch einige interessante Leseminuten und hoffen auf Abos, Post, Spenden und Berichte.
In diesem Sinne...

...tschüß

WGA-Coupon

18

zum Abonnieren und Weiterverkaufen:

- ◯ **Ich möchte die Was geht ab? abonnieren!**
  - ◯ **Abo (10 Nummern) ab #_______ für 35 DM**
  - ◯ **Förder-Abo (10 Nummern) ab #_______ für 50 DM**
  - ◯ **Archiv-Abo (#1-20) für 60 DM**
  - ◯ **Ich möchte die Zeitung weiterverkaufen!**

  Bitte schickt mir _____ Exemplare (mindestens fünf) für 3,00 DM pro Stück. Das Abo soll über ◯ fünf / ◯ zehn Nummern laufen.

Bitte Geld/Scheck beilegen oder Kopie des Einzahlungsbelegs!

Name und Adresse:

Adresse: Was geht ab?
Postfach 110 331
D-10833 Berlin
Konto: A-Point e.V
733 885-104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10
Kennwort "WGA"

Folgende **Quellen** *haben wir für diese Ausgabe benutzt:*

A-NRW = Antifazeitung NRW
Abnorm
AIB = Antifa Infoblatt
Alhambra
AN = Antifaschistische Nachrichten
AMZ = Altmark-Zeitung
Antifa M
API Antifa Presse-Info
BeZe = Berliner Zeitung
bnr = blick nach rechts
Braunauer Ausguck
Der Rep = Der Republikaner
Die Kirche
DNZ = Deutsche Nationalzeitung
EV = Europa Vorn
FR = Frankfurter Rundschau
Grüne/Bündnis 90
JF = Junge Freiheit
Junges Franken
JW = Junge Welt
Lübecker Bündnis
ND = Neues Deutschland
NE = Nation & Europa
NTb = Naumburger Tageblatt
RAG = Rundbrief Gewerkschaftsantifa
Sabotage
SR = Süddeutsche Rundschau
SZ = Süddeutsche Zeitung
Taz = Die Tageszeitung
telegraph
Thule-Netz
Tsp = Der Tagesspiegel
uniKonkret
UZ = Unsere Zeit
VdF = Verlag der Freunde
WB = Wochenblatt
WGA = Eigener Bericht
WurzTb = Wurzener Tageblatt
Zeck

In Erinnerung an
Rosel
Rosa Näser aus Chemnitz
die ihr Leben lang gekämpft hat
und vor einem Jahr nach
langer Krankheit gestorben ist.



Was geht ab?

Impressum

Was geht ab? #18

Erscheinungsdatum:
1. September '96
3. Jahrgang

Herausgeber:
A-Point e.V.

Redaktion:
Edelweiß-Piraten Berlin

Verantwortlich iSdP:
Für nicht oder mit "WGA" gekennzeichneten Artikel:
Kai Mara
Bei allen anderen Artikeln ist der ViSdP der Quelle verantwortlich

Sammelanschrift für alle:
Was geht ab?
Postfach 110 331
D-10833 Berlin
Fax: 030 / 694 67 95

Konto:
A-Point e.V.
Nr. 733 885-104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10

So funxioniert diese Zeitung:

Die ***Was geht ab?*** ist eine Nachrichten-Dokumentation, keine theoretische oder Hintergrund-Zeitung. Wir dokumentieren Vorkommnisse, von denen wir aus diversen Quellen erfahren haben. Die Zeitung ist sortiert in die Bereiche **Bundesweit**, **»Offene Grenzen«**, die einzelnen **Bundesländer** in alphabetischer Reihenfolge, **International** sowie dem **Index**. Unregelmäßig gibt es auch die Rubriken **Portrait** oder **Neuerscheinungen**. Am Ende jedes Artikels steht die Quellenangabe bzw. eine Auswahl. Die Artikel sind nicht mit dem Text der Quelle identisch, sondern beziehen sich inhaltlich darauf. Der Index ist sortiert nach den **Stichworten**, **Organisationen/Medien**, **Personen** und **Orte**. Es werden immer die Seitenzahl und Teile der Überschrift angegeben.

Inhalt:

Seite	Bereich
4	Bundesweit
8	Offene Grenzen
11	Baden-Württemberg
11	Bayern
12	Berlin
15	Brandenburg
18	Bremen
18	Hamburg
20	Hessen
20	Mecklenburg-Vorp.
21	Niedersachsen
23	Nordrhein-Westfalen
25	Rheinland-Pfalz
25	Saarland
25	Sachsen
26	Sachsen-Anhalt
27	Schleswig-Holstein
28	Thüringen
30	International
35	Portrait
36	Index

LÖFFEL DES MONATS

lechts oder rinks oder wie?

Anti-Antifa verpetzt Nazis!
In einem Flugblatt aus der Nazis-Szene heißt es:
Radikale Nationalist/Innen geben bekannt!
Der Funktionär Andre Goertz aus Hamburg-Halstenbek war bis zum Verbot im Februar 1995 Landesgeschäftsführer der *FAP* in Schleswig-Holstein (...) Er hatte eine Türkin geheiratet, damit diese Türkin hier in Deutschland Bleiberecht bekommen und in der Gärtnerei seiner Mutter billig arbeiten konnte ! In Einheit und Kampf verkündete Goertz auch, daß sogenannte rechtsradikale Türken unsere Kameraden (!) seien, was aufgrund derer Zugehörigkeit zu einer fremden Rasse und Kultur zumindest äußerst fragwürdig ist. (...) unser Kamerad Jürgen Rieger, sagte später wörtlich: „Wenn ich gewußt hätte, was der für ein Schwein, hätte ich ihn nie verteidigt!"
Redeverbot für „Türken-Goertz"!
Verantwortlich: ***Volkstreues Komittee „Bratwurst statt Döner"***
ACHTUNG Schwerverbrecher
Die Person Daniel Großmann, geboren am 18.07.1976 derzeitige Wohnhaft in der (...), ist sofort wegen schweren Kameradendiebstahls aus der nationalen Szene zu verbannen. Daniel Großmann stahl bei einem Skinheadkonzert am 2.03.1996 mit seinen beiden Schwägern Tino und Nino Muce, rund 20.000,- die für die Gefangenenunterstützung (HNG) sowie für die Anti-Antifa vorgesehen waren. (...) Daniel Großmann ist unverzüglich von allen Mitglieder- und Verteilerlisten zu streichen. Ebenfalls zu streichen ist Herr Dirk Winkel aus Kassel (Hessen). Dieser versucht das Gerücht über Daniel Großmann's Unschuld in Umlauf zu bringen sowie Daniel Großmann wieder in der Szene zu etablieren.
Herrn Dirk Winkel werfen wir Unterstützung eines Kriminellen vor!
Die Ermittlungen der Anti-Antifa-Restdeutschland, der Anti-Antifa-Ostmark sowie von Combat 18 ergaben die eiwandfreie Schuld...wer diese leugnet oder gar versucht die Person Daniel Großmann wieder „hoffähig" zu machen versündigt sich an unser Weltanschauung, an Volk und Reich.





Der gesamte Index als F&A-Datei

Man kann ein Stichwort (z.B. Name, Organisation, Ort) eintippen und erhält die Angaben: WGA-Ausgabe, Seite, Überschrift des Artikels sowie alle zusätzlichen Stichworte zum betreffenden Artikel. Die Datei wird auf einer 3½"-Diskette verschickt. Derzeit sind 2.392 Artikel verarbeitet. Allerdings wird die Datei ständig aktualisiert und bei einer Bestellung erhält man immer die aktuellste Version (also inkl. der jeweils zuletzt erschienenen Nummer). Es ist also auch die vorliegende Ausgabe enthalten. Updates kosten 5 DM.
Die Diskette kann (für AbonnentInnen) **für 10 DM** inkl. Versand bei uns bestellt werden! Für Nicht-AbonnentInnen kostet sie 15 DM.
Achtung: Zur Nutzung der Datei muß das Programm **F&A** installiert sein! Andere Möglichkeiten haben wir nicht

»Rudolf-Heß-Marsch«:

Aktionen der Neonazis

Auch dieses Jahr wurde von den Faschisten wieder zum „Rudolf-Heß-Marsch" mobilisiert. Wie in den vergangenen Jahren kam jedoch kein zentraler Marsch mit tausend Teilnehmern zustande, wie es noch vor fünf Jahren war und auch für dieses Jahr angekündigt war. Das Wochenende 3./4. August '96 war der angekündigte Auftakt des „Aktionsmonats" zum neunten Todestag des Hitler-Stellvertreters **Rudolf Heß**. In über 90 Orten hatten die Faschisten, in der Regel vertreten durch die ***Jungen Nationaldemokraten***, Demonstrationen angemeldet, davon allein 15 in Berlin und Brandenburg. Tatsächlich versuchten die Nazis dann im niedersächsischen Bad Harzburg, eine Demonstration durchzuführen. Dort war keine Veranstaltung angemeldet worden. Etwa 60 Neonazis begannen ihren Marsch, der dann aber kurze Zeit später von der Polizei gestoppt wurde. Unter den Teilnehmern befand sich auch der JN-Bundesvorsitzende **Holger Apfel**. Nachdem ein Polizist von Nazis angegriffen worden war, gab es 43 Festnahmen. Die Gefangenen wurden nach Goslar gebracht, wohin ihnen die restlichen Nazis folgten. Wie schon im vergangenen Jahr sind die Neonazis aber auch so realistisch, keine zentrale Demonstration mehr in Deutschland zum planen. Daher versuchten sie, über **Constant Kusters** im niederländischen Arnheim eine Demonstration anzumelden, was aber von der örtlichen Stadtverwaltung verboten wurde.

Für den 17. August wurden bundesweit dann wieder 24 Kundgebungen angemeldet, die jedoch ebenfalls wieder flächendeckend verboten wurden. Trotzdem wurde in mehrerenStädten versucht, zu marschieren, wie z.B. im rheinland-pfälzischen Worms. Dieser Marsch wurde von Holger Apfel sowie **Steffen Hupka** angeführt. Die Polizei schritt erst ein, als die Demonstration bereits begonnen hatte und nahm 146 Nazis fest. Am Rande des Aufmarsches hatte sich ein Pulk von 200 Antifaschisten, aufgebrachten Bürgern und Journalisten gebildet, aus dem immer wieder Parolen gerufen wurden und aus dem mit Pyros in die Nazidemo geschossen wurden. Daraufhin ging das SEK dann gegen die Antifas vor. Vor und während des Nazimarsches gab es auch immer wieder Prügeleien zwischen Rechtsradikalen und Antifas, bei denen vor allem Nazis verletzt zurückblieben.

In Baden-Württemberg und Hessen wurden weitere 100 Neonazis festgenommen, die nach Polizeiangaben auf dem Weg nach Worms waren. Mehreren französischen Rechtsextremisten wurde die Einreise nach Deutschland verwehrt. Zeitgleich mit der Demo in Worms marschierten von Antifaschisten unbemerkt etwa hundert ostdeutsche Neonazis in Merseburg (Sachsen-Anhalt) auf. Hier waren die ***Nationalen*** federführend. Unter der Leitung des berliner Vorsitzenden hatte die Organisation offensichtlich intern die eigenen Mitglieder und befreundete Organisationen mobilisiert. Die Polizei griff während des zehnminütigen Aufmarsches nicht ein. Im Anschluß an die Kundgebung begaben sich die Neonazis im Konvoi zum Brunnenfest in Bad Lauchstädt. Dort kam es dann zu Ausschreitungen, in deren Verlauf 30 Nazis festgenommen wurden. Außerdem war offenbar ein Angriff auf ein besetztes Haus in Bitterfeld geplant, von dem angesichts der Anwesenheit zahlreicher Antifas jedoch abgesehen wurde.

Währenddessen war seit einigen Wochen Trollhättan in Südschweden im Visier der Faschisten, da sie dort bereits über gute Kontakte verfügten. Dort gab es schwere militante Auseinandersetzungen zwischen Faschisten und Antifas, weil etwa 250 Nazis (auch deutsche) unter Polizeischutz zum Bahnhofsvorplatz marschierten. Als sie von mehreren hundert Gegendemonstranten mit dem deutschen Ruf „Ihr seid Schweine" empfangen wurden, flogen Flaschen von beiden Seiten. Die Polizei trieb die Antifaschisten auseinander.

▶ JW 5./19.8.; BeZe 9.8.; Tsp 18.8.96 ◀

Nazi-Aktivitäten

»Pressedienst Europa«

Da es für die eifrigen Anti-Antifa-Aktivisten manchmal nicht leicht ist, den Überblick über die antifaschistischen Publikationen zu behalten, gibt es nun den ***Pressedienst Europa***, der seine Namensähnlichkeit mit der Monatszeitschrift ***Nation & Europa*** sicher nicht zufällig gewählt hat. Dieser Pressedienst hat es sich zur Aufgabe gemacht, die wichtigsten Artikel zu sammeln, auszuwerten und den Betroffenen zur Kenntnis zu bringen. Für einen Abo-Preis von jährlich 60 Mark kann man sich also diesen Pressedienst zukommen lassen: Pressedienst Europa, Postfach 100 549, 44705 Bochum. ▶ NE 4/96 ◀

»Junge Nationaldemokraten«

Sammelbecken für Neonazis

In diesem Jahr fiel bei der Vorbereitung des „Rudolf-Heß-Marsches" den ***Jungen Nationaldemokraten (JN)*** eine besondere Rolle zu. Hatte die ***NPD***-Jugendorganisation früher eher die Funktion eines „Durchlauferhitzers", in der sich Nazis erst richtig militant entwickelten, so scheinen sich die ehemaligen Kameraden heute genau dort wiederzutreffen. Die JN wird derzeit zum legalen Sammelbecken der Neonazi-Szene. Mit von der Partie: Mitglieder verbotener Gruppen wie der ***Nationalistischen Front*** oder der ***FAP***. Der Faschist **Meinolf Schönborn** war bis 1985 NRW-Landesvorsitzender der JN, bis er im selben Jahr die NF gründete, die 1992 verboten wurde. Ideologisch standen er und seine Organisation der JN schon immer sehr nah, stellte der JN-Bundesvorsitzende **Holger Apfel** erst kürzlich im Parteiblatt „Einheit und Kampf" fest. In der aktuellen Nummer kommt dann auch Schönborn selbst zu Wort, obwohl gegen ihn ein staatlich verordnetes politisches Betätigungsverbot besteht. Aus der 1967 gegründeten Jugendorganisation stammt eine Vielzahl der Funktionäre militanter Neonazi-Gruppen. **Michael Kühnen** ist das sicher prominenteste Beispiel. **Michael Swierczek**, Führer der mittlerweile verbotenen „Nationalen Offensive", **Peter Neumann**, dienstältester Naziterrorist, und zahlreiche andere ließen sich anfügen. 1979 gründete die Koblenzer JN-Gruppe um **Siegfried Bublies** die noch heute bestehende nationalrevolutionäre Zeitschrift ***Wir selbst***. 1990 veränderte die JN ihre Arbeitsweise. Seitdem steht das nationalrevolutionäre Konzept des „Dritten Weges" zwischen Kapitalismus und Kommunismus im Vordergrund. Der Organisation wurde eine Kaderstruktur gegeben. Beide Veränderungen erinnern stark an Schönborns NF. End verbunden sind die Jungen Nationaldemokraten mit dem ***Nationaldemokratischen Hochschulbund (NHB)***, der zwar als Gruppe unbedeutend ist, aber als theoretischer Kopf eine wichtige Rolle spielt. Viele NHB-Kader waren vorher in anderen Organisationen und fungieren nun als Herausgeber der Zeitschrift ***Vorderste Front***, in der nationalrevolutionäre Theorie und Umsturzszenarien entwickelt werden. Auf sie ist auch das Konzept und die Idee des Neonazi-Computerverbundes ***Thule-Netz*** zurückzuführen. Über dieses Netz laufen die Organisationsbefehle, Nachrichten und

Geheiminformationen, die verschlüsselt vor staatlichem Zugriff gesichert sind. Die JN dient allen Strömungen derzeit als Mobilisierungs- und Orientierungsrahmen. Schon früh war der Bundesvorsitzende Apfel Kontaktmann zur offen neofaschistischen ***Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front***, der wichtigsten Neonazi-Dachorganisation. Er arbeitete eng mit dem derzeit inhaftierten **Christian Worch** zusammen und trat z.B. 1993 als Redner auf dem „Rudolf-Heß-Gedenkmarsch" in Fulda auf. Parallel zur ideologischen läuft die praktische Ausbildung der Kader. So führt der sogenannte „Ordnungsdienst" regelmäßig Ausbildungs- und Schulungslager durch. Und auch in der Anti-Antifa-Arbeit werden die Kameraden ausgebildet. Das diesjährige Ostertreffen der JN war dem Thema Erfassung und Bekämpfung von »Volksfeinden« gewidmet. Gut sind auch die internationalen Kontakte: Am 16. Dezember '95 führte die JN den „2. Europakongreß der Jugend" durch, an dem 300 Personen teilnahmen. Unter dem Motto „Nie wieder Imperialismus! Nie wieder Krieg! Europäischer Nationalismus bis zum Sieg!" hielten die Vertreter aus Kroatien, Holland, Österreich, Griechenland, Spanien und Rumänien Reden und verlasen Grußbotschaften aus Belgien, Frankreich, Portugal, Ungarn und Nordirland.

▶ WGA, JW 4.7.96 ◀

Redaktionsschluß der *Was geht ab?* für die Ausgabe #19 ist der 15. August '96 Nicht vergessen, gelle?

Lauck-Prozeß

4 Jahre für ein Unschulds-Lamm

Zu vier Jahren Haft ist der us-amerikanischen Neonazi **Gary Lauck** in Hamburg am 22. August '96 verurteilt worden. Lauck stand wie berichtet seit dem 9. Mai '96 wegen Verbreitung neonazistischer Propaganda, Volksverhetzung, Aufstachelung zu Gewalt und anderem vor dem Landgericht.

Ein ehemaliger Beamter des Verfassungsschutzes hatte im Prozeß den Versuch des Angeklagten, in Deutschland ein „nationalsozialistisches Zellensystem" aufzubauen, als erfolglos bezeichnet. Dem engen Mitarbeiterkreis Laucks gehören nur zehn bis zwölf Personen an, sagte **Heinrich Sippel**, der bis 1995 zuständiger Abteilungsleiter der Behörde war. Die Zahl der Fördermitglieder, die regelmäßig Material von der ***NSDAP/AO*** angefordert hätten, gab der Beamte mit nur 100 Personen an. Diese seien aber „überwiegend Einzeltäter". Allerdings habe die Dauerberieselung mit NSDAP/AO-Material aus den USA den Boden zur Aggression bereitet, sagte Sippel. Informationen von antifaschistischer Seite sprechen dagegen von 20.000 Adressaten. Laucks Verteidiger **Hans-Otto Sieg** stellte einen Antrag auf Vernehmung der Lauck-Mitarbeiterin **Opal Soltau** aus den USA; sie könne bezeugen, daß sie allein die Versendung des Materials zu verantworten habe - Lauck hätte davon keine Kenntnis gehabt. Dagegen sagte Sippel, daß das FBI bereits 1973 (!) eine Aussage Laucks hatte, daß er sowohl Mitglied der NSDAP/AO sei, als auch das Material verschicke. Die Staatsanwaltschaft hatte fünf Jahre gefordert, der Verteidiger Freispruch, da die Straftaten im Ausland begangen wurden, wo andere Gesetze herrschen.

▶ JW 21.6., BeZe 23.8.96 ◀

Revanchisten

Rechtsextremisten verzögern Aussöhnung mit Tschechien

Bisher hat es die Bundesregierung nicht geschafft, eine längst fällige außenpolitische Entscheidung treffen: Es geht um die Aussöhnung Deutschlands mit Tschechien. Zwar haben sich die Außenminister in Bonn und Prag nach einem einjährigen, peinlichen Verhandlungsmarathon auf den Text für eine Erklärung zur NS-Okkupation der Tschechoslowakei und zur Vertreibung der Sudetendeutschen geeinigt, doch die Koalition hat dem seit geraumer Zeit vorliegenden Entwurf immer noch nicht zugestimmt. Ein wichtiger Grund für die Verzögerungen dürfte die ablehnende Haltung der ***Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL)*** zu der Erklärung sein, deren Sprecher **Franz Neubauer** während der Gespräche mit der Prager Regierung regelmäßig vom Auswärtigen Amt konsultiert wurde. Neubauer, der in Bayerns Ministerpräsident **Edmund Stoiber** bisher einen mächtigen Erfüllungsgehilfen hatte, beharrt auf den Vermögensansprüchen der vertriebenen Sudetendeutschen und warnt die Bundesregierung vor Zugeständnissen an die tschechische Seite. Nach Ansicht des sudetendeutschen Historikers **Ferdinand Seibt** - er ist Mitglied der deutsch-tschechischen Historikerkommission - wird die Führung der SL in starkem Maße vom ***Witikobund*** gelenkt. Diese Organisation stellt allein vier der fünf Präsidiumsmitglieder der SL-Bundesversammlung. Der Witikobund wurde ursprünglich von hochrangigen Mitgliedern der NSDAP sowie der SS gegründet, um Gebietsansprüche gegenüber der Tschechoslowakei durchzusetzen. Zum Witikobund gehören heute **Kurt Beckmann**, ehemaliger NRW-Landesvorsitzende der ***Republikaner***, deren frühere Landtagskandidat **Horst Übelacker** sowie **Werner Noack**, Gründungsmitglied der faschistischen ***Deutschen Volksunion***. Außerdem sechs ***NPD***-Funktionäre und sieben Autoren der Zeitung ***Junge Freiheit***. Noack ist Vizepräsident der SL-Bundesversammlung, Übelacker sitzt als stellvertretender Bundesvorsitzender des Witikobunds im „Heimatpolitischen Ausschuß" dieses SL-Gremiums. Er rechtfertigt die Greueltaten der SS in Lidice - alle Männer des tschechischen Ortes wurden damals von Nazis ermordet - als eine „völkerrechtlich übliche Sache". Im Bundesvorstand der Sudetendeutschen Landsmannschaft sind die „Witikonen" unter anderem durch **Siegfried Zoglmann** vertreten - einst Amtschef der NS-Reichsjugendführung im Range eines Gebietsführer-Chefs der Befehlsstelle Böhmen und Mähren. Der Witikobund steht noch heute fest in seiner faschistischen Tradition. Das Andenken an NS-Opfer wird im ***Witikobrief*** als „zeitgenössischer Holocaust-Express" verhöhnt. In Anbetracht der gefährdeten Beziehungen zwischen Prag und Bonn warnte der ***SPD***-Fraktionsvize **Günter Verheugen** vor einem Scheitern der deutsch-tschechischen Erklärung: Es werde „immer offensichtlicher, daß Kräfte am rechten Rand der Sudetendeutschen Landsmannschaft Einfluß auf die deutsche Außenpolitik nehmen.

▶ API 5.8.96 ◀

Finanzierung

Waffenschmidt tief in VDA-Skandal verwickelt

Der Staatssekretär im Bundesinnenministerium, **Horst Waffenschmidt**, ist tief in den Skandal um die Finanzierung von Projekten des rechtsextrem beeinflußten ***Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA)*** verwickelt. Darauf weist die Antwort der Bundesregierung vom 10. Juni '96 auf eine Kleine Anfrage der ***Grünen/Bündnis 90*** hin. Von 1990 bis 1995 sind Projekte des VDA für die Minderheitenarbeit in Osteuropa mit mehr als 213 Millionen Mark aus Bundesmitteln gefördert worden. Mehrere Millionen können bis heute nicht nachgewiesen werden. Dieser Skandal ist seit mindestens 1993 öffentlich bekannt und bis heute nicht abschließend aufgeklärt. Während Mittelzuweisungen des Auswärtigen Amtes ohne gravierende Beanstandungen abgerechnet wurden, sind die Prüfungen im Innenministerium immer noch nicht abgeschlossen. In diesem Rahmen durchgeführte Geldtransporte „in Handkoffern" sind überhaupt nicht mehr nachvollziehbar. Die Bundesregierung konnte in ihrer Antwort auf die Anfrage auch nicht den Verdacht ausräumen, daß die finanziellen Unregelmäßigkeiten mit der Doppelfunktion von Waffenschmidt als zuständigem Staatssekretär des Innenministeriums sowie als Verwaltungsratsmitglied des VDA bis 1993 zusammenhängen. Nach Ansicht der Bündnisgrünen ist daher klar, daß Waffenschmidt nicht mehr als Staatssekretär haltbar ist.

Der VDA vertritt eine traditionelle Volkstumspolitik und scheut auch nicht davor zurück, erklärte Rechtsextremisten in seine Arbeit mit einzubeziehen. So konnte während der Kulturpreisverleihung des Vereins 1994 der österreichische Rechtsextremist und VDA-Verwaltungsratsmitglied **Helmut Kowarik** die von ihm mitverantwortete Zeitschrift ***Eckartbote*** auslegen. In diesem Blatt werden u.a. die Geburtstage Hitlers oder Heydrichs begangen. Obwohl auch hochrangige Vertreter der Unionsparteien Mitglied im VDA sind,

ist Kowarik bis heute nicht aus dem Verein ausgeschlossen oder von seiner Funktion entbunden worden.

▶ Grüne/B.90 21.6.96 ◀

Kyffhäuser-Bund

Bonner Geld für Militaristen

Die kaisertreu-revanchistische Vereinigung ***Kyffhäuser-Bund*** erhielt in den vergangenen Jahren aus Bundesmitteln ständig wachsende Beträge. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der ***PDS***-Bundestagsabgeordneten **Ulla Jelpke** hervor. Demnach wurden „sicherheitspolitische Seminare und Veranstaltungen der freiwilligen Reservistenarbeit" 1991 mit 4.600 Mark, 1992/93 mit 8.100 Mark und 1994/95 sogar mit 12.000 Mark gefördert. Insgesamt ist die Antwort der Bundesregierung jedoch „eine schlichte Unverschämtheit", wie Ulla Jelpke den Bericht kommentierte. Fragen, die die ideologische Ausrichtung des rechten Kriegerbundes betrafen - dessen erster Nachkriegsvorsitzender immerhin ein ehemaliger SS-Mann war - wurden ebensowenig beantwortet wie die Frage, ob es zutreffe, daß dort Jugendliche an der Waffe ausgebildet werden. Ähnlich verschwörerisch verhält sich die Bundesregierung zu Fragen nach der ominösen Rede, die Kanzleramtsminister **Friedrich Bohl** am 15. Juni '96 auf der 100-Jahr-Feier des Kyffhäuser-Bunds hielt. Diese Rede wurde - entgegen sonstigem Brauch - nicht veröffentlicht und wird auch auf Nachfragen von Parlamentariern nicht herausgerückt. Mehrere Fragen dazu werden praktisch ignoriert. Ulla Jelpke will nun mit einer neuen Anfrage die Regierung zwingen, ihr Verhältnis zum Kyffhäuser-Bund offenzulegen. ▶ JW 2.8.96 ◀

Altnazis

Thadden ist tot

Kann ein Vorname Programm sein? **Adolf von Thadden**, der bedeutendste Protagonist des parteipolitisch organisierten Rechtsextremismus starb in der Nacht zum 17. Juli '96 im Alter von 75 Jahren. In vielen Feldzügen des Zweiten Weltkriegs beteiligt wurde er mehrfach verwundet und mit hohen Auszeichnungen bedacht. Nach Kriegsende geriet er in Gefangenschaft, aus der er fliehen konnte. Wieder in Deutschland schloß sich der Faschist 1947 der ***Deutschen Reichspartei*** an und zog für diese in den ersten Bundestag ein. Als die DRP ihrem Untergang entgegenschritt wechselte Thadden zur ***NPD***, deren Vorsitzender er 1967 wurde; zu einer Zeit, als diese Partei zahlreiche Landtagswahlerfolge zu verbuchen hatte. 1971, zwei Jahre nachdem die erfolgreichste rechtsradikale Sammlungsbewegung im Nachkriegsdeutschland ihren Einzug in den Bundestag knapp verpaßt und damit ihren Höhepunkt überschritten hatte, zog sich der kühle Taktiker langsam zurück, um sich wiederum einem erfolgversprechenden Projekt zuzuwenden: bis zu seinem Tod war er Mitherausgeber der zentralen Publikation des rechtsextremen Lagers, der Monatszeitschrift ***Nation & Europa***. Nu isser wech. ▶ WGA ◀

Justiz

Althans hinter Gittern

Der Hauptdarsteller des umstrittenen Filmes „Beruf Neonazi", der Rechtsextremist **Ewald Althans**, muß wegen volksverhetzender Aussagen und Verunglimpfung des Staates für drei Jahre und sechs Monate hinter Gitter. Wie der Bundesgerichtshof in Karlsruhe am 12. Juli '96 mitteilte, verwarf der 3. Strafsenat die Revision von Althans gegen ein im August '95 ergangenes Urteil des Berliner Landgerichtes. Die Überprüfung des angefochtenen Urteils habe keine Verfahrensmängel ergeben. In dem Film hatte Althans in einer Diskussion mit Besuchern der Gedenkstätte im ehemaligen KZ Auschwitz behauptet, dort habe überhaupt keine Judenvernichtung stattfinden können.

▶ JW 13.7.96 ◀

Nazi-Organisationen

Verstöße gegen Verbot

Das Bundeskriminalamt hat seit 1992 insgesamt 108 Verstöße gegen das Organisationsverbot von rechtsextremistischen Vereinigungen registriert. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage von ***Grüne/Bündnis 90*** hervor. Bei den Verdachtsfällen und eingeleiteten Ermittlungsverfahren ging es überwiegend um die Verbreitung von Propagandamaterial verbotener Vereinigungen. ▶ JW 3.7.96 ◀

Revanchisten

DRG aufgelöst

Die 1957 von ehemaligen Angehörigen der Wehrmacht und den Nazis kollaborierenden Exil-Russen gegründete ***Deutsch-Rußländische Gesellschaft (DRG)*** hat sich aufgelöst. Ein entsprechender Antrag des Bundesvorstandes unter dem Vorsitz von **Klausgeorg Straube** wurde einstimmig angenommen. Das Ziel des Vereins mit zuletzt 300 Mitgliedern im Alter von 70 Jahren aufwärts, dürfte mit dem Zerfall der Sowjetunion weitgehend erreicht worden sein.

▶ AN 12/96 ◀

Altnazis

KZ-Aufseherin muß Entschädigung zurückzahlen

Die heute 75jährige ehemalige KZ-Aufseherin **Margot Pietzner** wurde 1992 als Opfer des Stalinismus anerkannt und mit über 60.000 Mark entschädigt. Das Bundesjustizministerium setzte sich damals für eine schnelle Entschädigung ein. Jetzt muß sie das Geld zurückzahlen. Im August 1946 wurde Margot Pietzner in Wittenberg von den Sowjets verhaftet. Man warf ihr vor, Aufseherin im KZ-Nebenlager Rödernhof bei Belzig (Brandenburg) Häftlinge mißhandelt zu haben. Das SS-Mitglied wurde von einem sowjetischen Kriegsgericht zum Tod verurteilt, was später zu 25 Jahren Arbeitslager umgewandelt wurde. Die Strafe verbüßte sie in verschiedenen Lagern und Gefängnissen, bis sie 1956 nach einer Amnestie frei kam. In der Bundesrepublik wurde Pietzner am 9. März '92 als politischer Häftling und Opfer des Stalinismus anerkannt. Für ihre Haftzeit erhielt sie im März '93 - nach dem 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz - eine Entschädigung von 64.350 Mark. Das Geld stammte aus Bundesmitteln der „Stiftung für ehemalige politische Häftlinge", die den Bundesministerien für Justiz und Inneres zugeordnet war. Die Nachfolgeorganisation dieser Stiftung, die „Projektgruppe Häftlingshilfegesetz", hob den Anerkennungsbescheid als Opfer des Stalinismus nun auf und fordert das Geld zurück. Über die Gründe der Aberkennung will sich die Projektgruppe nicht äußern, es handele sich um ein schwebendes Verfahren. Man gab jedoch bekannt, daß „von Amts wegen" neue Tatsachen ermittelt worden sind, will diese aber nicht offenlegen. Frau Pietzner hat gegen die Aberkennung Widerspruch eingelegt.

Der Fall Margot Pietzner hatte seinerzeit für bundesweite Schlagzeilen gesorgt. Pietzner hatte über ihr Schicksal in der Berliner ***Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus*** berichtet. Deren Mitarbeiter hatten den Entschädigungsantrag der ehemaligen KZ-Aufseherin auf den

NS-Justiz

Bonhoeffer ist rehabilitiert

Das Todesurteil, das die Nazis gegen den Theologen **Dietrich Bonhoeffer** gefällt haben, ist bereits seit 1946 aufgehoben. Dies stellte das Berliner Landgericht fest, das über einen Rehabilitierungsantrag zu entscheiden hatte. In seinem jetzt gefällten Beschluß verwiesen die Richter auf das Bayerischen Gesetz Nr. 21 zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in der Strafrechtspflege vom 28. Mai 1946. Danach sind „politische Taten, durch die dem Nationalsozialismus oder Militarismus Widerstand geleistet wurde", nicht strafbar. Mit dieser Vorschrift hoben die Bayern ein Jahr nach Kriegsende NS-Unrechtsurteile pauschal auf. Darunter fällt nach Beschluß der Berliner Richter auch das Urteil gegen Bonhoeffer und seine Mitstreiter, das im bayerischen KZ Flossenheim vollstreckt wurde. Am 8. April '45 hatte ein Standgericht auf Befehl des Reichssicherheitshauptamtes den Pastor sowie Admiral **Wilhelm Canaris**, Generalmajor **Hans Oster**, Hauptmann **Ludwig Gehre** und Heeresrichter **Karl Sack** wegen Hoch- und Landesverrat verurteilt. Am nächsten Morgen wurden die Männer gehängt. Im Gegensatz zu dem jetzigen Beschluß kam der Bundesgerichtshof 1956 noch zu einem anderen Urteil: Sie hatten das Bonhoeffer-Urteil damals für rechtsgültig erklärt: „Nach den damals geltenden Gesetzen ... die Merkmale des Landesverrats verwirklicht", hieß es in dem Richterspruch.

▶ BeZe 7.8.96 ◀

Weg gebracht. Doch die SS-Vergangenheit verschwiegen sie den Vorstandsmitgliedern. Bibliotheksmitarbeiter **Siegmar Faust**, heute sächsischer Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, hatte 1991 anläßlich eines Gesprächs mit **Klaus Kinkel** in Bonn den Fall der Pietzner vorgetragen. Diese erhielt bald darauf Post eines Anwaltes namens **G. Kienitz** aus Wenigsen, der ihr bei der Rehabilitierung und Entschädigung *„auf Anregung des Bundesministers für Justiz, Dr. Kinkel"* kostenlose Hilfe anbot. Der Entschädigungsfall Pietzner war schnell wie kaum ein anderer bearbeitet worden. Für persönliche Hilfe wie bei der „Wohnungsrenovierung" schenkte Margot Pietzner der Gedenkbibkliotheks-Leiterin **Ursula Popiolek** 20.000 Mark, Siegmar Faust erhielt 7.000 Mark. Der DDR-Bürgerrechtler **Jürgen Fuchs**, Ex-Vorstandsmitglied der Gedenkbibliothek, hatte 1994 die sofortige Kündigung Frau Popioleks und 1995 die Auflösung der Gedenkbibliothek gefordert. Er möchte nun die umgehende Aufklärung des Falls Pietzners und des Falls Gedenkbibliothek. ▶ BeZe 24.7.96 ◀

BFB in Internet

Der ***Bund freier Bürger (BFB)*** ist jetzt auch im Internet vertreten. Unter http://members.aol.com/aktionbfb/ kann zum Beispiel BFB-Propaganda zum Thema „Volksbegehren Rettet die D-Mark" abgerufen werden. Langweilig.

▶ JF 18/96 ◀

Justiz

Prozeß gegen Dienel

Im Prozeß gegen den Rechtsextremisten **Thomas Dienel** vor dem Erfurter Landgericht hat es bisher keine Aufklärung über dessen Auftritt im Fernsehmagazin „Spiegel TV" gegeben. Der 58jährige **Heinz Reisz**, ein Gesinnungsgenosse Dienels aus Hessen, gab jedoch zu, für Dienel die Kontakte zu den Fernsehjournalisten hergestellt zu haben. Die Anklage wirft dem 35jährigen Dienel „Störung des öffentlichen Friedens" und „Vortäuschung einer Straftat" vor. Der aus Weimar stammende Angeklagte ist bei einer im September '92 aufgenommenen und ausgestrahlten Sendung gemeinsam mit sieben weiteren Neonazis als Mitglied einer politisch motivierten Kampftruppe aufgetreten. Diese Truppe sei eigenen Angaben zufolge speziell dafür ausgebildet worden, um Häuser von Linken und Flüchtlingen zu überfallen. Zum Auftakt des Prozesses hatte sich Dienel von seinen politischen Ideen distanziert und behauptet, der Bericht sei weitgehend vom Fernsehteam inszeniert worden. Dem Angeklagten drohen nun bis zu drei Jahren Haft.

Gegen Dienel und Reisz hatte die Bundesregierung damals beim Bundesverfassungsgericht auf Aberkennung der Grundrechte geklagt, was nun aber Ende Juli '96 abgelehnt wurde. Das Gericht kann „nicht erkennen", daß von den Beklagten weiterhin eine Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung ausgehen.

▶ API 5.8.96 ◀

»Keine Rechtsextremen«

Junge Freiheit distanziert sich von ihren »Leserkreisen«

In der Ausgabe 15/96 der rechtsextremistischen ***Jungen Freiheit (JF)*** distanzieren sich die Redaktion und der Verlag von den von ihnen selbst ins Leben gerufenen „JF-Leserkreisen". Sie fordern diese auf, den Begriff 'Junge Freiheit' aus ihrem Namen zu streichen. Hintergrund dieser Distanzierung ist die Abspaltung einiger Leserkreisen im Sommer '95 und ihre Neuformierung als ***Konservative Gesprächs- und Arbeitskreise in Deutschland und Österreich (KGAK)***. Zuvor hatte die krampfhaft um ein konservatives Image bemühte JF einige ihrer zu eindeutig neofaschistischen Redakteure und Autoren gekündigt, unter anderem dem langjährigen Redakteur und Burschenschafter **Hans-Ulrich Kopp**. Dieser veranstaltete mit JF-Leserkreisen in Konkurrenz zur „Sommeruniversität der Jungen Freiheit" im August '95 auf der Burg Hohenberg in Bayern eine eigene „Freie deutsche Sommeruniversität", bei der auch der radikale Antisemit und Faschist **Reinhold Oberlercher** reden durfte. Den JF-Verantwortlichen wurde vorgeworfen, sie hätten die „ehemals systemkritische Wochenzeitung herunterliberalisiert". Die neue Organisationsplattform KGAK umfaßt elf Gruppen in Deutschland (Hannover, Braunschweig, Karlsruhe, Dresden, Nürnberg, München, Hamburg, Berlin, Frankfurt/Main, Stuttgart und Ruhrgebiet) sowie eine in Graz in Österreich. Als zentraler Kontakt dient der „Gesprächskreis Dresden", Postfach 530 134, 01291 Dresden. Obwohl einige dieser Gesprächskreise sich weiterhin auch als JF-Leserkreise verstanden, sind sie doch eher noch rechts von der Zeitschrift angesiedelt. Der Berliner Gesprächskreis ist z.B. identisch mit dem neonazistischen ***Deutschen Kolleg***. ▶ AN 14/96 ◀

Frankfurter Allgemeine

Unterstützung für Faschisten

Die am 17. Mai '96 in der ***Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ)*** veröffentlichten Anzeige *„Appell der 100 - die Meinungsfreiheit ist in Gefahr"* ist bei neonazistischen Kreisen auf große Zustimmung gestoßen. Seit neuestem wird der Appell durch den Auschwitzleugner **Ernst Zündel** im Internet verbreitet. Auch im revanchistischen ***Schlesier*** findet sich eine Anzeige, in der die deutsche Justiz beschuldigt wird, mit „Sondergesetzen" gegen Verlage, Redakteure, Autoren und Wissenschaftler wegen deren Äußerungen zu „bestimmten Fragen der Zeitgeschichte" vorzugehen - unübersehbar ist damit der Massenmord an den Juden gemeint. Als Kontaktadresse wird der im rechtsradikalen Lager wohlbekannte **Helmut Schröcke** angegeben. Schröcke ist Autor in der Zeitschrift ***Deutschland in Geschichte und Gegenwart***, die den Holocaust leugnet und er machte sich auch Referent einen Namen. So trat er 1990 bei der Nazi-Veranstaltung „Wahrheit macht frei" im Münchener Löwenbräukeller auf. Die Unterzeichner des „Appells der 100" stammen zu einem großen Teil aus Autorenkreisen des rechtsextremen Grabert-Verlages. Wenige Wochen vor der Veröffentlichung sollte dem Rechtsradikalen **Germar Scheerer** in Tübingen der Prozeß gemacht werden. Scheerer hatte noch während seines letzten Verfahrens wegen Aufstachelung zum Rassenhaß und Leugnung des Holocausts vor dem Stuttgarter Landgericht ein 400-seitiges Mammutwerk unter dem Pseudonym „Ernst Gauss" herausgebracht: *„Grundlagen zur Zeitgeschichte. Ein Handbuch über strittige Fragen des 20. Jahrhunderts"*. Darin leugnen Autoren aus Deutschland, Italien, Frankreich, Kanada und den USA den Holocaust. Sie stellen Zeugenaussagen vor Nazi-Opfern in Frage und bestreiten die Authentizität des Wannsee-Protokolls. Der Prozeß gegen Scheerer mußte allerdings ausfallen, da sich der Angeklagte rechtzeitig nach Spanien abgesetzt hat. Seither wird er mit Haftbefehl gesucht. Verlegt wurde dessen Machwerk im ***Grabert-Verlag***, dessen Inhaber **Wigbert Grabert** nun ebenfalls wegen Volksverhetzung in Tübingen vor Gericht steht. So verwundert es wenig, daß der Ideengeber des „Appells der 100" nach internen Informationen der ehemalige ***NPD***-Landtagsabgeordnete und Lektor von Grabert, **Rolf Kosiek**, sein soll. Ungeniert wird in Büchern, Videos und Periodika über die „Kriegsschuld- und Vergasungslüge" gewettert, werden Führungspersonen des Naziregimes verklärt und Verbrechen Deutschlands geleugnet. Daß die FAZ die Anzeige veröffentlicht hat, erscheint auch dem ***Verfassungsschutz*** logisch: „Ich gehe davon aus, daß die Verfasser das nicht ohne Grund gemacht haben", so der VS-Chef von Nordrhein-Westfalen, **Dr. Baumann**... ▶ JW 13.6.96 ◀

Altnazis

Nazi-Altersheim

Ein *„richtungsweisendes Projekt für ältere Menschen, die sich gegen den heutigen Zeitgeist stellen"* wird den ewiggestrigen Kameraden der Organisation der Ex-SS-Angehörigen ***HIAG*** in derem Organ ***Der Freiwillige*** angepriesen. Zur Idee des „Aktivseniorenheimes Schloß Unterklingensporn", dessen Fertigstellung für die zweite Jahreshälfte 1997 vorgesehen ist, schreiben die alternden Kameraden unter anderem. *„Wir meinen, daß sie es verdient haben, ihren Lebensabend nicht alleine, sondern in einer Großfamilie zu verbringen, in einem ausgesuchten Kreis von Menschen mit Gemeinschaftssinn und gemeinsamen Interessen, die auch in diesem Le-*

bensabschnitt ihrer Auffassung treu bleiben wollen". Informationen über das Projekt erteilt ein **Volkmar Schneider** im bayerischen Naila. ▶ bnr 8/96 ◀

NS-Opfer

Hoffnung auf Entschädigung

Ob ausländische Zwangsarbeiter im Zweiten Weltkrieg für ihre Beschäftigung in Deutschland eine Entschädigung von der Bundesrepublik verlangen können, bleibt auch nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts offen. Das höchste Gericht in Karlsruhe wies eine Vorlage des Bonner Lansgerichts als unzulässig zurück, bei dem 22 deutsche und ausländische jüdische Zwangsarbeiter in Auschwitz für ihre Arbeit in Rüstungsbetrieben zwischen 8.700 und 22.000 Mark verlangt hatten; das Landgericht muß nun selbst urteilen. Individuelle Ansprüche ausländischer Zwangsarbeiter seien nicht durch die allgemeine Regel des Völkerrechts ausgeschlossen. Das Gericht wies aber darauf hin, daß solche Ansprüche durch Verzichtserklärungen oder völkerrechtliche Verträge wie dem Zwei-plus-vier-Vertrag erloschen sein können. Die KlägerInnen waren als Juden in den besetzten Gebieten verfolgt und in das Konzentrationslager Auschwitz verschleppt worden. Dort wurden sie zwischen September 1943 und Januar 1945 auf Anordnung der SS an die Firma „Weichsel Metall Union" für Arbeiten in einem nahegelegenen Munitionswerk abgestellt. Entlohnung erhielten sie nicht. Das Unternehmen zahlte lediglich an die SS für jeden Zwangsarbeiter ein Entgelt. ▶ BeZe 3.7.96 ◀

NEIN zur FESTUNG EUROPA

Offene Grenzen Offene Menschen

Immer mehr Kirchenasyl

Immer mehr Gemeinden in Deutschland gewähren Kirchenasyl. 22 abgelehnten Asylbewerbern aus Nigeria, die am 1. August '96 abgeschoben werden sollten, gab zum Beispiel Ende Juli eine Hannoveraner Gemeinde Zuflucht. Die zuständige Behörde haben eine Ausweisung bis Mitte September ausgeschoben, wenn die Flüchtlinge die Kirche verlassen. Daraufhin traten sie in einen Hungerstreik. „Kirchenasyl ist für uns Rechtspflege durch Verhandlung", sagt **Dirk Vogelskamp**, der Geschäftsführer der ökumenischen Bundesarbeitsgemeinschaft ***Asyl in der Kirche***. Die im Februar '94 gegründete Sammlung von Kirchenasyl-Initiativen stützt sich inzwischen auf ein dichtes Netz von evangelischen und katholischen Gemeinden, die schutzsuchende Flüchtlinge aufnehmen und betreuen. Seit der Asylgesetzänderung im Juli 1993 hat sich die Zahl der Asylbewerber um zwei Drittel verringert, gleichzeitig hat sich die Zahl der Abschiebungen verdreifacht. Eine Entwicklung, die sich auch in der steigenden Zahl von Kirchenasylfällen widerspiegelt. Nahmen 1994 noch 38 Gemeinden Flüchtlinge auf, beherbergten ein Jahr später bereits 74 Gemeinden insgesamt 275 Asylsuchende. Im ersten Halbjahr 1996 kamen wieder 45 Gemeinden mit 145 Flüchtlingen, zumeist aus Afrika und der Türkei, dazu. Oft sind es Menschen, die nach Erfahrung der Gemeinden in Eilverfahren auch ohne Anhörung abgelehnt wurden und die kurzfristig abgeschoben werden sollen. Dabei werden die Flüchtlinge von den staatlichen Stellen meist nur mangelhaft auf das Anhörungsverfahren vorbereitet. Vogelskamp: „Das Schicksal des einzelnen wird unzureichend beachtet. Man merkt, das Verfahren wird eindeutig vom staatlichen Abschiebewillen bestimmt". Christliche Nächstenliebe gebiete jedoch den Gemeinden, Flüchtlinge aufzunehmen. Aus staatlicher Sicht machen sich die Pfarreien strafbar, wenn sie Asyl gewähren. Hatte das in den vergangenen Jahren kaum Konsequenzen, wurden in letzter Zeit vermehrt Ermittlungsverfahren gegen zuständige Pastoren wegen „Beihilfe zum Verstoß gegen das Ausländergesetz" eingeleitet. Sechs Verfahren laufen in Niedersachsen, eines in Berlin und eines in Bremen. Ein Zeichen, daß staatliche Stellen zunehmend unnachgiebiger nicht nur gegen Asylbewerber vorgehen, sondern auch gegen ihre Gastgeber. Bisher ist es aber noch nicht zu einer Anklage gekommen. Aus Sicht der Kirchen ist ihre Arbeit in Härtefall-Kommissionen und die Vermittlung von Rechtsbeistand erfolgreich. Von den Kirchenasyl-Suchenden können mehr als 80 Prozent einen Folgeantrag stellen oder ihr Aufenthalt in Deutschland wird geduldet. Einige sind später auch als Asylsuchende voll anerkannt worden. Die Bereitschaft der Gemeinden beider Konfessionen, Flüchtlinge bei sich aufzunehmen, wächst. Zur Zeit haben 300 Gemeinden einen vorbeugenden Beschluß zur Aufnahme gefaßt. Besonders in Bayern, wo die Asylpolitik am schärfsten ist, nimmt die Unterstützung der Gemeinden zu. Von den aktuell 120 untergebrachten Flüchtlingen leben allein 66 in Bayerischen Kirchengemeinden. **Wolf-Dieter Just** von der Bundesarbeitsgemeinschaft sagt, daß es an Gewissenlosigkeit grenzt, wie dort von staatlichen Stellen mit Flüchtlingen umgegangen wird. Für das Bayerische Innenministerium ist dies allerdings kein Anlaß, Bedenken zu haben, wie der zuständige Pressesprecher Michael Ziegler mitteilte. Für ihn ist Kirchenasyl einfach nur rechtswidrig. Zudem gaukle das christliche Engagement eine „Scheinhumanität" vor, meinte Ziegler. Eine hilfreiche Zusammenarbeit von kirchlichen mit staatlichen Stellen, um für die betroffenen Menschen eine Lösung zu finden, wird von den zuständigen Innenministerien meist nicht gefördert. Wie in Bayern ist es z.B. auch in Berlin schwierig, mit der Innenverwaltung ins Gespräch zu kommen. Der Berliner Innensenator **Jörg Schönbohm** steht dem Gedanken des Kirchenasyl natürlich ablehnend gegenüber: *„Wenn die Kirchen Asyl gewähren, ist das weder rechtmäßig noch verfassungsgemäß. Ich kann mir keine Situation vorstellen, wo Kirchenasyl notwendig würde. Denn eine Abschiebemitteilung ist Ergebnis eines langen rechtstaatlichen Verfahrens".* Doch auch in Berlin befinden sich derzeit zehn Flüchtlinge im Schutz von sechs Gemeinden. ▶ BeZe 1./3.8.96 ◀

348 Tote

durch die »Festung Europa«

Mindestens 348 Menschen sind seit 1993 an der Festung Euorpa gestorben: Ertrunken, erstickt, erschlagen, erschossen, durch Unfall oder Suizid. Diese Zahl wurde in einem neuen Flugblatt der Initiative ***Offene Grenzen - Offene Menschen*** veröffentlicht, das ab sofort bestellt werden kann. Darin wird auch darauf hingewiesen, daß diese Zahl nur diejenigen Flüchtlinge erfaßt, deren Tod überhaupt bekannt geworden ist. Die Dunkelziffer liegt mit Sicherheit um einiges höher, da viele Opfer gar nicht gefunden oder nicht als Flüchtinge identifizert werden oder ihre Identität oder der Tod selber von staatlichen Stellen verschwiegen wird. Das vierseitige Flugblatt kann gegen Zusendung vom 1,00 DM (Porto) bestellt werden bei:

Initiative Offene Grenzen - Offene Menschen
Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin.

Folter ist kaum ein Asylgrund

Selbst wenn sie in ihrem Heimatland massiv gefoltert wurden, haben Asylsuchende in Deutschland kaum Chancen, als politisch Verfolgte anerkannt zu werden. Die Anhörungen vor dem Asylbundesamt geben ihnen kaum Gelegenheit, erlittene Folter ausführlich zu schildern. Nur in den seltensten Fällen bemüht sich das Amt um eine Aufklärung des Erlittenen. Dies geht aus einer detaillierten Fallstudie des Berliner Behandlungszentrums für Folteropfer hervor. Die Studie wertet am Beispiel von 40 Flüchtlingen die Protokolle der Asylanhörung und den abschließenden

Asylbescheid aus. Die amtlichen Unterlagen wurden daraufhin untersucht, welches Gewicht sie den von Experten diagnostizierten Foltererfahrungen und Traumatisierungen zumessen. Fazit der Auswertung: Bei der abschließenden Bewertung des Asylgesuchs werden die im Heimatland erlittenen Mißhandlungen häufig nicht einmal erwähnt oder aber als „irrelevant" für eine Asylanerkennung gewertet. Rechtskräftig anerkannt wurden nur sechs der vierzig Patienten. In 65 Prozent der untersuchten Fälle sah das Asylbundesamt in der Folter nicht einmal ein Abschiebehindernis. ▶ Taz 9.7.96 ◀

Vietnamesen vor der Abschiebung

In den Streit zwischen der deutschen und der vietnamesischen Regierung um die Abschiebung von 40.000 in Deutschland lebender Vietnamesen aufgrund eines sogenannten Rückführungsabkommens ist jetzt Bewegung gekommen. Nachdem sich Bonn massiv über die angebliche Verschleppung der Vertragsumsetzung durch Hanoi beschwert hatte (siehe WGA #17), schickte die Vietnam nun eine bestätigte Liste mit 2.073 Namen von Staatsbürgern zurück, deren Rücknahme von der Bundesregierung beantragt worden war. Bisher sind lediglich 89 Vietnamesen abgeschoben worden. Die Bundesregierung hatte Vietnam vorgeworfen, bürokratische Hindernisse aufzubauen und sogar mit einer Sperrung der in dem Rückführungsabkommen zugesagten Entwicklungshilfe gedroht. Vietnam hatte sich davon jedoch nicht einschüchtern lassen. Stattdessen kritisierte Hanoi scharf die „unfreundlichen, beleidigenden und unakzeptablen Äußerungen" des Berliner Innensenators **Jörg Schönbohm** im Zusammenhang mit den Morden an vietnamesischen Staatsbürgern, die der Zigarettenmafia zugeschrieben werden. Man warnte vor „ungünstigen Auswirkungen auf die Beziehungen beider Länder" und verlangte von Bonn einen besseren Schutz seiner Landsleute. Daß die Regierung in Hanoi nun diese Liste vorlegte, bedeutet jedoch noch nicht, daß alle darauf genannten Vietnamesen auch abgeschoben werden. Im Bundesinnenministerium wird damit gerechnet, daß zahlreiche Betroffene zwischenzeitlich untergetaucht oder bereits woanders hin ausgereist sind. ▶ JW 19.6.96 ◀

»Ostgrenze stärker sichern«

An der deutschen Ostgrenze zu Polen und Tschechien sollen nach den Worten von Bundesinnenminister **Manfred Kanther** demnächst 1.500 Beamte zusätzlich eingesetzt werden. Diese Posten würden durch interne Umsetzungen besetzt, berichtete Kanther am 12. Juni '96 im Innenausschuß. ▶ telegraph 6/96 ◀

Afghanen von BGS mißhandelt

Der Evangelische Regionalverband in Frankfurt/Main hat dem ***Bundesgrenzschutz (BGS)*** am Frankfurter Flughafen die Mißhandlung einer afghanischen Familie vorgeworfen. Die Afghanen hatten den Mitarbeitern des Sozialdienstes Wunden und zerrissene Kleidung gezeigt und von Schlägen berichtet. Der BGS hat die Familie am 19. Juli '96 nach deren mißglückten Abschiebung nach Moldova nicht aus dem Flugzeug steigen lassen wollen, sagte der Verbandssprecher Horst Schäfer. Die Anwältin der Flüchtlinge hat Strafanzeige gegen BGS-Beamte gestellt. Die fünf abgelehnten Asylbewerber - unter ihnen drei Kinder - waren am 17. Juli '96 nach Moldova abgeschoben worden und zwei Tage wieder in Frankfurt/M. eingetroffen. ▶ ND 23.7.96 ◀

Streit über private Abschiebungen von Flüchtlingen

Eine „Arbeitsgruppe Rückführung" der Innenministerkonferenz befaßt sich mit der Frage, wie Abschiebungen effektiver, wirtschaftlicher und zentraler gehandhabt werden können. In der Arbeitsgruppe wird auch die Frage diskutiert, ob die Einschaltung von Privatfirmen zulässig und sinnvoll ist. Das Bundesland Bremen erwägt die Abschiebung eines Afrikaners mit Hilfe eines Unternehmens, in Schleswig-Holstein hat es sogar schon zwei solche Fälle gegeben. „Es wundert mich, wie man überhaupt auf so einen Gedanken kommen kann. Abschiebung ist eine staatliche Aufgabe", sagt der NRW-Innenminister **Franz-Josef Kniola**. So wie er lehnen die meisten Bundesländer die Hilfe von Privatfirmen bei Abschiebungen ab. Die Flüchtlingsorganisation ***Pro Asyl*** hatte die „Schlepper im Staatsauftrag", die vor allem Daten besorgen sollten, publik gemacht und scharf kritisiert. Die ***Grünen/Bündnis 90*** sorgten sich um das Gewaltmonopol des Staates, so ihr Vorstandssprecher **Jürgen Trittin**. Ein Sprecher des Bremer Innensenators betonte, auch in seinem Bundesland werden Abschiebungen keineswegs privatisiert. Allerdings bestätigte er, daß geprüft werde, ob bei besonderen Problemfällen private Dienstleister bei der Feststellung von Staatsangehörigkeiten hinzugezogen werden könnten. Es könne nicht hingenommen werden, daß abgelehnte Asylbewerber durch „gezielte Verschleierung der Herkunft" eine Rückführung unmöglich machten und dadurch die Ausreisepflicht umgingen. Die Firma ***Pandi Services*** teilte mit, der ***Bundesgrenzschutz*** habe vor einiger Zeit angefragt, ob das Unternehmen bei der Rückführung von Ausländern behilflich sein könnte. In drei Fällen sei eine „Assistenz vor Ort im westafrikanischen Staat Elfenbeinküste" ermöglicht worden. Die rechtliche Zulässigkeit sei behördlicherseits geprüft worden. Die Firma Pandi ist den deutschen Behörden seit Jahren wegen der Rückführung von „blinden Passagieren" bekannt. Pro Asyl hatte erklärt, Bremen wolle mit Pandi einen seit März in Abschiebehaft sitzenden Afrikaner nach der Elfenbeinküste abschieben, die Firma solle die Staatsangehörigkeit des Mannes klären und einen gültigen Paß bringen bzw. die Aufnahmezusage eines westafrikanischen Staates besorgen. Die ***Gewerkschaft der Polizei (GdP)*** hält den Einsatz privater Sicherheitsfirmen bei der Abschiebung abgelehnter Asylbewerber für zulässig und zweckmäßig. Der GdP-Bundesvorsitzende **Hermann Lutz** sagte, er könne sich „durchaus vorstellen, daß auch Private das können, wenn die Mitarbeiter entsprechend geschult und qualifiziert sind". Lutz schränkte aber ein, derzeit seien Sicherheitsunternehmen meist nicht in der Lage, „in diesem sensiblen Bereich mit Menschen so umzugehen, wie Polizeikräfte, die speziell geschult werden". Was er damit wohl meint? ▶ FR 11.7.96 ◀

Frankfurt/Main

Hungerstreik von Flüchtlingen

Anfang August '96 sind zwölf Flüchtlinge im „Transitbereich" des Flughafens Frankfurt/Main in einen Hungerstreik getreten. Sieben der Asylsuchenden wurden am 8. August in verschiedene Krankenhäuser eingeliefert. Laut eines Asylberaters sind mindestens zwei der Flüchtlinge „akut suizidgefährdet". Der Evangelische Regionalverband hatte am 7. August gemeinsam mit der Caritas einen dringenden Appell an Bundesinnenminister **Manfred Kanther** gerichtet, sich einer humanitären Lösung nicht länger zu verschließen. Doch Kanther lehnte es ab, die hungerstreikenden Flüchtlinge ausnahmsweise wenigstens in ein Land ihrer Wahl reisen zu lassen. Die Flüchtlinge stammen aus Afghanistan, dem Iran und Sri Lanka. Unter ihnen befindet sich auch eine Familie, die aus Moldawien über Afghanistan nach Deutschland geflüchtet war und die vom Bundesgrenzschutz dann nach Moldawien abgeschoben worden war. Dort wurde ihnen dann aber die Einreise verwehrt. ▶ Taz 9.8.96 ◀

Staat spart bei Asylbewerbern

Infolge des verschärften Asylrechts sind die Sozialhilfeausgaben in den vergangenen Jahren um rund die Hälfte zurückgegangen. So wurden 1995 nur noch rund fünf Milliarden Mark an Sozialhilfe an Flüchtlinge ausgezahlt, im Vergleich zu rund acht Milliarden Mark 1994 und 9,7 Mrd. im Jahr 1993. Der Aufwand an Sozialhilfe für die rund 320.000 Bürgerkriegsflüchtlinge aus Bosnien liegt bei etwa 3,4 bis 3,5 Milliarden Mark. ▶ JW 18.7.96 ◀

Gegen die Schließung der Flüchtlingsberatung

Die bevorstehende Schließung des ***Psychosozialen Zentrums für ausländische Flüchtlinge (PSZ)*** der Pommerschen Kirche hat der Ausländerreferent der EKD für Ostdeutschland, **Klaus Pritzkuleit**, als Alarmsignal gewertet. Es passe leider ins Bild, daß diese wichtige Flüchtlingsberatung des ***Diakonischen Werkes***, die einzige in Norddeutschland, aufgrund der Kosteneinsparungen nun zusammenbricht. Der Bund, der 15 Jahre lang die PSZ der Diakonie in den evangelischen Landeskirchen finanziell mitgetragen hat, kündigte den Beratungsstellen ab 1997 sämtliche Zuschüsse und verwies erstmals auf die Verantwortung der Länder - doch diese lehnen eine Unterstützung ab. Dabei kümmern sich allein die Heime in Mecklenburg-Vorpommern um ständig 150-200 traumatisierte Flüchtlinge, die sie seelsorgerisch beraten und im Asylverfahren beraten. Auch die PSZs in Berlin-Brandenburg, Sachsen, Thüringen, Saarland und Bayern stehen vor dem finanziellen Aus. Der Diakonie-Beauftragte **Holger Kummerow** wies darauf hin, daß Flüchtlinge auch unter dem Rassismus in der deutschen Bevölkerung leiden. Um den Untergang der Flüchtlingsberatung nicht tatenlos zuzusehen, will das pommersche Diakoniewerk am 25. Oktober '96 einen Unterstützungsverein gründen. ▶ Die Kirche 32/96 ◀

Hamburg

Ausflug zum Flüchtlings-Schiff

Am 3. August '96 gab es in der Stadt einen außergewöhnlichen „Spaziergang“: Rund 40 Menschen gingen zum Wohnschiff „Floatel Harburg“, einem der zentralen Aufnahmelager für Flüchtlinge im Hamburg. Abseits der Wohngebiete gelegen, auf Schiffen oder in Pavillondörfern, leben Flüchtlinge in der Hafenstadt. Enge, überbelegte Schlafräume, Zimmerdecken von nur 1,90 Meter Höhe, wenige sanitäre Anlagen und verdreckte Küchen - das ist die momentane Realität dieser Asylsuchenden. Selbst die Richtlinien der Weltgesundheitsorganisation werden in diesen Unterkünften mißachtet. Bis auf die Androhung einer Strafanzeige wegen Verunglimpfung des Staates hatte die Ausländerbehörde auf die Vorwürfe zu diesen Verhältnissen nie reagiert. Und da sich auch in den letzten Monaten nichts positiv bewegt hat, wird es künftig an jedem ersten Samstag im Monat einen Ausflug zu einer Hamburger Asylunterkunft geben. ▶ JW 5.8.96 ◀

Illegale im Tiefflug

Werden illegale Einwanderer jetzt nicht nur per Boot, sondern auch mit Flugzeugen nach Deutschland gebracht? Beim Bundesgrenzschutz in Frankfurt/Oder sind Hinweise von einem Mann aus Ziltendorf eingegangen, die auf mehrere Tiefflüge mit russischen Antonow-Maschinen über die Oder hinweg schließen lassen. Möglicherweise würden Schleuserbanden mit nächtlichen Tiefflügen Einwanderer nach Deutschland bringen, heißt es beim Grenzschutzamt. Der Mann, der in der Nacht zum 1. Juli '96 eine „AN 2“ bemerkt haben will, hat sie seinen Angaben nach an ihrem *„soliden, kräftigen Motorengeräusch“* erkannt. Der 56jährige wohnt übrigens direkt neben einem Flugplatz. ▶ Tsp 21.7.96 ◀

Frankfurt/Main

»Pro Asyl« protestiert gegen Abschiebung

Gegen die bevorstehende Abschiebung eines algerischen Flüchtlings, dem ein Arzt psychische Beschwerden infolge von Folter attestiert hatte, hat ***Pro Asyl*** protestiert. Wie die Flüchtlingshilfe-Organisation mitteilte, wurde der Asylantrag des 26jährigen bereits mehrmals vom Verwaltungsgericht Frankfurt/Main abgelehnt. Nun soll mit einem Antrag an das Bundesverfassungsgericht versucht werden, die Abschiebung zu verhindern. ▶ JW 22.6.96 ◀

Frankreich

Brutale Räumung hungerstreikender Einwanderer

Nach 50 Tagen Besetzung räumten am 23. August '96 Hunderte französische Polizisten, darunter zahlreiche Mitglieder einer Anti-Terror-Einheit, die Kirche Saint Bernard in Paris und nahm die 300 BesetzerInnen fest. Die aus Afrika stammenden Menschen hatten sich Anfang Juli in der Kirche verschanzt, weil sie als „illegale Einwanderer“ galten und deshalb abgeschoben werden sollten. Bei der Erstürmung der Kirche wurden Tränengas und Schlagstöcke eingesetzt. Schon einige Tage zuvor war von einer Räumung die Rede, seitdem hielten sich ständig Hunderte von Unterstützern im und vor dem Gebäude aus. Viele junge Franzosen hatten sich als lebende Barrikade aus Solidarität vor dem Haus zusammengedrängt. Nachdem sich ein Sondereinsatzkommando den Weg freigeprügelt hatte und die Kirche stürmte, wurde ihnen auch von innen noch Widerstand entgegen gebracht.

Begonnen hatte alles am 18. März '96, als die 300 vor allem aus Mali stammenden AfrikanerInnen zuerst die Pariser Kirche Saint Ambroise besetzten. Vier Wochen später wurden sie geräumt, danach suchte die Gruppe Unterschlupf in einer städtischen Turnhalle, von wo sie einige Wochen später wieder vertrieben wurden. Wenige Tage später wurde Saint Bernard ihre letzte Zuflucht. Die 300 Afrikaner sind Härtefälle, das Schicksal der meisten ließe sich mit einem Minimum an Humanität und Toleranz regeln. Diese Meinung vertreten Menschenrechtsgruppen, die örtliche katholische Kirche, die grüne, die sozialistische und die kommunistische Partei. Die „Sans-Papiers“, die Papierlosen, werden die „illegalen Enwanderer“ von den Medien genannt. Dabei sind die jetzt Bedrängten nicht einmal illegal eingewandert, sondern kamen mit gültigen Papieren ins Land. Erst durch die strikte Verschärfung der Asyl- und Einwanderungsgesetze 1994 wurden sie zu Illegalen, da die Behörden die Verlängerung ihrer Aufenthaltsgenehmigungen verweigerten. So waren sie gezwungen, für ihren Aufenthalt zu kämpfen - zuletzt in der Kirche Saint Bernard, in der zehn der Afrikaner auch einen Hungerstreik begannen. Alle Hungerstreikenden sind mittlerweile in Krankenhäuser eingeliefert worden.

Die Staatsgewalt ging bei der Räumung mit erschreckender Brutalität vor. Kurz nach acht Uhr morgens überkletterten die Sondereinheiten die Barrikaden, prügelten auf die Unterstützer vor der Kirche ein und schossen Tränengas auf sie. Als sie an der Eingangstür angekommen waren, schlugen sie mit Äxten Löcher hinein und schossen durch diese Tränengas in das Innere der Kirche. Im Laufe der Polizeiaktion sind mehrere Franzosen wegen Widerstand gegen die Behörden festgenommen worden. Oppositionspolitiker, Gewerkschaften und selbst der Pariser Kardinal protestierten gegen den Polizeieinsatz. **Henri Coindé**, der Pfarrer von Saint

Bernard, wertete die Räumung seiner Kirche als einen schweren Schlag gegen die Menschenrechte: „Ich schäme mich für Frankreich“ sagte er anschließend in einem Interview. Nur wenige Stunden nach der Räumung kam es zu ersten Protestdemonstrationen. Am Abend des 23. Juli gingen rund zehntausend Menschen auf die Straße. Diese Demonstration ging bis in die frühen Morgenstunden und wurde schließlich von der Polizei mit Tränengas aufgelöst.
Bereits am 24. August kam es dann zu den ersten Abschiebungen. Die Gewerkschaft forderte ihre Mitglieder bei der Air France auf, keine der Einwanderer nach Mali zwangsweise ausfliegen zu lassen. Darauf wurden 57 Abgeschobene mit einer Maschine der Luftwaffe von einem Militärflughafen in der Normandie deportiert. Im Laufe des Tages war das juristische Ringen weitergegangen. Anwälte versuchten fieberhaft, für die Malier eine Aufschiebung der Ausweisung zu erreichen, was aber nur in etwa 40 Fällen gelang. Dies betrifft vor allem Frauen, die in Frankreich Kinder bekommen haben. Da diese Kinder als Franzosen gelten, werden die Frauen nun nicht abgeschoben, sie wurden vorläufig von französischen Familien aufgenommen. Während die Hungerstreikenden in Militärkrankenhäusern liegen und ihren Hungerstreik nicht aufgeben wollen, greift die Protestwelle gegen das staatliche Vorgehen weiter um sich: In Aurillac im Zentralmassiv demonstrierten 8.000 Menschen, aus Lyon wurden 500, aus Dijon und Bordeaux jeweils 200 Menschen gemeldet. Mehrere hundert Demonstranten versammelten sich wieder am 24. August, diesmal vor dem Gerichtsgebäude. ▶ BeZe 22./24.8., Tsp 25.8.96 ◀

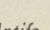
Baden-Württemberg

Parlament

Neue REP-Fraktion

Die neue Fraktion der ***Republikaner*** im Landtag besteht aus **Alfred Dagenbach, Egon Eigenthaler, Ulrich Deutschle, Alexander Schonath, Rolf Schlierer, Eduard Hauser, Christian Käs, Josef Huchler, Wolfram Krisch, Rolf Wilhelm, Lothar König, Heinz Troll, Klaus Rapp** und **Michael Herbricht**.
▶ Der Rep 5/96 ◀





Antifa

Antifa-Organisierung im Allgäu

Seit einiger Zeit versuchen autonome AntifaschistInnen im Allgäu eine kontinuierliche Arbeit zu leisten und eine bessere Organisierung voranzutreiben. So konnten sie trotz Repression und geringer Breite verschiedene Aktivitäten entwickeln. So gab es Flugblätter, Info- und Büchertische, ein Film zum Prozeß gegen Berliner AntifaschistInnen im „Fall Kaindl“ und eine Veranstaltung mit VertreterInnen der ***Autonomen Antifa (M)***, die in Zusammenarbeit mit der ***Infokneipe*** und dem ***AK-Antifa*** durchgeführt wurde. In nächster Zeit sind Veranstaltungen zum historischen Antifaschismus und ein „Antifaschistischer Tag“ mit Demonstration, Info- und Büchertischen, Filmen, einer Ausstellung und einem Konzertabend geplant. Kontakt:
Antifa-Aktion/OA, **c/o L.B.G.R. Postfach 1739, 87520 Sonthofen.**
▶ WGA ◀

Verbote

»Skinheads Allgäu« verboten

Das bayerische Innenministerium hat am 30. Juli ’96 den Nazi-Verein ***Skinheads Allgäu e.V.*** verboten. Diese Gruppe entstand offiziell im September 1995 mit 43 Personen bei einer „konstituierenden Sitzung“ in Mindelheim (siehe WGA #11). Damals nannte er sich noch ***Skinhead Allgäu 88 e.V.*** Der Sitz dieses Vereins sollte Pfronten werden. Bei der Durchsuchung von acht Privatwohnungen in Schwaben, Niederbayern und der Oberpfalz wurde zahlreicher Nazi-Krempel wie Hitler-Bilder und Nazi-Flaggen beschlagnahmt. „Es bestand die Gefahr, daß immermehr Minderjährige in den rechtsextremistischen Kampf gezogen werden“, erklärte Bayerns Innenminister **Beckstein** später.
▶ Taz 31.7.96 ◀

Pfadfinder

Wieder Anklage gegen PBS-Chef

Vor dem Amtsgericht Ettlingen kommt es wieder zu einem Prozeß gegen den Geschäftsführer des rechtslastigen ***Pfadfinderbund Süd (PBS)***, **Dieter Scholtz** aus Karlsbad. Nach Ermittlungen von mehr als einem Jahr, der Befragung von bald einhundert Zeugen und zahlreichen Hausdurchsuchungen klagt die Staatsanwaltschaft Scholtz wegen Beleidigung und Verunglimpfung den Andenkens Verstorbener an. Scholtz wird u.a. beschuldigt, vor viereinhalb Jahren bei einer Veranstaltung den Massenmord an den Juden geleugnet zu haben. So hat er u.a. behauptet, das mit dem Begriff „Endlösung“ sei nicht die Vernichtung, sondern die Aussiedlung der Juden gemeint gewesen. Zu Beginn dieses Jahres waren die Ermittlungen gegen neun Mitglieder des PBS wegen des Verdachtes auf Volksverhetzung eingestellt worden. Zwischenseitlich hatten PBS-Mitglieder in zwei Ausgaben der Zeitschrift ***Cogito*** die Vorwürfe gegen ihren Bund zurückgewiesen und sich u.a. auch mit der rechtskatholischen ***Katholischen Pfadfinderschaft Europas*** (***KPE***) solidarisiert. In einer Buchempfehlung in Cogito wird u.a. für das von **Nikolaus von Preradovich** und **Josef Stingl** herausgegebene Buch „Gott segne den Führer“ über die Kirchen im NS-Staat geworben, das 1985 in dem vom ehemaligen stellvertretenden Pressechef der ***NSDAP***, **Helmut Sündermann**, gegründeten rechten ***Druffel -Verlag*** erschienen ist.
▶ AN 14/96 ◀

Haiterbach

Friedhofsschändung

Unbekannte haben in Haiterbach im Kreis Calw einen jüdischen Friedhof geschändet. Mehrere Grabsteine wurden umgeworfen und mit Hakenkreuzen und SS-Runen beschmiert. ▶ bnr 11/96 ◀

Coburg / Nürnberg

Schlägereien zwischen Punks und Nazis

In Coburg prügelten sich am 26. Juli ’96 25 angereiste Punker mit 20 einheimischen Nazi-Skins auf einem Schützenfest. Die Polizei stellte Schreckschußrevolver und Baseballschläger sicher. In Nürnberg verhinderte die Polizei durch 40 Festnahmen eine Schlägerei zwischen „Rockern“ und „Skinheads“. Trotzdem kam es zu drei Verletzten. ▶ Taz 29.7.96 ◀

Amberg

Anti-Antifa-Aktivitäten

In Amberg exestiert schon seit einiger Zeit eine ziemlich starke Nazi-Skin-Szene, welche von immermehr organisierten Nazis umgeben wird. So waren **Dieter Müller** und **Richard Lorenz** hier recht stark für die ***Nationalistische Front NF*** aktiv, bis sie wegen Mordes an **Klaus-Peter-Beer** verhaftet wurden. Beer wurde von den Beiden ermordet, weil er schwul war (siehe WGA #9). 1994 zog dann **Marco Näser** von den ***Jungen Nationaldemokraten*** Nürnberg nach Amberg und übernahm hier den Bahnhofsladen „Metal Infection“, in welchem er u.a. Rudolf-Heß-T-Shirts und Nazi-Musik verkaufte. Dieser Laden war auch Anlaufspunkt für die örtliche Nazi-Szene, bis er 1995 geschlossen wurde, nachdem die Polizei hier Nazi-Propaganda fand. Nun versucht sich Marco Näser scheinbar in der Anti-Antifa-Arbeit. Behilflich war ihm dabei **Sandra Landsberger**, die 1995 von der linken Punk-Szene in die Nazi-Skin-Szene wechselte. Nach ihrem Wechsel begannen Faschos die Wohnungen von vermeintlichen Antifas zu observieren und zu fotografieren. Landsberger ist nicht die einzige Überläuferin, denn auch der örtliche ***DVU***ler **Norman Weiß** war früher in der Punk-Szene aktiv gewesen.
▶ Abnorm #5 ◀

Bamberg

Ausstellung stört Nazis (I)

Eine Neofaschismus-Ausstellung vom ***VVN-BdA*** und ***GEW*** im Bamberger Rathaus, die täglich von mehr als 200 Menschen besucht wird, scheint örtliche Neo-

nazis sehr zu stören. Schon vor der Ausstellung bekam der Oberbürgermeister „Warn-Briefe" aus rechtsextremistischen Kreisen, die ihn allerdings nicht einschüchterten. **Peter von Singhofen** hetzte daraufhin im rechtsextremistischen ***Jungen Franken*** gegen die Ausstellung und sieht in ihr einen Beweis dafür, wie weit die Gesellschaft in der BRD nach linksaußen gerückt ist. Nach der Eröffnung kam es am Rathaus mehrmals zu Nazi-Schmierereien und Jung-***NPD***ler klebten Flugblätter über die Schautafeln. Aber auch das konnte die Ausstellung nicht stoppen.

▶ AN 12/96, Junges Franken #11 ◀

Regensburg

Ausstellung stört Nazis (II)

In Regensburg wollte die ***NPD*** die Wanderausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944" behindern. So hatte sie für den 13. Mai '96 eine Demo angemeldet, um die Eröffnung zu stören. Ansonsten hatte der NPD-LV-Bayern eine „großangelegte Flugblatt- und Unterschriftenaktion gegen die Verleumdung der deutschen Wehrmacht und des deutschen Volkes" angekündigt (siehe auch „Thüringen").

▶ JW 13.6.96 ◀

Erlangen

Dr. Nazi

Der Erlanger Wissenschaftler **Hans Ernst Schneider** (er nannte sich **Hans Schwerte**) darf seinen 1948 in Erlangen erworbenen Doktortitel, trotz seiner NS-Vergangenheit, behalten. Schneider war früher Rektor der Technischen Hochschule Aachen.

▶ Taz 14.8.96 ◀

Oberfranken

Strafe für Republikaner

Der ehemalige Polizist und momentane ***Republikaner***-Vorsitzende von Oberfranken **Otmar Krutil** wurde zu 2700 Mark Strafe verurteilt, weil er einen Journalisten beleidigt hatte.

▶ NE ◀

Sulzbach-Rosenberg

Nazi-Militaria-Laden

Im Frühjahr 1995 eröffnete **Marcus A. Grünthaler** einen Militarialaden in der Bergstr. 4 in Sulzbach, der sich immer mehr zum Treffpunkt der Sulzbacher Nazi-Szene entwickelte. Fast gleichzeitig eröffnete in der Hugo-Geier-Straße ebenfalls ein Militariageschäft, zu dem Marcus Grünthaler auch Kontakte hat. Vor wenigen Monaten eröffnete er einen Laden für Modellspielzeug in Rosenberg, dessen offizieller Inhaber jedoch **Christian Schlagenhaufer** ist. Grünthaler wurde 1960 geboren und ist gelernter Einzelhandelskaufmann. Zusammen mit anderen Nazis (sie bezeichneten sich als ***Aktion Franz Schuberth***) hat er 1982 den jüdischen Friedhof in Sulzbach-Rosenberg geschändet. Eigenen Angaben zufolge war er Mitglied der ***WSG Hoffmann*** und auf einem Ausbildungslager im Nahen Osten, mit anschließendem Einsatz im Gazastreifen, gewesen. Er war auch Aktivist der verbotenen ***Aktionsfront Nationaler Sozialisten (ANS)*** und hat, nach eigenen Angaben, „vom stellvertretendem Organisationsleiter **Thomas Brehl** (Stellvertreter von **Michael Kühnen**) den Auftrag, die Lage zu sondieren, d.h. Gruppenmitglieder in der Oberpfalz für unsere Sache zu werben. (...) Ich hatte damals den Status eines Sonderführers." Auch in der, ebenfalls verbotenen, ***Nationalistischen Front (NF)*** war Marcus Grünthaler Mitglied. Im Rahmen dieser Mitgliedschaft hat er an sog. Lagertreffen, darunter auch an einem „Führertreffen", teilgenommen.

▶ Abnorm #5 ◀

Erlangen

Aktion gegen Burschenschaftler

In Erlangen wurden zwei Kanditaten der Burschenschaftler-Hochschulliste ***Die Franken*** (Loewenich-Str.16, 91054 Erlangen) vor ihrem „Verbindungshaus" angegriffen, nachdem sie die Friedrich-Alexander-Universität (hier traten sie am 2./3. Juli '96 zum wiederholten Mal zur Hochschulwahl an) zuplakatiert hatten. Allerdings behaupten die beiden Burschen, daß einer der Angreifer unvermummt gewesen sein soll und sie ihn sofort als Sprecherratsmitglied erkannt und namentlich angerufen hätten.

▶ JF 28/96 ◀

Berlin

Biesdorf

Unpolitische Angriffe auf Ausländer?

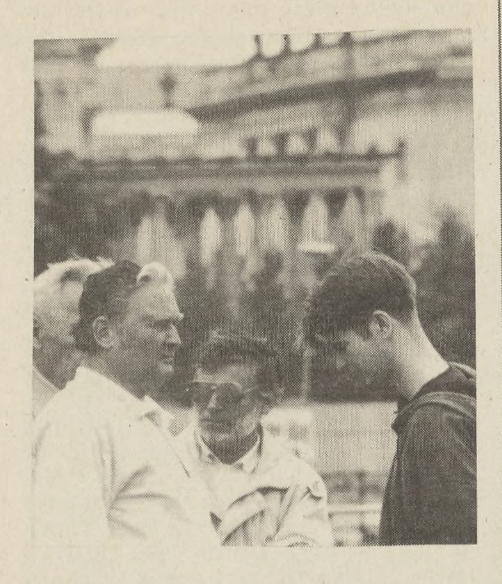
In der Sommerzeit machen Skins abends die Gegend um den Biesdorfer Baggersee und den Kaulsdorfer Habermannsee unsicher. Die Polizei geht zwar von keiner politischer Gruppierung aus, komischerweise kam es aber trotzdem zu rassistischen Angriffen. Am 5. August '96 z.B. wurde um 20.50 Uhr ein 18jähriger Jugoslawe von Nazi-Skins angegriffen und krankenhausreif geprügelt. Die umstehenden Skins waren dabei nicht zimperlich und brüllten: *„Schlagt ihn tot"*. Der abendliche Überfall war nicht der erste in dieser Gegend. Rund um den Baggersee in Biesdorf kann man oft abendliche Treffs von Skins beobachten. Bisher griff die Polizei nur am vergangenen Herrentag ein, als rund 30 Nazi-Skins eben an diesem See eine Schlägerei mit Ausländern beginnen wollten. Vier wurden festgenommen, da sie sich entweder nicht das Erheben des rechten Armes verkneifen konnten oder ihre T-Hemden mit Hakenkreuzen oder SS-Runen bebildert waren (siehe WGA #17). Die Überfälle richten sich hierbei nicht ausschließlich gegen Ausländer, so wurde am 7. Juli '96 eine 15 jährige Lichtenbergerin von zwei Skins ihrer Bomberjacke beraubt und in den See geworfen. Ähnlich sieht es auch am Habermannsee aus, an warmen Wochenenden treffen sich rund ein Dutzend Skinheads aus Marzahn und Hellersdorf und zelten am Feuer und besaufen sich. Am 16. Juni '96 wurden zwei Nachtangler hier zu Raubopfern, ein 17jähriges Mädchen am 18. Juni '96. Ein Glück, daß das LKA versichert, daß es sich hierbei nicht um eine politische Gruppierung handelt.

▶ BeZe 7.8.96 ◀

▶▶▶ Republikaner:

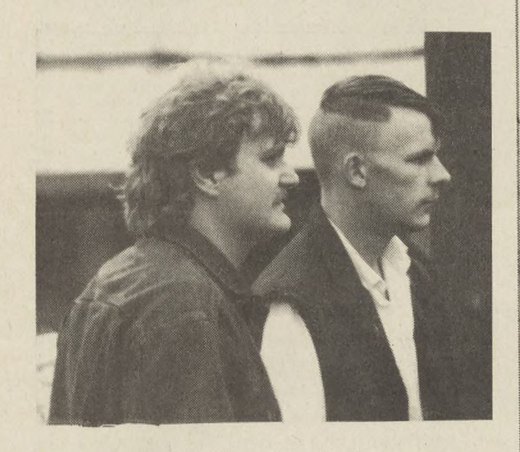
Große Klappe, nichts dahinter...

Groß war sie angekündigt worden, die bundesweite „Großdemonstration" der ***Republikaner*** am 16. Juni '96 auf dem Schloßplatz in Berlin. Am Ende kamen rund 200 Anhänger der REPs miteingerechnet Polizisten in Zivil und Antifas. Die REPs wurden in Bussen aus dem ganzen Bundesgebiet angekarrt und trafen sich gegen 12.00 Uhr in der Kluckstraße. 25, die Berliner REPs liefen dann gegen 13.00 Uhr in und vor der Landesgeschäftsstelle der REPs auf und von dort fuhr man dann zum Schloßplatz. Doch der „Marsch zum Reichstag" endete auch schon an seinem Ausgangspunkt. Ein massives Polizeiaufgebot riegelte Schloßplatz und Lustgarten ab, Wasserwerfer und Räumungspanzer standen bereit. Hinter dem Schutzgitter protestierten rund 900 AntifaschistInnen gegen die braune Provokation. Unter die Republikaner hatten sich auch zwei Dutzend militante Nazis und ihre Kader verschiedener Neonazigruppen gemischt. Hier nur zu nennen der langjährig bekannte Nazikader und Multi-Aktivist **Christian Wendt** der seine ***Berlin-Brandenburger-Zeitung (BBZ)*** der ***Nationalen*** unters Volk brachte, **Thorsten Thaler** und sonst die Moabiter ***Kameradschaft Beusselkiez*** mit Ihren Aktivisten u.a. **Kim Kurlbaum** und **Michael Aulich**. Letzt genannter, auch als Nazischläger bekannter, Hitzkopf - früher bei der ***Wiking-Jugend*** - griff während der Kundgebung einen Pressefotografen an. Und auch ansonsten versuchte man sich an der Anti-Antifa Arbeit: Viele REP-Aktivisten waren damit beschäftigt vermeintliche Linke zu fotografieren und zu filmen, wobei ihnen die Polizei nur als Vorbild gedient haben kann. Polizeibeamte erteilten auch bereitwillig mehreren Personen, auf Anweisung des Rep-Ordnungsdienstleiters **Peter Schünemann**, Platzverbote. Doch die beste Anti-Antifa Arbeit leistete sich Severin Weiland von der Tageszeitung, welcher in seinem Artikel, mit vertraulichen Internas



Christian Wendt und REP-Freunde

nur so um sich schmiß und so aktive AntifaschistInnen verriet. Zitat: *„Eifrig beabachtet wurden die Rep-Anhänger nicht nur von Zivilpolizisten, sondern auch von einigen Antifas, die sich mit Presseausweis Zugang zur Demo verschafft hatten. Zur Schlägerei wäre es beinahe gekommen, als sich ein ehemaliger türkischer Angeklagter aus dem Kaindl-Prozeß (Kaindl war beim Überfall einer deutsch-türkischen Gruppe 1992 getötet worden) unter die Rep-Anhänger mischte."* Das sind Sachen die man als verantwortungsbewußter Journalist nicht den Nazis auf die Nase bin-



Zwei Republikaner spielen Ordner

det. Am Ende der rund einstündigen Veranstaltung, mit der die Reps des Arbeiteraufstands vom 17. Juni '53 in der DDR gedenken wollten, verzichtete der REP-Bundesvorsitzende **Rolf Schlierer** auf den Marsch *„durch den roten Mob"*. Dabei hatte die Menge per Handzeichen dem Berliner REP-Landesvorsitzenden **Werner Müller** signalisiert, daß man den Marsch doch wagen wolle. Schließlich blies Schlierer den Marsch ab, man wolle ja schließlich nicht *„Verletzte"* womöglich *„Tote"* in Berlin zurücklassen. Also sprangen die REPs schnell wieder in ihrer Busse und fuhren davon, nochmal ein kurzer Zwischenstop, um herrauszusprinten und einen Kranz abzuwerfen, und der Spuk war vorbei. Zurück blieben einige REPs die ungünstigerweise keine Busplatz mehr fanden und einige Fahnen und Transparente, welche den Reps wohl irgendwie abhanden gekommen sein mußten. Gegen die Republikaner hatten PDS, Bündnis 90/ Die Grünen, verschiedene Gewerkschaften u.a. unabhängige antifaschistische Gruppen zum Widerstand gerufen. Und nicht wenige derjenigen, die an diesem Tag demonstrierten, waren erst nachts von der Bonner Gewerkschaftsdemo zurückgekehrt.

▶ WGA, REP, Taz, JW, UZ 6/96 ◀

Rassismus

Polizei mißhandelte türkische Familie

Ein 13jähriger türkischer Sprüher wurde Anfang Juli '96 von der Polizei dabei erwischt, wie er eine Wand mit einem Stift bemalte, was Anlaß für eine Polizeiaktion war, die sogar von den Grünen als „rechtswidrig und brutal" kritisiert wurde. Zuerst fiel die Polizei „in Rambo-Manier" in die vom Vater des Jungen betriebene Pizzeria ein, dabei werden Vater und Sohn von Polizisten geschlagen. Wenig später durchsucht die Polizei die Wohnung des Vaters ohne Durchsuchungsbefehl. Dabei wird dem Mann eine Decke über dem Kopf gestülpt, was auch gleich dazu genutzt wird ihm noch einige Tritte zu versetzen. Doch für die Mißhandlungen haben sich insgesamt neun Zeugen gefunden und die am Einsatz beteiligten Polizisten erhielten eine Strafanzeige. Die Staatsanwaltschaft ermittelt nun wegen Freiheitsberaubung, schwerer Körperverletzung, Verfolgung Unschuldiger und Beleidigung.

▶ BeZe, JW 6.-8.7.96 ◀

Andreas Röhler bedrohte Vermieterin

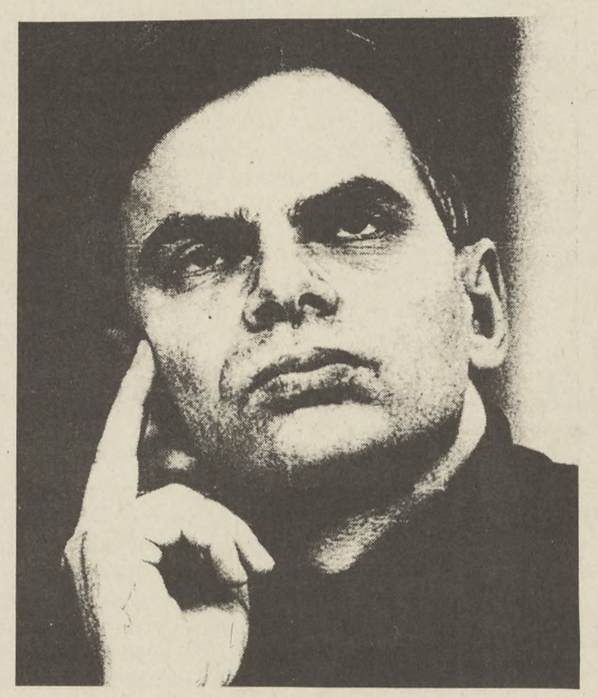
Einer Vermieterin platzte der Kragen, als sie über die Presse von den rechtsradikalen Machenschaften, einer ihrer Mieter erfährt. Bei diesem Mieter handelt es sich um **Germar Scheerer**, der unter dem Namen **Germar Rudolf**, unter anderem bei der rechtsradikalen Zeitschrift ***Sleipnir*** auftritt. Die Vermieterin wollte den Nazi nicht bei sich dulden und kündigte ihm die Wohnung. Daraufhin trat der Mitherausgeber der Zeitschrift Sleipnir und Betreiber vom ***Verlag der Freunde***, **Andreas Röhler** aus Berlin in Aktion und rief am 29. Juni '95 bei der Vermieterin an und versuchte sie unter Druck zu setzen, daß sie die Kündigung zurücknehmen solle. Diese Aktion brachte ihm nun fast ein Jahr später ein Strafbefehl über 4000,- DM ein. In dem Strafbefehl, welchen Röhler und seinen Kollege **Peter Töpfer**, zusammen mit der Bitte um Geld an sämtliche Abonennten versandte heißt es: *Der am 25. Januar 1953 in Magdeburg geborene, Baerwaldstraße 4, 10961 Berlin wohnhafte, verheiratete Betriebswirt* ***Andreas Röhler*** *ist angeklagt, er habe versucht, einen anderen rechtswidrig durch Drohung mit einem empfindlichen Übel zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung zu nötigen, indem er am 29. Juni 1995 die Geschädigte Frau ...... in Steinenbronn anrief, sie aufforderte, die Kündigung von Wohnraum gegen Germar Scheerer zurückzunehmen, ansonsten „die ganze Sache größere Kreise ziehen würde und ein Unglück geschehen könnte".*

▶ VdF, WGA ◀

Justiz

Sleipnir Prozeß

Wegen Beschimpfung und Verunglimpfung von Juden sind die Räume des ***Verlags der Freunde*** sowie die Wohnungen der zwei Beschuldigten durchsucht worden teilte ein Justizsprecher am 21. Juni '96 mit. Bei der Aktion wurden mehrere tausend Exemplare der Januarausgabe der vom Verlag herausgegebenen Zeitung ***Sleipnir*** beschlagnahmt. Außerdem wurden auch noch andere Druckschriften sichergestellt, welche ebenfalls überprüft wurden. Am 12. August '96 begann schließlich vor dem Amtsgericht Tiergarten der Prozeß gegen den 43jährigen **Andreas Röhler** und den 35jährigen **Peter Töpfer**. Vor dem Gerichtssaal verteilen die beiden Flugblätter, während ihre Anwälte versuchten, die wenigen Zuschauerbänke für die rechtsextremen Anhänger ihrer Mandanten zu reservieren. Daß eine Schulklasse rein zufällig in das Verfahren wegen Volksverhetzung gekommen ist, paßte ihnen gar nicht. Peter Töpfer und Andreas Röhler, welcher beteuert *„nur einen ausgewählten intellektuellen Kreis"* mit Literatur zu beliefern, müssen sich wegen der Herausgabe von Schriften die den Holocaust leugnen, und das Verwendens von Kennzeichen nationalsozialistischer Organisationen verantworten. Der beliebte Nazi-Verteidiger **Hans Günter Eisenecker** fordert - na klar - eine Einstellung des Verfahrens. Das Verfahren wird bis Jahresende dauern. ▶ JW, BeZe, Taz 22.6., 3.8.96 ◀



Andreas Röhler

Justiz

Bernd Suhr verurteilt

Der ehemaligen Bundesgeschäftsführer der ***Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP)*** ist am 11. Juni '96 vom Berliner Landgericht zu zwei Jahren Haft verurteilt worden. **Bernd Suhr** hatte Gegenstände mit Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zur Verbreitung bereitgehalten und gegen das Sprengstoffgesetz verstoßen. Nach dem Verbot der FAP wurde im Februar '95 in zwei Unterkünften Suhrs, in Weißensee und Lichtenberg, umfangreiches faschistisches Propagandamaterial gefunden. *„Das war alles Eigentum der Partei und nicht zur öffentlichen Verbreitung bestimmt"*, sagte der 29jährige Nazikader vor Gericht, doch allein die Zahl der Propaganda und der hauseigene Kopierer sprachen gegen die Version des nicht-öffentlichen Parteieigentums. Aus den bei ihm sichergestellten hochexplosiven Stoffen, wollte der „Hobbybastler", nach eigenen Aussagen eine neue Silvester-Rakete entwickeln. Der Richter schenkte den etwas waghalsigen Erklärungsversuchen Suhrs keinen Glauben, Suhrs Verteidiger hatte Freispruch beantragt. ▶ BeZe 12.6.96 ◀

Gedenken

»T4-Umzug «

Das zielgerichtete Ermorden von Psychiatrie-Patienten wurde 1940 in Berlin geplant, „Aktion T4" wurde die Vernichtung genannt und dies gab auch der Demonstration am 15. Juni '96 ihren Namen. Neun Organisationen hatten zum T4-Umzug aufgerufen, um der fast 200.000 von den Nazis ermordeten Psychiatrie-Patienten zu Gedenken. Die Demonstration begann an dem Ort an der Philharmonie, an dem auf Grundlage eines Geheimschreibens Hitlers die Massentötung von sogenannten „lebensunwertem Leben" begann, und bewegte sich dann von der Gedenktafel in der Tiergartenstraße durchs Brandenburger Tor zur Charité. Denn auch die Ärzte aus der Charité, waren es, die die Fragebögen der Nazis zur Selektierung ausfüllten. Es seien die Worte und Gedanken der Psychiater gewesen, den Taten folgten und die den Abgrund der Unmenschlichkeit geöffnet haben, so **René Talbot**, Vorstandsmitglied des Landesverbandes Psychiatrie-Erfahrener, bei einer Rede. In sechs Tötungsanstalten wie Hadamar, Brandenburg oder Grafeneck wurden die Selektierten umgebracht. ▶ JW 20.6.96 ◀

Justiz

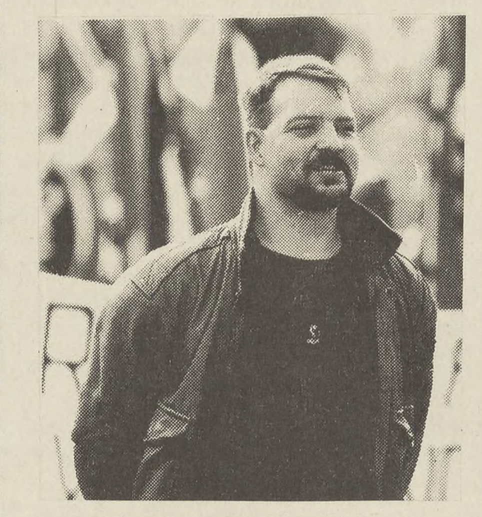
Antifaschist zu 1 1/2 Jahren Knast verurteilt

Ein 20jähriger linker Lehrling, der bei einer Auseinandersetzung mit Nazis zwei Skinheads mit einem Messer verletzte, ist am 1. Juli '96 vom Jugendschöffengericht in Tiergarten zu einer Bewährungsstrafe von anderthalb Jahren verurteilt worden. Mit seinen Freunden war er am 8. April '95 in der Nähe eines Marzahner Jugendclubs auf die Rechtsradikalen gestoßen. Weil einer seiner Freunde bereits am Vortag von eben diesen zusammengeschlagen wurde und nun ein neuer Angriff befürchtet wurde, kam es zu der Auseinandersetzung mit dem Messer. ▶ JW 2.7.96 ◀

Justiz

Vier Monate für Schweigert

Oliver Schweigert, bekannter Nazikader und Kroatien-Söldner, ist am 6. August '96 vom Berliner Landgericht zu vier Monaten Haft verurteilt worden, wobei die Staatsanwaltschaft eigentlich sechs Monate gefordert hatte. Der 27jährige Vorsitzende der ***Nationalen Alternative*** hatte verfassungsfeindliches Propagandamaterial bei sich gelagert. Am 23. März '95 fand die Polizei in der Friedrichsfelder Wohnung des Angeklagten u.a. Exemplare des aus den USA stammenden ***NS-Kampfruf***, sowie Zettel mit Hakenkreuzen und Aufschriften wie *„Unter diesem Zeichen keine Ausländerflut"*. Das Material war mit *„Vervieltätigen - Verteilen!"* gekennzeichnet. Schweigert bestritt die Vorwürfe, obwohl das Gericht genau wußte, daß er gute Kontakte zu **Gary Lauck** besitzt und auch mehrmals verbotenes Material aus den USA bezog. Ganz abgesehen davon, daß Schweigert über einen Ausweis der ***NSDAP/AO*** verfügte. Er behauptete die eigentlich in Lincoln/USA herausgegebenen Exemplare der NSDAP/AO bei einer Funktionsprüfung seines Fax-Gerätes hergestellt zu haben. Eigentlich war Schweigert bereits im Januar '96 wegen Bildung eines bewaffneten Haufens (siehe WGA #12,13,14.) verurteilt worden. Dieser Schuldspruch ist jedoch noch nicht gültig. ▶ WGA, BeZe, API 7.8.96 ◀



Oliver Schweigert

Marzahn

PDS legt los

Anscheinend sind die Turbulenzen um den von ***PDS***'ler **Harald Buttler** gedeckten Nazi-Aufmarsch in Marzahn (siehe WGA #17), nicht spurlos an der Marzahner PDS vorbeigegangen. Die PDS Marzahn legt wert darauf, daß sie diesmal gegen den geplanten Aufmarsch der ***Jungen Nationaldemokraten*** in ihrem Bezirk war. Ferner wird betont, daß sie sogar eine Eildemonstration gegen den Aufmarsch anmeldete, diese dann aber wieder zurückzog, da sie wegen des Verbotes des JN-Aufmarsches wieder gegenstandslos wurde. ▶ JW 3.8.96 ◀

Razzia

Nazi-Mucke beschlagnahmt

Über 200 CDs und MCs mit Nazi-Musik beschlagnahmte die Polizei bei einer Durchsuchung der Geschäftsräume einer Plattenfirma in Friedrichshain. Auch die Wohnungen des 25jährigen Geschäftsinhabers in Lichtenberg und Treptow wurden durchsucht. Hier wurde man ebenso fündig, wie in den Wohnungen zweier Mitarbeiter, eines 22jährigen Marzahners und eines 22jährigen Neuköllners. Gegen den Geschäftsinhaber und vier Mitarbeiter im Alter zwischen 22 und 34 Jahren wird unter anderem wegen Verdachts der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen ermittelt. ▶ Taz, BeWe, WB 9.7.96 ◀

Polizei

Beweise in der Lumpen-Affäre vernichtet

In der Affäre um die menschenunwürdige Einkleidung von Abschiebehäftlingen (siehe WGA #16) sind nun neue Vorwürfe gegen die Polizei erhoben worden. In einem Polizei-Bericht wurde die Vernichtung von Beweisphotos angeordnet, dort heißt es: *„...wurden die Diensstellen angewiesen, bei Feststellung derartiger Lichtbilder, diese verschlossen dem LKA zur Vernichtung zuzuleiten"*. ▶ SZ 4.7.96 ◀

Solidarität

Kreuzberger Grenze symbolisch dicht

Anläßlich des bundesweiten Frauen-Lesben-Aktionstages gegen Illegalisierung und Kriminalisierung von MigrantInnen und geflüchteten Frauen haben am 29. Juli '96 Antirassistinnen mit einer symbolischen Grenzschließung zwischen den Bezirken Kreuzberg und Neukölln gegen ausländerfeindliche Schikanen protestiert. PassantInnen wurden gezwungen, „Visaanträge" auszufüllen. Fast alle wurden jedoch abgelehnt, so daß die PassantInnen selber „illegal" über die „Grüne Grenze" nach Kreuzberg einreisen mußten. ▶ JW 1.7.96 ◀

Redaktionsschluß der
Was geht ab?
für die Ausgabe #19 ist der
15. August '96

Was geht ab?
Postfach 110 331
D - 10833 Berlin
Fax: 030 - 694 67 95

Rechte Gewalt auf Brandenburgs Straßen

In den letzten Monaten hat die Gewalt von rechtsextremen Jugendlichen in Brandenburg noch nie dagewesene Maße angenommen. Sicher kann man diese Entwicklung auch in anderen (ost-)deutschen Bundesländern beobachten, doch Brandenburg dürfte in dieser Entwicklung an der Spitze stehen. Und dabei sind die „Propaganda-Straftaten" nicht mal das, was die Masse ausmacht, sondern die direkte Gewalt, gerichtet gegen Menschen, die irgendwie „anders" sind. Und diese Angriffe gehen von tätlicher Bedrohung, über das Zusammenschlagen, teilweise das förmliche Zertreten des „gegnerischen" Körpers bis hin zum Mord. Die Mehrheit der etwa 15- bis 25jährigen Täter, die sich an diesen Angriffen beteiligen, sind jedoch nicht in einer der verbotenen Gruppierungen organisiert, sondern denken und handeln rassistisch und diffus rechtsextrem. Hier entwickelt sich eine neue Generation, die organisiert und teilweise mit brutaler Gewalt vorgeht. Schwerpunkte dieser „neuen Nazigeneration" sind im Bundesland diejenigen Orte und Städte, in denen es entweder nie alternative Jugendkulturangebote gab oder diese Angebote durch die örtliche Verwaltungen zerstört wurden, wie beispielsweise in Eberswalde. Seitdem dort das Kulturzentrum „Ostbahnhof" durch Beschluß der Stadtverwaltung schließen mußte, hat sich im städtisch geförderten Jugendclub ***Domizil*** eine größere Gruppe militanter rechtsextremer Jugendlicher gebildet. Diese Gruppe rühmte sich vor kurzem im ORB, für Angriffe auf das alternative ***Literaturcafé*** im nahegelegenen Angermünde verantwortlich zu sein (siehe Artikel). Im nicht allzuweit entfernten Fürstenwalde ist die Situation noch bedenklicher geworden. Hier haben rechte und rechtsextreme Jugendliche seit der Wendezeit die Hegemonie auf der Straße. Mittlerweile ist diese Stadt zu einem Schwerpunkt der Aktivitäten der rechtsextremistischen Sammlungsorganisation der ***Nationalen*** und deren Jugendorganisation ***Junges Nationales Spektrum (JNS)*** geworden. Vom Verbot der „Nationalistischen Front" und ihrer Nachfolgeorganisationen haben die „Nationalen" massiv profitiert, aus ihr entstand dann auch die JNS, die sich speziell auf die Jugendlichen konzentriert. Die Schwerpunkte ihrer Kader- und Schulungsarbeit sind neben Fürstenwalde unter anderem auch Cottbus, Guben, Forst und Rathenow. Aber auch in Rheinsberg, der Stadt Brandenburg oder in den Dörfern rund um Berlin gärt es: Es ist unter Jugendichen wieder Mode, rechts zu sein und oft auch möglichst rechtsextrem - mit allem, was das an Konsequenzen nach sich zieht.

Im Gegensatz zu der hier beobachteten Entwicklung stehen die offiziellen Zahlen, die das Landeskriminalamt veröffentlichte. Demnach sind die rechtsextremen Straftaten im Verhältnis zum Vorjahr in den ersten sechs Monaten 1996 sogar zurückgegangen. Immerhin wurden von der Polizei in diesem Zeitraum noch 203 „rechtsextremistisch motivierte" Straftaten registriert, wobei 355 Verdächtige ermittelt wurden.

▶ WGA; JW 18.7., Tsp 18.8.96 ◀

Fürstenwalde

Rechtsextreme Angriffe

Seit Ende Juli '96 kommt es in Fürstenwalde fast täglich zu Angriffen gegen Ausländer. Doch ob der Mitarbeiter eines türkischen Imbiß-Stands oder eine Libanesin zum Opfer werden - die Polizei sieht keinen rassistischen Hintergrund. Nun wurden weitere Angriffe bekannt, unter anderem vom 1. August '96: 40 Jugendliche aus der rechtsextremen Szene der Stadt hatten am Fürstenwalder Bahnhof den „Orient-Imbiß" überfallen, in dem der Libanese **Ahmad A.** arbeitete. Die Jugendlichen, die nach Augenzeugenberichten Gaspistolen und Knüppel benutzten, verwüsteten den Stand vollständig. Die Polizei kam erst 30 Minuten nach dem Überfall an - und nahm neben zehn rechten Jugendlichen auch das Opfer sowie drei weitere Libanesen fest, die ihm zur Hilfe geeilt waren. Mittlerweile wurden Ermittlungsverfahren wegen Sachbeschädigung eingeleitet. Gegen den Imbißverkäufer wird nun außerdem wegen Körperverletzung ermittelt, weil er sich mit einem Messer gegen den Überfall gewehrt hatte und dabei einen 17jährigen verletzt hatte. Polizeisprecher **Schulz** sieht bei dem Angriff „keinen ausländerfeindlichen Hintergrund". Für Ahmad A. ist dies eine typische Reaktion der Polizei. Erst zwei Wochen zuvor hatten rassistische Skinheads eine arabische Frau angegriffen und sie auf offener Straße mit ihrem Kopftuch gewürgt, erklärte er. Weil er die Täter wiedererkannt hatte, wurde er in dem Imbiß überfallen. Die Flüchtlinge in Fürstenwalde haben eine ganze Liste von Angriffen zusammengetragen: „Am 25 März wurde ein Bekannter abends auf der Straße von sechs Jugendlichen mit ausländerfeindlichen Sprüchen angepöbelt und so schwer zusammengeschlagen, daß er mehrere Tage auf der Intensivstation war", so Ahmad A. Und die deutsche Ehefrau des Opfer ergänzt, daß von der Polizei nichts mehr unternommen wurde, seit sie Anzeige gegen die bereits bekannten Täter erstattet hat. Seit dem Überfall auf den Imbiß kam es in Fürstenwalde zu täglich neuen Angriffen. Noch in der selben Nacht wurden die Fensterscheiben der Wohnung einer ausländischen Familie eingeworfen, ein Tag später ist ein weiterer Döner-Stand zerstört worden. ▶ JW 5.8.96 ◀

Mahlow

Rassistischer Überfall auf Schwarze

Ein Opfer querschnittsgelähmt

Am 16. Juni '96 kam es in Mahlow, südlich von Berlin, zu einem folgenschweren rassistischen Angriff. Aus einer Gruppe rechtsextremer Jugendlicher und junger Erwachsener, die wie so oft am Bahnhof herumhin, gab es rassistische Pöbeleien. Sie betrafen drei britische schwarze Bauarbeiter, die in der Gegend beschäftigt waren. Die Männer, die solche Anmache bereits kannten, ignorierten diese und stiegen in ihr Auto, um wegzufahren. Nachdem sie losfuhren, stiegen zwei Personen aus der Gruppe ebenfalls in einen Pkw und jagten die Briten. Da diese nicht auf eine Auseinandersetzung aus waren, fuhren sie in Richtung Ortsausgang. Dabei wurden sie von dem anderen Pkw eingeholt und als sie auf gleicher Höhe waren, schmiß einer der Rassisten einen Stein in das Auto der Bauarbeiter. Der Fahrer **Noel Martin** verlor dadurch die Kontrolle über den Wagen, der daraufhin von der Straße abkam, sich überschlug und dann gegen einen Baum prallte. Noel Martin wurde dabei schwer verletzt und wird in Zukunft querschnittsgelähmt bleiben. Die beiden anderen Schwarzen erlitten leichtere Verletzungen. In der Presse war nur eine Unfallmeldung zu lesen. Was tatsächlich passierte, wurde erst mehrere Wochen später durch die Tageszeitung ***Junge Welt*** aufgedeckt, daraufhin nahmen auch andere das Thema auf. Erst fünf Wochen nach dem Angriff wurden die ersten Tatverdächtigen festgenommen. In der Wochen vom 22. bis zum 26. Juli gab es insgesamt drei Festnahmen. Ein 21jähriger wurde allerdings aufgrund einer Verwechselung beschuldigt und dann wieder freigelassen. Doch der 24jährige Fahrer des Pkws, **Mario P.** aus Blankenfelde, sowie ein 17jähriger, dessen Namen nicht genannt wurde, bekamen Haftbefehle. Der jüngere wurde beim Zelten in Mecklenburg-Vorpommern festgenommen und gab bei sei-

ner Vernehmung zu, den Stein auf die drei Briten geworfen zu haben. Wie oft bei solchen Vorkommnissen verstecken sich die Verantwortlichen als auch die Bürger vor der Wahrheit. So nahmen zwar auf einer antirassistischen Demo, die als Reaktion auf die Tat am 27. Juli '96 in Mahlow stattfand, etwa 500 Personen teil, doch kaum Leute aus dem Ort. Eine der Ausnahmen war der Bürgermeister **Werner Le Haine**.
▶ Presse 23.-29.7.96 ◀

Rohlsdorf

Festnahmen nach Angriff

In der Nacht zum 27. Juli '96 griffen rechte Jugendliche sechs Camper auf einem Zeltplatz in Rohlsdorf (Priegnitz) an und verletzten diese. Die Polizei konnte fünf der Täter festnehmen und beschlagnahmte deren zwei Pkws. Vier weitere Täter werden noch gesucht. In einem Schnellverfahren sind dann drei der Festgenommenen bereits am 30. Juli '96 verurteilt worden: Zwei 18jährige erhielten je vier Wochen Jugendarrest, ein 21jähriger sechs Monate auf Bewährung sowie eine Geldbuße von 3.000 Mark. Der mutmaßliche 17jährige Rädelsführer bekommt ein späteres Verfahren vor Gericht.
▶ BeZe 30.7./1.8.96 ◀

Schenkenberg

Brandanschlag auf Ausländerheim

Auf ein Wohnheim für ausländische Arbeiter in Schenkenberg (Potsdam-Mittelmark) ist am Morgen des 22. Juli '96 ein Brandanschlag verübt worden. Das Feuer ist in einem öffentlichen Raum ausgebrochen und hat diesen völlig verwüstet. Nach Polizeiangaben gehen die Ermittler von vorsätzlicher Brandstiftung aus. An mehreren Stellen ist eine Flüssigkeit entdeckt worden, die offensichtlich als Brandbeschleuniger dienen sollte. Ein anwesender Italiener hat gegen 4.00 Uhr die Feuerwehr alarmiert, die den Brand schnell löschen konnte. Der Sachschaden wird auf 20.000 Mark geschätzt. An dem betreffenden Wochenende war das Haus fast leer, da es fast nur innerhalb der Woche genutzt wird. Dann befinden sich etwa 90 Arbeiter in dem Wohnheim.
▶ BeZe 23.7.96 ◀

Teltow

Ungar überfallen

Am 30. Juni '96 wurde in Teltow, südlich von Berlin, ein Tourist aus Ungarn von Rechtsradikalen angegriffen. Der Mann mußte aufgrund seiner erlittenen Verletzungen in ein Krankenhaus eingeliefert werden. ▶ JW 24.7.96 ◀

Angermünde

Nazi-Angriffe auf Café

Seit Monaten gibt es immer wieder militante Angriffe von Neonazis auf das ***Literatur-Café*** in Angermünde. Bis zum Frühsommer waren das vor allem noch Demolierung von Telefonanlagen, Briefkästen usw. sowie Drohungen gegen den einzigen alternativen Klub in der Region. Doch Ende April und am 4. Mai '96 begannen dann auch direkte Angriffe. Dabei sind 20 bis 30 Nazis aus Eberswalde mit Steinen gegen das Café vorgegangen und haben versucht, mit einer Brechstange die Tür des Klubs aufzubrechen. Am 23. Juni gab es dann einen erneuten schweren Angriff, wobei die Faschisten mit Baseballkeulen die Fenster zertrümmerten und wieder versuchten, in das Café einzudringen. Zu diesem Angriff kamen Nazis in fünf Pkws aus dem Kreis Barnim nach Angermünde. Die Polizei ermittelt zwar wegen Landfriedensbruch, schließt aber einen rechtsextremen Hintergrund aus!
▶ JW 10.5./25.6.96 ◀

Premnitz

Naziplakate geklebt

Über 50 Plakate mit faschistischen und rassistischen Inhalten haben Rechtsradikale am 5. August '96 in Premnitz (Havelland) an Hauswände geklebt. Ein Teil der Propaganda-Plakate wurde bereits am Morgen entdeckt, weitere tauchten am Abend in einem anderen Wohngebiet auf. Alle Plakate sind von der Polizei entfernt worden, die aber keine weiteren Angaben zum Inhalt und eventuellem Herausgeber der Plakate machte. Die Kriminalpolizei ermittelt gegen unbekannt.
▶ API 6.8.96 ◀

Brandenburg/Havel

Überfall auf Pakistani

Am 17. Juni '96 wurde in der Stadt Brandenburg aus einer Gruppe rechtsradikaler Jugendlicher mit einer Schreckschußpistole auf einen 36jährigen Flüchtling aus Pakistan geschossen. Dabei wurde der Mann an den Augen schwer verletzt. Der 17jährige Täter wurde festgenommen, gegen ihn wurde Haftbefehl erlassen.
▶ BeZe 20.6.96 ◀

Neuruppin

Mit Nazifahne erwischt

In der Nacht zum 9. Juni '96 sind in Neuruppin drei Jugendliche erwischt worden, als sie eine Nazifahne schwenkend durch die Straßen gelaufen sind. Die Polizei stellte bei ihner Festnahme unter anderem auch Aufkleber *„Ehre, Stolz und Hakenkreuz - Rache für Heß"* sicher.
▶ BeZe 10.6.96 ◀

Rheinsberg

Rechtsradikale festgenommen

Die Polizei hat am Abend des 3. August '96 unweit von Rheinsberg 26 Jugendliche festgenommen, die faschistische Lieder abgespielt haben, mehrere Cassetten wurden beschlagnahmt. Die Festnahmen erfolgten wegen „Verwendung verfassungsfeindlicher Kennzeichen". Einer der Festgenommenen war bereits mit Haftbefehl wegen rechtsextremer Straftaten gesucht worden. Die anderen wurden nach ihrer Vernehmung wieder freigelassen.
▶ JW 5.8.96 ◀

Sachsenhausen

Hakenkreuze im Gästebuch

Wegen Schmierereien im Gästebuch der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen hat die Staatsanwaltschaft Neuruppin gegen zwei 15- und 17jährige Mädchen Anklage erhoben. Ihnen wird vorgeworfen, Ende Mai '96 das Kondolenzbuch mit Naziparolen und einem Hakenkreuz beschmiert zu haben.
▶ JW 28.6.96 ◀

Neubrück

Nazi-Schmierer erwischt

Die Polizei hat am 28. Juli '96 mehrere Nazischmierereien entdeckt. In Neubrück (Dahme-Spreewald) hatten drei Jugendliche aus Berlin die Fassade einer ehemaligen Wasserpumpstation vor einem Zeltlager mit Naziparolen beschmiert. Die 17jährigen gaben an, daß sich die Parolen gegen die im Zeltlager campenden Punks gerichtet haben. ▶ BeZe 30.7.96 ◀

Bergfelde

Naziparolen geschmiert

In der Nacht zum 9. August '96 haben bisher unbekannte Neonazis in einer Oberschule in Bergfelde bei Berlin rechtsextremistische Schmierereien angebracht. Mit brauner Farbe und in großen Schriftzügen wurden Hakenkreuze gemalt und Losungen wie „Deutschland den Deutschen", „Sieg Heil" oder „Tod euch allen" geschrieben.
▶ BeZe 12.8.96 ◀

Justiz

Urteile rechtskräftig

Die Freiheitsstrafen im Prozeß um den Brandanschlag auf die jüdischen Baracken der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen im September '92 sind rechtskräftig. Der 5. Senat des Bundesgerichtshofes verwarf in einer am 24. Juli '96 veröffentlichten Entscheidung die Revision der beiden verurteilten Männer. Das Landgericht Potsdam hatte 1995 den damals 25jährigen Prenzlauer **Thomas Haberland** zu einer dreijährigen Haftstrafe und seinen 22jährigen Komplizen **Ingo Kehn** aus Berlin zu einer Jugendstrafe von zweieinhalb Jahren verurteilt. ▶ Taz 25.7.96 ◀

Bernau

Prozeß gegen Polizisten

In mittlerweile über 20 Verhandlungstagen versucht die Große Strafkammer des Landgerichts Frankfurt/Oder seit Januar '96 im sogenannten Bernauer Polizistenprozeß zu klären, ob die acht angeklagten Polizeibeamten von Februar '93 bis Juni '94 auf der Bernauer Polizeiwache systematisch vietnamesische AsylbewerberInnen mißhandelt bzw. als Komplizen ihre Kollegen gedeckt haben. Bisher sind die Anklagevorwürfe von acht vietnamesischen Zeugen gestützt worden, die von Schlägen gegen den Oberkörper und Tritten in den Unterleib und diverser Schikanen berichteten. Der Vietnamese **Ngyen U.** sagte aus, daß er nach einer Festnahme durch Zivilbeamte am Bernauer Bahnhof auf der Polizeiwache befragt werden sollte. Da er aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse nicht antworten konnte, schlugen die Beamten etwa 20 Minuten lang auf ihn ein, unter anderem mit Fäusten ins Gesicht und auf die Brust. Ein anderer Vietnamese, **Thuan V.** berichtete über Mißhandlungen an einigen seiner Landsleute. So seien zwei in Berlin lebende Vietnamesen zu ihm gekommen und hätten blaue Flecken und Blutergüsse am Rücken und an der Seite gezeigt. Sie erzählten, daß sie nach ihrer Festnahme verprügelt wurden. Die deutsche Kioskbetreiberin **Christiane G.** sagte aus, daß sie von ihrem Kiosk aus Zeuge eines Polizeiübergriffs wurde. Sie hatte beobachtet, wie ein Polizist zunächst einen flüchtenden Vietnamesen verfolgte. Als dieser dann wehrlos am Boden lag, hat der Polizist ihn mehrfach „sehr heftig" geschlagen und getreten. Ihre 22jährige Tochter bezeugte, daß der Polizist das sich nicht wehrende Opfer mehrfach in die Seite getreten hat. Im Mai sollte auch **Sigmund Jäck**, der Vorgesetzte der Angeklagten, aussagen. Auch gegen ihn wird in diesem Zusammenhang ermittelt. Die Verteidigung wollte von Jäck vor allem die Aussage hören, daß die betreffenden acht Polizisten nie mit festgenommenen Vietnamesen allein gewesen sein konnten und durch offene Türen und Fenster ständig mit der Anwesenheit von Außenstehenden und somit von potentiellen Zeugen rechnen mußten. Doch Jäck mußte einräumen, daß das so nicht der Fall war. Als er jedoch zu seinem persönlichen Wissen über die Vorgänge in seiner Dienstgruppe befragt werden sollte, mußte die Verhandlung wegen einer Herz-Kreislauf-Schwäche des Angeklagten **Klaus-Dieter Eichler** unterbrochen werden. Erst einen Monat später sagte Jäck dann aus, daß er von den Mißhandlungen nie etwas mitbekommen hätte und es sei ihm auch nichts dergleichen mitgeteilt worden.

▶ JW 8./22./29.5., 12./19.6.96 ◀

Staatsanwalt für eine Antifaschistische Front

Der Generalstaatsanwalt von Brandenburg, **Erardo Rautenberg**, hat zu einem breiten Bündnis *„vom stramm konservativen bis zum autonomen Spektrum"* gegen rechtsradikale Gewalttäter aufgerufen. Im Kampf gegen die menschenverachtenden Schläger müßten sich die Bürger solidarisieren. Die Ermittlungsbehörden dürften in ihren Bemühungen nicht allein gelassen werden. Der Kampf gegen den gewalttätigen Rechtsextremismus sei eine patriotische Pflicht. *„Wir brauchen die Mithilfe der Bürger. Doch leider ist Zivilcourage derartig mies ausgeprägt, daß manche Leute die Gardine zuziehen, während draußen ein Ausländer zusammengeschlagen wird"*. Ausdrücklich rief er auch „Linksextreme" auf, den Behörden beim Kampf gegen Rechtsradikale zu helfen. Sie sollten *„ihre feindliche Grundeinstellung zur Polizei und zum Staat zurückstellen"* und der Polizei drohende Angriffe rechtsextremer Jugendlicher melden. Hier Auszüge aus einem Interview der „Jungen Welt" mit Rautenbach:

JW: Sie haben vorgeschlagen, eine Einheitsfront gegen Neofaschisten zu bilden, die von Konservativen bis zu Autonomen reicht. Wie läßt sich das mit der staatlichen Verfolgung von Autonomen und unabhängigen Antifaschisten vereinbaren?

Rautenbach: Ich muß klarstellen, daß sich meine Sympathie für die Linksautonomen in engen Grenzen hält. Ich bin der Auffassung, daß die dort verbreitete Vorstellung, die von der RAF adaptiert worden ist, daß man zwischen „Menschen" und „Schweinen" unterscheiden könne, faschistoid ist und Gewalttaten von Linken selbstverständlich auch zu verfolgen sind. Andererseits erkenne ich aber an, daß sich Leute aus diesen Kreisen für unsere ausländischen Mitbürger einsetzen. Ich möchte mit meinem Aufruf erreichen, daß diejenigen, denen ernsthaft daran gelegen ist, gegen die rechte Gewalt vorzugehen, der Polizei und den Ermittlungsbehörden insgesamt helfen.

Oft aber sind diejenigen, die Flüchtlingen und ausländischen Mitbürgern helfen und die, die meinen, auch mit Gewalt und Militanz vorgehen zu müssen, die gleichen. Sie wenden im Kampf gegen Rechtsextremismus nur andere Mittel an als Sie. Wenn Sie diese per se verurteilen und in die gleiche Ecke stellen wie die Faschisten, graben Sie doch einer Zusammenarbeit von vornherein das Wasser ab.

Die Zusammenarbeit kann nicht bedeuten, daß wir staatlicherseits dulden, daß Selbstjustiz geübt wird. Diejenigen, die sich für unsere ausländischen Mitbürger einsetzen, sollen das tun, sollen demonstrieren, sollen Hinweise geben, wie man rechte Gewalttäter überführt, sollen insbesondere ihrer Zeugenpflicht genügen.

Waren es nicht gerade die Bundesregierung und die SPD, die Anfang der 90er Jahre mit der Asylrechtskampagne den Rechtsextremisten recht gaben?

Ich will gar nicht in Abrede stellen, daß dieser sogenannte Asylkompromiß anzweifelbar ist. Aber es ist nun mal so, daß im demokratischen System bestimmte Entscheidungen von den dafür Verantwortlichen getroffen werden. Und wenn auch noch das oberste Gericht damit befaßt war, ist das so hinzunehmen.

Polizei und Justiz sind in der Vergangenheit immer wieder in die Kritik geraten, auf dem rechten Auge blind zu sein. Das wird auch durch die Tatsache gestützt, daß bei der Polizei überdurchschnittlich viele Wähler und Mitglieder rechtsradikaler Parteien beschäftigt sind. Wie paßt das zu Ihrem Einheitsvorschlag?

Ich kann natürlich nicht ausschließen, daß es wie in jeder Organisationsform einer pluralistischen Gesellschaft auch bei der Polizei und vielleicht auch bei der Staatsanwaltschaft Leute gibt mit einer Einstellung, die man nicht billigen kann. Sofern diese Einstellung in irgendeiner Weise zutagte tritt, wird dagegen vorgegangen. Sie haben ja den deutlichen Fall, wie mit denjenigen verfahren worden ist, die beschuldigt waren, Vietnamesen geschlagen zu haben. Da sind doch die Verfahren auf Betreiben der Polizei eingeleitet worden. Ich wollte mit meiner Äußerung zum Ausdruck bringen, daß man nicht bei jeder Ermittlungspanne gleich unterstellt, das sei absichtlich geschehen. Man sollte den vielen Leuten, die bei Polizei und Staatsanwaltschaft engagiert gegen rechte Gewalt arbeiten, nicht den guten Willen absprechen. ▶ API 31.7., JW 5.8.96 ◀

Cottbus

Faschostrukturen

Nach dem Verbot der ***Deutschen Alternative*** 1992 hatte sich die Situation in Cottbus zwar für einige Jahre entspannt, doch seit Anfang dieses Jahres eskaliert die rechte Straßengewalt wieder. Insbesondere linke oder vermeintlich linke SchülerInnen werden von rechten Schlägercliquen bedroht und angegriffen. Drahtzieher hinter dem neuerlichen Aufbau neonazistischer Strukturen ist - wie auch in anderen Städten Brandenburgs und Sachsen-Anhalts - das ***Junge Nationale Spektrum***. Die Jugendorganisation der rechtsextremen Sammlungsbewegung der ***Nationalen*** führte bis April '96 regelmäßige Versammlungen in der Kneipe ***Friedensburg*** durch. Nach einer polizeilichen Razzia wurden diese Treffen, an denen bis zu 100 Personen teilnahmen, wieder in die altbekannte Nazi-Gaststätte ***Wassermann*** verlegt, die nun aber kürzlich abgebrannt ist. ▶ JW 13.6.96 ◀

Cottbus

Nazi-Treffpunkt abgebrannt

Bei einem Brand ist am 8. August '96 die Gaststätte ***Wassermann*** in Groß Galgow am südlichen Stadtrand von Cottbus abgebrannt. Die Polizei geht von Brandstiftung aus, da der Brand an mehreren Stellen gleichzeitig ausbrach. Das Lokal war Anfang der 90er Jahre die wichtigste Versammlungsstätte von Mitgliedern der inzwischen verbotenen ***Deutschen Alternative***. Der Cottbuser Staatsanwalt wies aber darauf hin, daß die Kneipe bis heute Treffpunkt von Rechtsradikalen sei und auch der Pächter ist dieser Szene zuzuordnen. Menschen kamen bei dem Brand nicht zu Schaden. ▶ BeZe 9.8.96 ◀

Cottbus

Anklage wegen Mordversuch

Wegen des Überfalls auf zwei indische Asylbewerber müssen sich drei junge Männer vor dem Landgericht Cottbus verantworten. Ihnen wird versuchter Mord und gefährliche Körperverletzung vorgeworfen. Die drei Angeklagten gaben zu, die Inder im September '95 aus Ausländerhaß geschlagen und getreten zu haben, sie bestritten jedoch eine Tötungsabsicht. ▶ BeZe 11.6.96 ◀

Cottbus

Hübner wieder frei

Der ehemalige Vorsitzender der ***Deutschen Alternative***, **Frank Hübner**, wurde Ende Juli '96 aus der Untersuchungshaft entlassen. Das Landgericht Cottbus setzte den Haftbefehl wegen Beteiligung an der Planung eines Auftragsmords gegen Hinterlegung einer Kaution von 10.000 Mark und Abgabe aller Personaldokumente außer Vollzug. Hübner war am 24. Februar '96 verhaftet worden (siehe WGA #15). ▶ JW 2.8.96 ◀

Luckenwalde

Verdienen statt Gedenken

In Luckenwalde, 50 km südlich von Berlin, muß sich die Stadtverwaltung vorwerfen lassen, daß sie einen wichtigen Ort des Gedenkens verwahrlosen läßt und damit der Spurenvernichtung Vorschub leistet. Diese Mißachtung von Opfern des Nationalsozialismus kritisieren die Berliner Vereine ***Aktion Sühnezeichen***, ***Kontakte*** und ***Aktives Museum*** in einem gemeinsamen Offenen Brief an den Bürgermeister **Peter Blohm** und die Stadtverordnetenversammlung. Im ehemaligen Kriegsgefangenenlager Stralag III/A bei Luckenwalde waren bis zur Befreiung im April 1945 Gefangene aus fast allen von Deutschland überfallenen Ländern unter KZ-ähnlichen Bedingungen inhaftiert. Vor allem für sowjetische Kriegsgefangene wurde es ein Todeslager. Darin kamen über 25.000 Menschen ums Leben, schätzt „Kontakte". Der Skandal: Die Stadtverwaltung meldete bereits 1994 dem Landesinnenministerium nur noch 179 Einzelgräber auf dem Stralag-Friedhof, obwohl ihr seit mehreren Jahren bekannt sein müßte, daß sich „auf einem der Stadt gehörenden Flurgrundstück 38 Massengräber von mindestens 25.000 Opfern befinden", so die Autoren des Briefes. Mit einer Ausnahme sind auch bereits die ehemaligen Lagerbaracken abgeräumt worden, um für den geplanten Technologiepark Platz zu schaffen. Nun wird erstmal gefordert, die Friedhöfe zu kennzeichnen. Währenddessen spielt die Stadtverwaltung die Sache herunter: „Wir kümmern uns schon darum..." ▶ JW 25.6.96 ◀

Ausländerbeauftragte

Broschüre über Sinti und Roma gestoppt

Nach Protesten des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma hat die Ausländerbeauftragte **Almuth Berger** die Verbreitung der von ihr herausgegebenen Broschüre „Roma - Geschichte, Leben, Widerstand" über Sinti und Roma vorerst gestoppt. Der Vorsitzende des Zentralrats, **Romani Rose**, hatte sich am 2. Juli '96 in einem Brief an Ministerpräsident **Manfred Stolpe** über die platten und herabsetzenden Klischees in der Darstellung beschwert. Sie diffamieren deren Angehörige als „Nomadenvolk mit Wahrsagern, Bettlern und angeblichen Dieben". Auf den Brief antwortete Almuth Berger mit einem Gesprächsangebot, das Rose aber ablehnte, denn die Ausländerbeauftragte sei gar nicht für die deutschen Sinti und Roma zuständig. Sollte das Heft nicht eingestampft werden, werde eine Delegation von Roma und Sinti die Restauflage in Potsdam abholen. Währenddessen sagte **Andreas Günther**, der Verfasser des Heftes: „Wir wollten mit der Broschüre zur Aufklärung beitragen und Vorurteile abbauen". Ihm sei die Reaktion unverständlich. ▶ BeZe 9.7.96 ◀



Bremen

Solidarität

Aktion gegen »Pandi«

Mit einer Blockadeaktion protestierten am 25. Juli '96 rund 50 Menschen, etwa die Hälfte davon Flüchtlinge, gegen die Geschäfte der Firma ***Pandi J.&K. Brons GmbH*** (siehe Artikel „Streit über private Abschiebung" im Bereich »Offene Grenzen«). Eine Gruppe von Protestierenden ging auch in die Pandi-Geschäftsräume, um den Geschäftsführer aufzufordern, nicht mehr an der Durchführung von Abschiebungen mitzuwirken. Dieser wollte den Demonstranten jedoch keinerlei Zugeständnisse machen. Die Aktion wurde abgebrochen, als die Polizei eintraf. Die Firma Pandi war ursprünglich ein Unternehmen, das Reeder nach Schiffshavarien berät. Sie war in letzter Zeit heftig in die Kritik geraten, nachdem drei Fälle bekannt wurden, in denen sie im Auftrag der deutschen Abschiebebehörden in Westafrika Aufenthaltstitel für abgewiesene Asylbewerber ungeklärter Herkunft erwirkt hatte - jeweils in das Land Elfenbeinküste, wo Pandi augenscheinlich über ausgezeichnete Geschäftsbeziehungen verfügt. Derzeit prüft das Bremer Verwaltungsgericht, ob der erneute Einsatz der Firma bei einer Abschiebung nach Afrika rechtswidrig wäre. Der Flüchtling, um den es bei dem aktuellen Fall geht, bleibt solange in Abschiebehaft. Inzwischen hat Pandi angeblich das Angebot zurückgezogen, weiterhin die Identität abgelehnter Asylbewerber unbekannter Herkunft festzustellen, um deren Abschiebung zu ermöglichen. Schuld ist nach Ansicht des Bremer Innensenators **Ralf Bortscheller** die „verfälschende und diffamierende Berichterstattung der Medien". ▶ JW 24./26.7.96 ◀

Propaganda

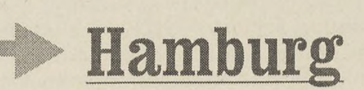
Rechtsextreme Postkarten

Ein bislang unbekannter Rechtsextremist verschickt massenhaft Postkarten mit fremdenfeindlichen und antisemitischen Texten an Stadtverwaltungen und Ausländerbehörden. Wie die Polizei in Bremen mitteilte, sind seit April dieses Jahres schon 129 solcher Postkarten registriert worden. Ein Drittel der Karten wurde in Bremen, der Rest im nord- wie im süddeutschen Raum aufgegeben. Die Kripo in Bremen leitete deshalb ein Sammelverfahren wegen Volksverhetzung ein. Der Täter fordert die Adressaten der Karten auf, Ausländer „aus dem Land zu jagen" und ihre religiösen Einrichtungen anzuzünden. ▶ JW 11.7.96 ◀

Republikaner

Niederlage gegen Senat

Durch die Niederlage der ***Republikaner*** darf die Bremer Innenbehörde dieselbigen weiterhin als verfassungsfeindlich einstufen und damit nachrichtendienstlich überwachen. Am 6. Juni '96 teilte ein Senatssprecher mit, der Antrag der Partei gegen die Einstufung als verfassungsfeindlich sei abgelehnt worden. ▶ JW 7.6.96 ◀



Hamburg

Antifaschistischer Angriff

Am 4. Juni '96 trafen sich gegen 19 Uhr ca. zwanzig Faschisten in den Räumen der ***Freisozialen Union (FSU)*** in der Feldstr. 46, mitten im Karolinenviertel. Unter ihnen befanden sich u.a. **André Goertz** (Ex-

FAP-Vorsitzender) und **Jan Zobel**, Bundessprecher der ***Jungen Nationaldemokraten***. Das Treffen wurde von ca. 40 Antifaschisten angegriffen. Dabei wurden die Fensterscheiben der FSU zerstört, 'das Auto von Goertz tiefergelegt und einige Neonazis attackiert. Nach einer Viertelstunde kam die Polizei, die jedoch niemanden mehr festnehmen konnte.

▶ Zeck #51 ◀

Knast

Abschiebung brutal

Die offizielle Version eines „Vorfalls" im Abschiebeknast Glasmoor am 7. Juni '96 lautet, ein Gefangener hätte sich seiner Abschiebung widersetzt und sei in dem Gerangel mit insgesamt fünf LKA-Beamten und Schließern des Knastes unglücklich „aufs Gesicht gefallen". Auch ein Beamter sei dabei am Unterarm verletzt worden, wegen der Handschellen. Tatsächlich versuchten die fünf Abschieber, den 32jährigen Kurden **Adem Aslan** an diesem Tag in die Türkei abzuschieben. Ein Vorgang, der für die Hamburger Abschiebepolitik mittlerweile Alltag ist. Nicht ganz so alltäglich war hingegen, daß Adem Aslan sich vehement gegen seine Deportation wehrte. Nach einem kurzen Handgemenge wurde er - unter Aufsicht von zwei LKA-Beamten - von drei Schließern des Knastes brutal zusammengeschlagen und danach blutüberströmt sowie an Händen und Füßen gefesselt zu einem inzwischen eingetroffenen Krankenwagen geschleppt. Im Krankenhaus Heidberg mußte er schließlich an einem Nasenbeinbruch operiert werden. Außerdem hatte er starke Schmerzen im Genitalbereich, da die Schläger den am Boden liegenden mehrfach zwischen die Beine traten. Doch während selbst ein behandelnder Arzt des Krankenhauses in seinem Protokoll schrieb, daß die Verletzungen durch einen Schlag verursacht worden sein müssen, nicht durch einen „unglücklichen Sturz", steht dem die Version der Hamburger Justizbehörde gegenüber. Mittlerweile hat Aslans Anwalt gegen die drei Schließer Anzeige wegen Körperverletzung erstattet und gegen die beiden LKA-Beamten wegen unterlassener Hilfeleistung. Es gibt auch noch einen Zeugen der Auseinandersetzung. Ein Flüchtling, der sich ebenfalls in dem Abschiebeknast befand, hatte alles mit angesehen - und wurde kurz danach abgeschoben. Und auch Adem Aslan droht nun nach einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Hamburg die Abschiebung. Demnach kann nicht nur das Opfer selbst, sondern auch ein Bevollmächtigter, etwaige Ansprüche geltend machen. Einer Abschiebung stehe somit nichts im Wege. Schon vor eineinhalb Jahren gab es einen ähnlichen Fall: Damals war **Nwame N.** in Glasmoor von mehreren Schließern zusammengeschlagen worden und hatte ebenfalls Strafanzeige wegen Körperverletzung erstattet. Die Kieler Staatsanwaltschaft hielt es allerdings für besser, die Akte dieses Falles erst Monate später und zufällig genau einen Tag vor der Abschiebung des Opfers an die ermittelnde Hamburger Polizei weiterzuleiten. Dadurch konnte Kwane N. natürlich nicht mehr befragt werden. Einige Zeit später wurde dem Anwalt dann mitgeteilt, das Ermittlungsverfahren sei eingestellt worden, weil die mutmaßlichen Täter durch die große Zahl von Schließern in dem Knast nicht zu ermitteln seien. Sein Mandant hätte aber die Möglichkeit, das Verfahren von seinem Heimatland aus fortzuführen, wenn er neue Hinweise auf die Schläger hätte...

▶ Zeck #51 ◀

Rassismus

»Rassenkunde« an der Uni

An der Hamburger Uni hat das Fach Anthropologie mit altem Lehrmaterial scheinbar keine Schwierigkeiten. „Rassenkunde" ist dort Pflichtfach. In einem kleinen Hörsaal sitzen 25 Studenten und lesen von einem Dia folgende Informationen ab: *„Die Mongoliden. Typologische Beschreibung nach v. Eickstedt. Tungide: Mittelgroß, kräftig und untersetzt, niedriger Kopf mit zurückweichender Stirn; starke Ausprägung der mongolischen Flachgesichtigkeit..."*. Der Dozent erläutert, daß es aufgrund der „Rassenmischungen" in Asien Klassifikationsschwierigkeiten zwischen „Europiden" und „Mongoliden" gäbe, die Grenzen seien fließend, doch Unterschiede seien vorhanden. Zu betrachten am Beispiel eines Dias von zwei Augen: *„Hier ist die typische Mongolenfalte, und hier das normal europide"*. Titel der Vorlesung: „Rassenkunde des Menschen", eine Pflichtveranstaltung für Anthropologie-Studenten am Institut für Humanbiologie der Universität Hamburg. Sie findet seit vielen Jahen statt, das letzte Mal im Wintersemester 1995/96. Es wird gelehrt, daß sich die Menschheit in Rassen unterteilen läßt, wie eben „Mongolide", „Negride" oder „Europide". Eine Vorlesung mit individuellem Lerneffekt, in der letzten Sitzung konnte eine Teilnehmerin verkünden: „Ich bin nordischer Rasse". So will es das Grundlagenwerk, das in dem Kurs verwendet wird: **Egon Freiherr von Eickstedts** „Rassenkunde und Rassengeschichte der Menschheit" von 1934! Immer wieder distanziert sich der Dozent von politischer Anwendung der „Rassengesetze", schließlich sei Eickstedt ein unpolitischer Wissenschaftler gewesen, der in der NS-Zeit angeblich nie eine Funktion inne hatte. Doch tatsächlich gab er von 1935 bis 1944 die „Zeitschrift für Rassenkunde" heraus. Auf der Literaturliste des Instituts findet sich auch noch Eickstedts Schülerin und Co-Autorin **Ilse Schwidetzky**, die nach dem Faschismus besonders auf die Unterschiede zwischen „primitiven" und „progressiven" Rassen hinwies und den Kolonialismus als biologisches Phänomen erklärte. Einer ihrer Schüler war **Rainer Knußmann**, der heute eben dieses Humanbiologische Institut leitet. In seinem Lehrbuch „Vergleichende Biologie des Menschen" schreibt er, daß eine Beteiligung genetischer Faktoren für einen IQ-Unterschied zwischen „Negriden" und „Europiden" (am Beispiel Ohio und Mississippi) anzunehmen sei. Für die politische Anwendung der eigenen Theorien übernimmt das Institut natürlich keine Verantwortung.

▶ uniKonkret Sommer '96 ◀

Nazi-Musik

Fascho-Fröhlich

Gar nicht fröhliche Musik vertreibt ein Versand namens ***Fröhlich-Tonträger*** aus Rahlstedt. In diesem „Quartett der deutschen Sangesfreude" sind bisher vier Cassetten und zwei CDs mit burschenschaftlichen und Soldatenliedern erschienen, deren Texte eindeutig nationalistisch und kriegsverherrlichend sind. Titel wie „Es ist schön, Soldat zu sein", „Heilig Vaterland" oder „Als wir nach Frankreich zogen" oder Texte vom Nationalrevolutionär Henning Eichberg gehören zum Repertoire der Gruppe ***Bundschuh***, von denen alle Tonträger stammen. Produzent und Vertreiber ist **Adolf Fröhlich** aus Rahlstedt, der seit 1976 Mitglied im Nazifilmclub ***Freundeskreis Filmkunst*** ist und 1986 auch dessen stellvertretender Vorsitzender war. Außerdem beteiligte sich Fröhlich im bekannten Nazizentrum in Hetendorf 1987 als Bauhelfer. Das Studio, in dem die Aufnahmen gemacht werden, befindet sich in Wilhelmshorst. Die ***Junge Freiheit***, die ansonsten mittlerweile eher auf taktische Abgrenzung zu solchen Kreisen bedacht ist, widmete Fröhlich in der Ausgabe 16/96 einen eigenen Artikel. Der Autor **Arno Kansen** weiß, daß sich der Bundschuh aus Wandervögeln und Studenten der „Deutschen Hochschulgilde" zusammensetzt. Aus der Deutschen Gildenschaft stammen nicht nur der JF-Geschäftsführer **Dieter Stein**, sondern auch diverse Redakteure und Autoren der Zeitung. So wurde in der Jungen Freiheit schon öfter über die Barden aus der Gildenschaft berichtet; nicht berichtet wurde jedoch von deren Auftritten beim Waffen-SS-Treffen im Kursaal von Krumpensdorf in Österreich im vergangenen Jahr... ▶ AN 13/96 ◀

Redaktionsschluß der
Was geht ab?
für die Ausgabe #19 ist der
15. August '96

- - - - - - - - - - - - - - - -

Bitte schick uns
Zeitungsartikel
Flugblätter
Eigene Berichte
von Aktionen
Veröffentlichungen
Fotos

Was geht ab?
Postfach 110 331
D - 10833 Berlin
Fax: 030 - 694 67 95

Hessen

Justiz

Rechte Schöffin

In Kassel ist am 1. Juli '96 der Versuch des Oberbürgermeisters **Georg Lewandowski** (CDU) gescheitert, eine Republikanerin zur Gerichtsschöffin zu küren. Neben 218 anderen Bürgern und Bürgerinnen wurde auf seine Initiative hin auch **Christine May** vorgeschlagen, die im Stadtparlament in der Fraktion der ***Republikaner*** sitzt. Nachdem jedoch ***Grüne/Bündnis 90*** protestierten und ihr Ausländerfeindlichkeit vorwarfen (daraufhin hatte Frau May den Bündnisgrünen „Inländerfeindlichkeit" vorgeworfen), wurde sie nur von ihrer Partei und ***CDU***-Vertretern gewählt. Es gab aber auch Enthaltungen aus den Reihen der Christdemokraten.

▶ Taz 11.7.96 ◀

Propaganda

Freies Wort für Roeder

In ihren Wochenendausgaben vom 22. Juni '96 lösten die ***Südthüringer Zeitung***, das ***Freie Wort*** (Suhl) und die ***Hessisch Niedersächsische Allgemeine (HNA)*** einen Skandal aus: In einer ganzseitigen Anzeige durfte der bekannte Neonazi-Terrorist **Manfred Roeder** seine „95 Thesen zum Lutherjahr" öffentlich machen. In diesen hat Roeder seine offen antisemitische, revanchistische und rassistische Propaganda fein in Bibelzitaten verpackt. So erklärt er, nachdem er sich über jüdische Wissenschaftler und israelische Politiker ausgelassen hat, daß man seinen Nächsten lieben soll, und das sei „noch immer der Angehörige des eigenen Volkes". Keine Faschoparole wird ausgelassen: Vom „Recht auf Heimat" der Deutschen in ostpreußischen Staaten bis hin zur der „modernen teuflische Erfindung", überhaupt von einer Kriegsschuld Deutschlands zu reden. Roeder, der Anfang der 80er Jahre mitverantwortlich war für eine Reihe von mindestens sieben Anschlägen auf Ausländerheime, bei denen in Hamburg zwei Menschen ermordet wurden, wurde 1982 zu 13 Jahren Haft verurteilt. 1990 wurde er wieder auf freien Fuß gesetzt. Er hält jetzt regelmäßig Vorträge im ehemaligen Zentrum der ***Wiking-Jugend*** im niedersächsischen Hetendorf. Vor allem aber propagiert er in der ***Aktion Ostpreußen-Hilfe*** mit anderen Nazis aus der gesamten Bundesrepublik die „Angliederung Ostpreußens an das Deutsche Reich". Auch war er durch seine Beteiligung an einem Anschlag gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg, Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944" im Erfurter Gewerkschaftshaus bekannt geworden. Nach der Veröffentlichung seiner Thesen kündigten *Südthüringer Zeitung* und *Freies Wort* noch am selben Tag an, sich in der Montagsausgabe bei ihren Lesern zu entschuldigen und sich von der Anzeige zu distanzieren. Die Anzeige sei über ein „neutrales Codewort" von der Kasseler HNA angekündigt worden. Irgendwas müsse da schief gelaufen sein, erklärte der Chefredakteur Dücken, zumal gerade die HNA „außerordentlich kritisch gegenüber dem braunen Sumpf" sei. So kritisch ist die HNA dann wohl doch nicht. In ihrer Sonntagsausgabe erklärte sie trocken, daß bei einer Anzeige lediglich zu prüfen sei, ob deren Inhalt offensichtlich rechtswidrig ist. Und das sei dabei nicht der Fall gewesen. Außerdem müßten durch die „bloße Veröffentlichung der Anzeige weder Verlag noch Redaktion zu den Inhalten Stellung nehmen". **Leo Rauh**, Bezirkssekretär der Kasseler ***IG Medien*** sieht das anders: Er ist der Meinung, das jeder Verleger selbst für das verantwortlich ist, was in seiner Zeitung steht, und dazu gehören auch Anzeigetexte. Er verlangt von der HNA, daß sie sich bei ihrer Leserschaft entschuldigt und diese über die Person Roeder aufklärt. Das, durch die Anzeige eingenommene, Geld solle in irgendeiner Form der antifaschistischen Arbeit zur Verfügung gestellt werden. Die HNA sah jedoch für Selbstkritik oder Entschuldigung keinen Anlaß. Kasseler AntifaschistInnen kündigten deshab Aktionen gegen das Blatt an, in dem im übrigen schon öfter recht(e) stramme Artikel aufgetaucht sind, vor allem vom stellvertretende Chefredakteur **Rainer Mehrforth**, der in einem Kommentar zum Giftgasanschlag in einer Tokioter U-Bahn schrieb: „Was nicht einmal die Nazis trotz ihrer Menschenverachtung je wagten (...): Giftgas gegen Massen einzusetzen."

▶ JW 24./25.6.96 ◀

Mecklenburg Vorpommern

Gressow

Nazicamp aufgelöst

Ein Lager von Rechtsextremisten am Gressower See ist am 3. August '96 von der Polizei aufgelöst worden. 13 Personen wurden vorläufig festgenommen. Die Gruppe hatte an einem Lagerfeuer mehrere Reichskriegsflaggen gehißt und Nazilieder gegröhlt. Bei der Festnahmeaktion konnten einige Nazis aus der Gruppe fliehen, andere leisteten Widerstand, wodurch ein Polizist Verletzungen erlitt. Von den Festgenommenen im Alter zwischen 15 und 45 Jahren wurden vier bereits in der Nacht den Eltern übergeben. Drei der Festgenommenen wurden als Täter des Überfalls auf einem Campingplatz in Leisten Mitte Juli identifiziert. Ein anderer kam in Haft, weil er eine Freiheitsstrafe auf Bewährung offen hatte. Da er nun Widerstand leistete, wurde nun der Haftbefehl zur Verbüßung der Strafe vollstreckt.

▶ API 4.8.96 ◀

Neubrandenburg

Naziskins randalierten

Etwa 60 rechte Skinheads haben am 18. Juni '96 in Neubrandenburg das Sommerfest an einem Gymnasium überfallen, Autos demoliert und die Scheiben eines nahen alternativen Jugendklubs zertrümmert. Die Polizei nahm zwölf der Faschos fest, der Rest konnte entkommen.

▶ JW 20.6.96 ◀

Stralsund

Ermittlungen gegen Polizisten

Nach zahlreichen gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen ermittelt die Stralsunder Staatsanwaltschaft, ob der Polizei unterlassene Hilfeleistung vorzuwerfen ist. Zeugen hatten berichtet, die Polizei habe bei Schlägereien gar nicht oder erst zu spät und inkonsequent eingegriffen. Noch ungeklärt ist der genaue Hintergrund einer Auseinandersetzung, nach der ein 26jähriger aus Wolgast Mitte Juli '96 gestorben ist. Ihn hatten zwei 19 und 22 Jahre alten Männer zusammengeschlagen. Einer der mehrfach vorgestraften Täter saß unter anderem wegen schwerer Körperverletzung schon drei Jahre im Knast. In den Sommermonaten

Plau am See

Rechtsradikale verprügelten Camper

Während der vergangenen Monate kam es wiederholt zu Überfällen von rechten Jugendlichen auf verschiedenen Campingplätzen. Dabei gab es eine Reihe von Verletzten. So sind am 27. Juni '96 mehrere Rechtsextreme wiederholt in ein Ferienlager in Altenkirchen auf der Insel Rügen eingedrungen, haben rassistische Parolen gebrüllt und die - teilweise ausländischen - Gäste bedroht und angegriffen. Ein 16jähriger Junge aus Estland wurde am Kopf verletzt. Die Polizei konnte alle Täter ermitteln, die 15 bzw. 16jährigen stammen allesamt aus dem Ort. In der Nacht des 12. Juli '96 überfielen etwa 50 rechte Jugendliche zwischen 18 und 23 Jahren im Zeltplatz Leisten bei Plau am See eine katholische Jugendgruppe aus Kleve. Sie schlugen mit Baseballschlägern, Stahlrohren und Schlagringen auf die Camper ein, die teilweise schwer verletzt wurden. Sechs der Opfer trugen Knochenbrüche und Kopfverletzungen davon. Zuvor hatten die katholischen Jugendlichen bereits die Polizei alarmiert, die diese Nachricht aber herunterspielte. Nach dem Überfall dauerte es eine ganze Stunde, bis die Beamten vor Ort waren. Sie nahmen dann die Personalien der Rechtsradikalen auf, die sich zum Saufen in einem nahen Wald niedergelassen hatten. Allerdings wird nur gegen sieben von ihnen wegen Landfriedensbruch ermittelt. Auf dem Campingplatz Binz griffen zehn Rechte am Strand mehrere Jugendliche an, die danach ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Die Täter konnten flüchten. Und auch auf dem Platz in Rostock-Markgrafenheide kam es zu einem Überfall auf einen Camper.

▶ FR 29.6.; Taz 15.7.96 ◀

hatte es in Mecklenburg-Vorpommern vermehrt gewaltsame Übergriffe von Rechtsradikalen gegeben, bei denen die Opfer teilweise schwer verletzt wurden.

▶ BeZe 3.8.96 ◀

Rostock

Einsatzleiter vor Gericht

Das Verfahren gegen den Einsatzleiter der Polizei bei den rassistischen Krawallen in Rostock-Lichtenhagen im August 1992, **Jürgen Deckert**, soll weitergehen. Die Rostocker Staatsanwaltschaft bestätigte, daß sie gegen den Beschluß des Landgericht Beschwerde einlegen wird. Das Gericht hatte am 7. Juni '96 einen Prozeß gegen Deckert mit der Begründung abgelehnt, die Beweismittel der Anklage vom März '94 reichten nicht aus, um den Vorwurf der fahrlässigen Brandstiftung durch Unterlassung zu untermauern. Deckert wird von der Staatsanwaltschaft vorgeworfen, während der rassistischen Krawalle vor dem Vietnamesen-Wohnhein der Polizei den Rückzug befohlen zu haben. In der Folge hatten rechtsextreme Jugendliche mehrere Wohnungen in dem Haus in Brand gesetzt. Jürgen Deckert arbeitet heute als Referent für polizeiliche Verkehrsaufgaben im Landesinnenministerium.

▶ JW 5.7.96 ◀

Niedersachsen

Verfahren gegen »Antifa M« eingestellt!

Das Verfahren gegen die autonome *Antifa M*, über das in den letzten Ausgaben schon mehrfach berichtet wurde, ist gegen mehrere Auflagen eingestellt worden. Vorher ist die Göttinger Gruppe zweieinhalb Jahre lang als eigenständige „terroristische Vereinigung" verfolgt worden, danach ebenso lange Zeit als „kriminelle Vereinigung". Es wurden laut Ermittlungsakten 13.929 Telefonate abgehört, 143 Personen observiert und durchleuchtet, alle Besucher von verschiedenen politischen Veranstaltungen gefilmt sowie 30 Hausdurchsuchungen durchgeführt. Schließlich wurden 17 Personen angeklagt. Für den Prozeß waren 131 Verhandlungstage angesetzt worden, 250 Kilometer von Göttingen entfernt. Für rund 380.000 Mark sollte eine BGS-Reithalle zum Prozeßsaal ausgebaut werden. Doch von diesem Riesenaufwand blieb letzlich nur eine Geldstrafe sowie eine Erklärung der Angeklagten zum Versammlungsrecht übrig. In der Vergangenheit hatte die Generalstaatsanwaltschaft Celle (GSA) und die Staatsschutzkammer Lüneburg (SSK) versucht, den Angeklagten einen politischen Kniefall in Form eines Schuldeingeständnisses und einer Distanzierung von der Politik der Antifa M abzuringen. Die Angeklagten sind auf diese Forderungen nicht eingegangen. Daraufhin wurden die Bedingungen für die Einstellung des Verfahrens immer weiter heruntergeschraubt. Die geforderte Erklärung sieht nun so aus: *1.) Die Anwälte erklären, ihre Mandanten über die Bestimmungen des Versammlungsrechtes informiert zu haben. Die Mandanten erklären ihrerseits, diese Bestimmungen zu berücksichtigen; 2.) Jeder Angeklagte wird 3.000 Mark an eine Gedenkstätte überweisen; 3.) Die bei der Razzia vom 5./6. Juli '94 beschlagnahmten Materialien werden zurückgegeben. Dokumente der Antifa M erhält das Institut für Sozialforschung in Hamburg.* Hiermit soll nicht nur das Verfahren gegen die 17 Angeklagten eingestellt werden, sondern auch alle noch anhängigen Verfahren gegen weitere 17 Personen, die der Mitgliedschaft in der Antifa M beschuldigt werden. Außerdem auch die Ermittlungen bezüglich aller Demonstrationen, die seit den Hausdurchsuchungen im Juli '94 von der Gruppe initiiert wurden. Die bislang angefallenen Verfahrenskosten in Millionenhöhe trägt die Staatskasse. Die GSA hatte sich zunächst geweigert, einer Einstellung unter diesen Bedingungen zuzustimmen. Zähneknirschend war die GSA dann aber am 24. Juni doch dazu bereit - unter der Bedingung, das „Interpretationsmonopol" für sich zu sichern: Die Angeklagten durften bis zur endgültigen Einstellung im Juli '96 der von der Kammer vorgenommenen Deutung der Erklärung nicht widersprechen. Nicht nur, daß die GSA den 17 Personen einen politischen Maulkorb verpaßt, sie hat der SSK auch vorgegeben, wie die Erklärung zu interpretieren sei. Zwar erklärte die Antifa M in einem Flugblatt, daß diese geforderte Erklärung keinen juristischen Bestand haben könne, da so etwas in der Strafprozeßordnung gar nicht vorgesehen sei, aber sie hielt sich vorsichtshalber doch daran.

Hier nun noch Auszüge aus einem Interview der „Jungen Welt" mit einem Mitglied der Gruppe:

Frage: *Was sollen die Mitglieder der Antifa M erklären?*

Antwort: Wir sollen erklären, daß wir künftig das Versammlungsrecht berücksichtigen werden.

Was heißt das konkret? Keine schwarzen Blöcke mehr auf Demonstrationen der Antifa M?

Darüber darf ich mich momentan nicht äußern. Die Kammer hat zur Auflage gemacht, daß alle Angeklagten bis zur endgültigen Einstellung des Verfahrens die Definition des Gerichts nicht in Frage stellen dürfen. Offensichtlich hat das Gericht Angst, daß andere Interpretationen möglich sind.

Die Forderung der Antifa M war, das Verfahren bedingungslos einzustellen. Warum haben Sie jetzt doch Auflagen akzeptiert?

Unsere Diskussion verlief in die Richtung, daß es besser ist, nach einem Weg zu suchen, den alle mitgehen können; Möglichkeiten für ein gemeinsames Handeln zu finden. Die Angeklagtengruppe war sehr heterogen, möglicherweise wäre es zu einer Spaltung gekommen, wenn wir uns jetzt nicht auf diese Auflagen eingelassen hätten. Deswegen haben wir untereinander die Auseinandersetzung darüber geführt, wo die letzte für alle tragbare Grenze liegt. Schließlich haben wir uns auf eine Formulierung geeinigt, die von allen getragen werden kann. Es gab seit Januar mehrere Verhandlungstreffen von Anwälten, Generalstaatsanwaltschaft und Gericht. Zu Beginn hatte das Gericht noch ein deutliches Abschwören und eine Distanzierung von der Vergangenheit verlangt. Außerdem wäre eine Verurteilung unserer Gruppe als kriminelle Vereinigung ein Türöffner für entsprechende Urteile auch gegen andere Gruppen gewesen.

▶ Antifa M 25.6., JW 27.6.96 ◀

Hetendorf

Polizei schützt Nazi-Feier

Ungefähr 400 Antifas versuchten in der Nacht zum 22. Juni '96 eine sogenannte "Sonnenwendfeier" von 200 Neonazis im Hetendorfer „Heide-Heim" zu vereiteln (siehe WGA #17). Die Polizei baute jedoch 100 Meter entfernt eine Sicherheitssperre auf und hinderte so die Antifas daran, die feiernden Nazis und ihre über den Platz schallende Wagner-Musik zu stören. Dann versuchten mehrere Linke über ein Feld von hinten zum „Heide-Heim" zu gelangen, was aber ebenfalls von der Polizei vereitelt wurde: Sie knüppelten „in Notwehr" alles nieder, was ihnen in die Quere kam. Fünf Demonstranten und vier Polizisten wurden verletzt, 56 Menschen vorübergehend festgenommen. Gegen hundert weitere Demonstranten wurde ein Platzverweis ausgesprochen. Schon am Wochenende zuvor störten rund 500 Antifas die zur „Sonnenwendfeier" anreisenden Neonazis. Auch damals schützte die Polizei die Neonazis mit massivem Polizeiaufgebot.

▶ BeZe/JW 22.6.96 ◀

Moringen

»Unpolitisch« gegen jüdischen Friedhof

Unbekannte haben in Moringen den jüdischen Friedhof verwüstet. 20 der 108 Grabsteine wurden zerschlagen, umgestürzt oder einen Hang hinuntergestoßen. *„Aufgrund der vorgefundenen Spurenlage wird zum derzeitigen Stand der Ermittlungen ein politisch motivierter Hintergrund ausgeschlossen"*, sagte ein Polizeisprecher. Bereits drei Jahren wurde der Friedhof verwüstet. Damals hatten die Täter Hakenkreuz-Sprühereien hinterlassen, die dieses Mal fehlten. Wenn man allein aufgrund dieser Tatsache einen politischen Hintergrund ausschließt, dann ist das schon mehr als ignorant; da drängt sich schon die Frage auf, ob da jemand etwas vertuschen will.

▶ BeZe 3.8.96 ◀

Oldenburg

Morddrohungen von Faschisten

Ende Juni '96 erhielten verschiedene Personen aus Nordwestdeutschland Kenntnis über eine „Hinrichtungsliste", auf der die Namen von 13 Personen stehen. Darunter befinden sich fünf Personen, die entweder Mitglied der ***PDS*** oder von Wahlbündnissen der PDS sind, eine Wissenschaftlerin der Universität Oldenburg, ein spanischer Autor, ein Schauspieler, ein Verleger aus Bremen und der Oberbürgermeister von Oldenburg, **Dieter Holzapfel**. Um die Ernsthaftigkeit der Morddrohung zu unterstreichen, werden an der Spitze der Liste drei Personen genannt, die 1995 starben. **Alexander Langer** (in der Liste fälschlich „Lange"), Mitglied der italienischen Grünen, beging Selbstmord. Das Ehepaar **Ingrid** und **Hartmut Gaul** soll sich ebenfalls selbst getötet haben, wobei anfänglich ein Anschlag mit rechtsextremem Hintergrund nicht ausgeschlossen wurde. Ihr Tod bleibt weiterhin ungeklärt. Solche Listen sind in der Weser-Ems-Region nichts Neues. Im August '95 erhielt die Bürgermeisterin aus Meppen eine Karte, die mit „R. Mordet" unterzeichnet war. Die Oldenburger Mitglieder der PDS/Linke Liste **Reinhold Kühnrich** und **Henning Adler** bekamen Drohungen in ihre Briefkästen gesteckt. Der Vorsitzende der PDS-Bundestagsfraktion, **Gregor Gysi**, erhält solche Drohungen regelmäßig. Auf der Oldenburger Liste wird seine Ehefrau **Andrea Lederer** ebenfalls aufgeführt. Und auch **Ulla Jelpke**, PDS-Bundestagsmitglied, wird von Faschisten bedroht. Die Oldenburger „Hinrichtungsliste" ist mit dem Namen ***Deutsche Aktion Volkstreue außerparlamentarische Opposition Unternehmen Karbeval 2*** unterzeichnet. Der Name erinnert vor allem an zwei Nazi-Organisationen: Die ***Deutsche Aktionsgruppe*** verübte am 21. Februar '80 einen Bombenanschlag in Esslingen und am 22. August '80 einen Anschlag auf ein Ausländerwohnheim. Dabei kamen zwei Vietnamesen ums Leben. Am 28. Juni '82 wurden für diesen und mehrere andere Anschläge **Raimund Hörnle** und **Sibylle Vorderbrügge** lebenslänglich und **Manfred Roeder** sowie **Heinz Colditz** zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. ***Volkstreue außerparlamentarische Opposition (VAPO)*** nannte sich eine im Januar '85 gegründete Organisationsstruktur, die vor allem in Österreich aktiv war und von dem zu zehn Jahren Haft verurteilten **Gottfried Küssel** angeleitet wurde. In diesem Zusammenhang gab es mindestens zehn Briefbombenanschläge, bei denen mehrere Menschen teilweise schwer verletzt wurden (u.a. der Wiener Bürgermeister). Das Muster solcher Listen ist bekannt. Seit den 70er Jahren werden von den Nazis immer wieder „Volksschädlinge" oder „Verräter" öffentlich gemacht und zu Gewalttaten gegen diese aufgerufen. Die Oldenburger Liste steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der diesjährigen Verleihung des „Carl-von-Ossietzky-Preises" der Stadt Oldenburg. Am 25. Mai '96 erschien ein umfangreicher Artikel in der Nordwest-Zeitung (NWZ), in der auch die Rede des Preisträgers **Helmut Donat** abgedruckt ist. Donat, ebenfalls auf der Liste, äußerte sich in seiner Rede kritisch über das Militär in der deutschen Geschichte. Diese Rede löste unter anderem bei der CDU und in der örtlichen Presse viele Proteste aus. In Leserbriefen in der NWZ konnten sich auch Faschisten dazu äußern, so z.B. die einschlägig bekannte **Rosel Müller**. Örtliche Antifas haben sie in Verdacht, mit der Liste in Zusammenhang zu stehen, und auch der Name **Michael Kern** fiel bei der Aufzählung derjenigen Nazis, die für eine solche Aktion in Frage kommen.

▶ Alhambra 8/96 ◀

Wahlen

Republikaner und NPD machen's zusammen

Bei den Kommunalwahlen am 15. September '96 bewerben sich die rechtsextremen Parteien ***Republikaner*** und ***NPD*** erstmals in Bündnissen miteinander, sowie mit „Unabhängigen" um Mandate. So tritt zur Kreistagswahl und zu den Gemeinderatswahlen im Landkreis Stade ein ***Bündnis Rechte*** an, auf dessen Kandidatenliste sich organisierte Neonazis mit Parteilosen abwechseln. Bislang hatten sich die Republikaner nach außen hin immer von Bündnissen mit der NPD distanziert. Exemplarisch ist die Kandidatenliste zum Stader Kreistag, auf der in schöner Eintracht **Heinz König**, **Fritz Bundt**, **Peter Brinkmann** und **Nikolaus Marx** stehen. Frührentner König, der nach eigenen Angaben auch schon mal bei NPD und DVU „reingehört" hat, war bei der letzten Landtags- und Bundestagswahl Kandidat der Republikaner. Bundt, Jahrgang '53, war Landes- und stellvertretender Bundesvorsitzender der NPD-Jugendorganisation ***Junge Nationaldemokraten***, fiel seit Beginn der 80er Jahre als NPD-Schläger auf und wurde 1990 zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er vorsätzlich linke Demonstranten angefahren hatte. Brinkmann ist ein Stader NPD-Funktionär und war auch schon Direktkandidat seiner Partei bei den Bundestagswahlen. Marx schließlich, Professor an der Technischen Universität Hamburg-Harburg, schmückt die Liste als Parteiloser. Bisher einzige Veröffentlichung des „Bündnis Rechte" ist ein Pamphlet mit der Überschrift *„Für die Familie, die Gemeinde, das Land - Deutschland"*, mit dem sich die Liste eindeutig faschistoid auftritt. So heißt es darin zum Beispiel: *„Aus einer Gemeinschaft kann man austreten, aus einer Volksgemeinschaft nicht"*. Andernorts treten NPD und Republikaner getrennt voneinander an, oder Rechtsextremisten verstecken sich auf den Listen von „Wählergemeinschaften". Im Städtchen Dransfeld (Kreis Göttingen) etwa bewirbt sich Bürgermeister **Friedel Rehkop** erneut um diesen Job. Der 72jährige hatte sich mit einer Rede am 8. Mai 1995 bundesweit als rechter Ultra geoutet. 1951 war er bei den niedersächsischen Landtagswahlen bereits Kandidat für die offen faschistische - und ein Jahr später deshalb verbotene - ***Sozialistische Reichspartei***.

▶ JW 24.7.96 ◀

Mölln

Antifa-Demo

Weil die Faschisten zum „Rudolf-Heß-Gedenkmarsch" neben 90 anderen Städten auch in Mölln eine Demonstration angemeldet hatten, rief das örtliche Bündnis gegen Rechtsradikalismus zu einer Demonstration auf: *„Der braune Mob hat schon einmal Feuer nach Mölln getragen. Nie wieder darf dies geschehen, weder in Mölln, noch anderswo"*, hieß es im Aufruf.

▶ JW 31.7.96 ◀

Braunschweig

Nazikunst-Ausstellung geschlossen

Die Werkschau des Nazikünstlers **Paul Hähndel** im Städtischen Museum Braunschweig ist geschlossen worden. Die kriegsverherrlichenden Bilder des Malers werden abgehängt, teilte ein Sprecher der Stadt am 11. Juli '96 mit. Mit der Entscheidung, die Ausstellung zu schließen, reagierte der zuständige Oberstadtdirektor **Jürgen Bräcklein** auf die heftige Kritik an der Konzeption der Ausstellung und an der Präsentation der Bilder, die zahlreiche Bürger auf einem Diskussionsabend im Museum vorgebracht hatten. Die Stadt will nun ein Gremium von Künstlern und Wissenschaftlern zusammenrufen, das sich kritisch mit der Kunstszene in Braunschweig während der Nazizeit auseinandersetzen soll. Dieser Kreis soll eine neue Ausstellung vorbereiten, die sich der gesamten NS-Kunst der Stadt kritisch widmen und sie aufarbeiten soll. Unklar ist nach Angaben der Stadt bisher, ob das Museum den Zuschuß der Witwe des Nazi-

malers in Höhe von 30.000 Mark zurückzahlen muß. Die Frau hatte die Ausstellung mit diesem Betrag gesponsort. An der Paul-Hähndel-Stiftung zur Förderung junger Künstler, die die Witwe ebenfalls ins Leben gerufen hat, will sich die Stadt nicht weiter beteiligen. ▶ Taz 12.7.96 ◀

Mittelweser

Neue »Anstatt«

In der Mittelweserregion ist jetzt die zweite Ausgabe der *ANSTATT* erschienen. Dieses Magazin berichtet alle drei Monate schwerpunktmäßig aus den Landkreisen Diepholz, Nienburg Verden und Rotenburg über Militarismus, Antifa, Umweltschutz, Rassismus, Flucht und Asyl. Aber auch kulturelle Akzente, Kurzgeschichten und Gedichte sollen nicht zu kurz kommen. Abos und Einzelexemplare (3,00 DM plus 2,00 DM Porto) können bei ANSTATT, Das Magazin für die Mittelweserregion, Postfach 1762, 31567 Nienburg/Weser bestellt werden. ▶ WGA ◀

Hameln

Assyrer-Hakenkreuz?

In der Hamelner Neuen Marktstrasse 21 ziert ein Hakenkreuz die Hauswand und das auch noch staatlich genehmigt: Die Staatsanwaltschaft Hannover begründete die Einstellung des Verfahrens damit, daß man Hakenkreuze sogar bis zu den Assyrern zurückverfolgen könne und sie „somit nicht mit den Zeichen der Nationalsozialisten in Verbindung gebracht werden" können. Jedoch ignoriert sie, daß sich das Hakenkreuz erst seit 1936, also mitten in der Nazi-Zeit, am Haus befindet. Die SPD-Bürgermeisterin fände es nun „wünschenswert" wenn der Eigentümer bereit wäre, das Symbol freiwillig zu entfernen. Dieser lehnt das als traditionsbewußter Deutscher natürlich ab. Hameln. ▶ JW 30.5.96 ◀

Justiz

Knast für Menschenjagd

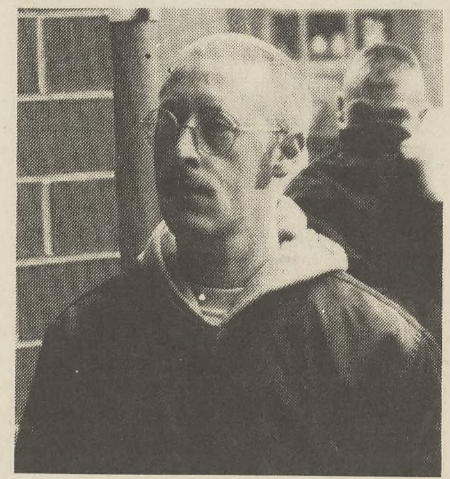
Der mehrfach vorbestrafte Rechtsextremist **Thorsten Heise** sitzt seit dem 3. Juni '96 für zwei Jahre in der Justizvollzugsanstalt Einbeck ein. Da er versucht hatte, mit seinem Kübelwagen einen libanesischen Asylbewerber zu überfahren bekam er vom Landgericht Göttingen im Juli '91 lediglich eine Bewährungsstrafe verpaßt. Da der Neonazi jedoch bei einer Abiturientenfeier mit einer Gaspistole auf mehrere Schüler schoss, wurde die Bewährung im Januar '96 widerrufen und er für weitere acht Monate eingesperrt. Das zweite Urteil ist jedoch noch nicht rechtskräftig. Außerdem wird zur Zeit gegen ihn ermittelt, wegen des Verdachts auf Rädelsführerschaft. ▶ JW 6.6.96 ◀

Nordrhein-Westfalen

Recklinghausen

Regionale Nazi-Strukturen

Am frühen Morgen des 16. Februars '96 ließ die Staatsanwaltschaft Dortmund 23 Räumlichkeiten von Neonazis, sowie ein Objekt in Lübbenau durchsuchen. Sie fand eine LKW-Ladung voller Waffen und Propagandamaterial. Am 24. April fand dann im Umkreis Recklinghausen erneut eine Razzia gegen 49 Nazis statt, bei der wiederum massenhaft Propagandamaterial und Waffen gefunden wurden. Die Razzien galten der ***Kameradschaft Recklinghausen***, der lokalen Nachfolgeorganisation der verbotenen ***FAP***. Insgesamt 69 Nazis zwischen 15 und 65 Jahren wurden aus diesem Grund erkennungsdienstlich behandelt, danach aber wieder nach Hause geschickt. Der Oberstaatsanwalt Günter Rüter erklärte, man könne, trotzdem man wegen Weiterführung der FAP ermittele, nicht davon ausgehen, daß sich in Recklinghausen eine braune Zelle gebildet habe. Ob man es als Zelle bezeichnet oder nicht, die Nazis haben im Umkreis Recklinghausen etwas nicht zu unterschätzendes gebildet: Hier kooperieren unterschiedlich agierende Nazigruppen und -organisationen auf parlamentarischer und außerparlamentarischer Ebene. So zum Beispiel die ***Unabhängige Wählergruppe***, die bei den Kreistagswahlen in allen Wahlkreisen in Herten (2,7 Prozent) und in einigen Wahlkreisen in Recklinghausen und Umgebung kandidierte. Unter den Spitzenkandidaten befand sich **Jürgen Riefling**, der gemeinsam mit seinem Bruder **Dieter Riefling** an zahlreichen Aktionen der FAP gegen türkische Mitbürger beteiligt war. In Herten treibt eine ***Deutsche Liste Herten*** ihr Unwesen. Sie versteht sich laut Satzung als „Zusammenschluß aller nationalen Kräfte auf kommunaler Ebene". Ortsleiter ist **Frank Reber**, der neben Dieter Riefling seit zehn Jahren immer wieder als Schlüsselfigur im Raum Recklinghausen auftaucht. Sein Stellvertreter ist **Hartmut Grudke**, der als ***Republikaner*** schon mal im Rat der Stadt Marl war. Presserechtlicher Verantwortlicher des Vereins ist **Horst Lemke** aus Lübbenau. Auch in Berlin, Recklinghausen, Gelsenkirchen und im Spreewald wurden übrigens „Deutsche Listen" gebildet. Bei Auflösung des Vereins fällt das Vermögen laut Satzung dem ***Vestische Sportaktivitäten e.V.*** zu. Dieser wurde bereits 1986 von Frank Reber, dessen Eltern **Antonia** und **Karl-Heinz Reber** und **Adolf-Peter Weber** gegründet. Der Jurist Weber war Mitglied der ***NPD*** und stellvertretender Kreisvorsitzender bei den REPs. Die 22 Mitglieder des Vereins halten sich durch Leichtatletik und „Körperertüchtigungen durch Leibesübungen" fit. Bei Auflösung oder Verbot dieses Vereins fließt das Geld an die ***Akademie für Umwelt und Lebensschutz e.V.*** des NS-Ideologen **Georg Werner Haverbeck** in Vlotho. An einem „Wandertag" des Vereins am 29. Mai '93 waren der V-Mann **Bernd Schmitt**, sein Schriftführer **Bernd Koch** und sein Vertrauter **Helmut Oberkinkhaus** (sie wurden nach dem Solinger Brandanschlag bekannt.) sowie der *NF*-Kader **Michael Noack** zu Gast in Recklinghausen. Was sie dort gemacht haben ist nicht bekannt. Zurück zu Frank Reber. Dieser ist seit 1993 einer der zwei Gesellschafter und Geschäftsführer des ***Mjölnir Versand und Verlags*** (der zweite ist der Rechtsextremist **Frank Michael Maaß**). Mjölnir ist in der germanischen Mythologie der Hammer des Gottes Donar, mit dem er seine Feinde zermalmt haben soll. Beim Mjölnir Versand jedenfalls kommen Schriftstücke, Tonträger, Poster und so weiter unter den Hammer. Vor allem aber werden dort Aufnäher und Aufkleber auch zu Werbezwecken und Ausrüstungsgegenstände für den „Abenteuersport" vertrieben. Über die Firma in der Hertener Ewaldstraße 121 läuft wahrscheinlich auch ein großer Teil des „sportlichen" und propagandistischen Bereichs der Organisation. Und nicht zuletzt gibt es noch die Kameradschaft Recklinghausen. Sie entstand aus der mitlerweile verbotenen FAP heraus. Diese erklärte schon Ende '93 ihre Kreis- und Ortsverbände zu selbstständigen Organisationen. Die Kreisleiter (in Recklinghausen: Dieter Riefling) gründeten dann die „Kameradschaften". Diese sollten möglichst unabhängig voneinander agieren, um einen Nachweis der Fortführung der FAP zu erschweren. Im Bereich Schermbeck/Dorsten ist die 17jährige berufslose **Melanie D.** aus Dorsten, die in engem Kontakt zu Riefling und Reber stand, als „Bereichsbeauftagte" zu sehen. Die Kameradschaft Recklinghausen machte auch Aktionen: Im Sommer '95 nahm eine Abordnung der Kameradschaft am „Rudolf-Heß-Gedenkmarsch" in Luxemburg teil (siehe Foto). Einige Zeit vorher, am 9. Juni '95 versuchte Riefling zusammen mit **Robert Langnickel** (NRW-Landesvorsitzender der ***Deutschen Nationalisten)*** und seiner Kameradschaft, eine Veranstaltung vom ***Antifaschistischen Bund***



Dieter Riefling

zu sprengen. Sein Erscheinen meldete er zuvor in einem Brief an, der die Unterschrift des Anti-Antifa-Aktivisten **Norbert Weidner**s trug.

Am 17. März '96 wurde der mutmaßliche rechtsradikale Serienmörder **Thomas Lemke** festgenommen. Seit seiner Verhaftung ist für die Staatsanwaltschaft klar, daß Lemke ein Einzeltäter sei und vor allem ein Spinner, der behauptet, der

Germanengott Odin hätte ihn zu seinen Morden angestiftet. In der Nazi-Szene sei er, wenn überhaupt, nur ein Mitläufer gewesen. Ein Mitläufer, der in mehreren rechten Organisationen Mitglied war, wie zum Beispiel FAP, NF, ***DA***, ***NSDAP/AO*** und Deutsche Liste (mehr darüber in WGA #16 und 17). Lemke pflegte auch den Kontakt zu Frank Reber, bei dem im Zuge der Razzia scharfe Waffen und eine Anleitung zum Bau von Sprengfallen gefunden wurden, was erklären könnte, wie Lemke zu seiner Pump-Gun gekommen ist. Aber der Fall „Lemke" und der Fall „FAP-Nachfolgeorganisation" wird von zwei verschiedenen Staatsanwaltschaften, der in Dortmund und der in Essen bearbeitet - und wie es aussieht auch total isoliert.

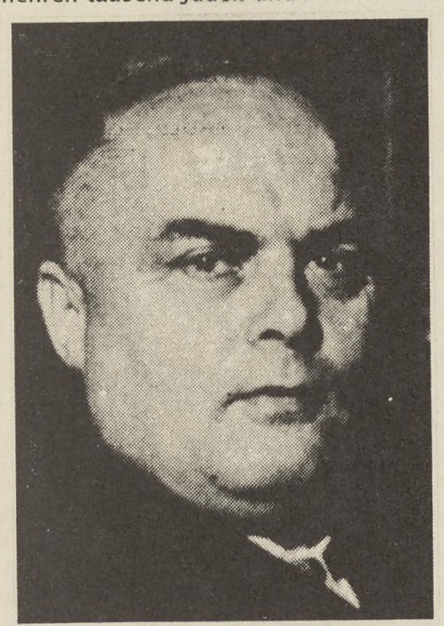
▶ UZ 9/96, A-NRW #11 ◀

Bonn

Antifas besuchten Oberländer

Am 29. Juni '96 besuchten über 100 AntifaschistInnen den NS-Täter **Theodor Oberländer**. Oberländer war in der DDR wegen seiner NS-Vergangenheit in Abwesenheit verurteilt worden, in der BRD aber jedoch noch bis 1960 Vertriebenenminister. Im Zweiten Weltkrieg war er an der Spitze der deutsch-ukrainischen SS-Einheit „Nachtigall", die für den Mord an mehren tausend Juden und Polen verantwortlich war. 1942 soll Oberländer nahe der kaukasischen Stadt Kislowodsk eine Gefangene erschossen haben. Die Antifa-Aktion fand auf den Tag genau 55 Jahre nach dem Einmarsch der „Nachtigall" in der ukrainischen Stadt Lwow (Lemberg) statt. Es gab eine Kundgebung von Oberländers Wohnsitz. Danach kam es zu einer spontanen Aktion, bei der Parolen an die Hauswand gesprüht, eine Leuchtrakete abgeschossen und zahllose Farbbeutel an die Fassade geworfen wurden. Die Polizei konnte dagegen nichts machen, weil sie von den OrganisatorInnen nach Rheinland-Pfalz geschickt worden war. Noch heute soll der 92jährige Oberländer sich mit Rechtsradikalen treffen. Die Staatsanwaltschaft ermittelt.

▶ JW 4.7.96 ◀



Theodor Oberländer

Büren

Demo-Nachspiel

Am 26. Mai '96 demonstrierten in Büren etwa 3.000 Menschen gegen Deutschlands größten Abschiebeknast in der Nähe Bürens. Vor und wärend der Demonstration wurden die DemonstrantInnen von einem 4.000 Mann starken Polizeiaufgebot schikaniert. So wurden im Zuge der Vorkontrollen 80 DemonstrantInnen festgenommen und viele mißhandelt (siehe WGA #17). Aufgrund dieser Behandlung der Demonstrierenden durch die Polizei hatte **Hisham Hammad**, migrationspolitischer Sprecher der Bündnis 90/Die Grünen, eine Aktuelle Viertelstunde zu den schikanösen Kontrollen beantragt. Die Polizei dagegen ließ verlauten, daß drei Beamte „durch Bisse" verletzt wurden, als sie sich gegen „massive Widerstandshandlungen" hätten durchsetzen müssen. Entsprechende Anzeigen gegen eine nicht genannte Zahl von Personen seien in Bearbeitung. Auch für die Flüchtlinge hatte die Demonstration ein Nachspiel: Obwohl sie in ihre Zellen gesperrt und auch ansonsten mit Schikanen bedroht worden waren, nahmen sie diesmal die unüberhörbare Solidarität von außen als Anlaß auf, innerhalb der Mauern in einen dreitägigen Hungerstreik zu gehen. Sie weigerten sich, ihre bestenfalls mit acht Mark pro Tag bezahlte Gefängnisarbeit fortzusetzen, ehe ihnen der Anstaltsleiter **Möller** ein Gespäch mit der Presse zugesagt hatte. Das Gespräch hat natürlich noch nicht stattgefunden. Trotzdem ist zu hören, daß die Flüchtlinge - allen voran einige Algerier, die seit einem halben Jahr und länger hinter Gittern sitzen - nicht aufgeben wollen: Es wurden Sprecher auf Zellen- und Flurebene gewählt, die sich für mehr Gerechtigkeit einsetzen sollen.

▶ JW 12.6.96 ◀

Aachen

Republikaner freigesprochen

Am 30. Mai '96 wurden vom Amtsgericht Eschweiler (Kreis Aachen) zwei ***Republikaner*** freigesprochen, die im vergangenen Jahr einen Menschen mit einer Schußwaffe bedroht hatten, den sie angeblich beim Zerstören ihrer Wahlplakate angetroffen hatten. **Andreas Hartback** und **Ralf Beckers** (Vorsitzende der Kreisverbände Aachen Kreis bzw. Stadt) wurden freigesprochen, weil sie den Überfallenen der Polizei übergeben und somit von ihrem Festnahmerecht Gebrauch gemacht hätten. Das Opfer, das als Zeuge auftrat, wurde nicht einmal nach dem Tatvorgang befragt, sondern lediglich danach, ob er antifaschistisch aktiv sei und ob er das Plakat abgemacht habe. Er wurde eher wie ein Angeklagter behandelt. Auch wurden die beiden Polizisten, die dem Angegriffenen nach seiner Festnahme versicherten, daß die Plakate bereits Stunden vorher demontiert worden waren, nicht vorgeladen. Durch sie im Zeugenstand hätte Hartbacks Aussage, den Zeugen „auf frischer Tat" beobachtet und nur von seinem Festnahmerecht Gebrauch gemacht zu haben, als Lüge entlarvt werden können. Dafür ließ das Gericht die Angeklagten ihre Waffen verharmlosen und schien auch nicht daran interessiert zu sein, daß die REPs Kontakte zu militanten Neonazis zum Teil aus Kreisen der verbotenen ***FAP*** und der ***Wiking-Jugend*** halten, die gerade für den Aachen-Düren bekannt sind. Weder Staatsanwältin noch Richter fragten nach der Bedeutung des von REPs in Eschweiler verbreiteten Aufklebers „Die Rote Blase ausstechen", der auf SPD, Grüne und PDS bezogen ist. Die Postadresse des Kreisverbands der Republikaner Aachen heißt übrigens: *Die Republikaner, KV Aachen, Brieffach 12 46, 52 232 Eschweiler.*

▶ AN 13/96, JF 18, 19/96 ◀

Düsseldorf

Anschlag auf Aussiedlerheim

In der Nacht vom 30. zum 31. August wurde ein Brandanschlag auf ein Aussiedlerheim im Düsseldorfer Stadtteil Werst verübt. Dabei wurde zum Glück niemand verletzt, es entstand aber ein Sachschaden von 5.000 Mark. Während des Anschlags hielten sich 19 überwiegend aus Osteuropa stammende Heimbewohner auf, die jedoch sofort evakuiert werden konnten. Die Polizei ging zuerst natürlich wieder mal nicht von einem Rechtsextremen Hintergrund aus. Eine achtköpfige Sonderkomission stieß dann aber durch Hinweise aus der Bevölkerung ziemlich schnell auf drei Jugendliche zwischen 17 und 20 Jahren aus einer rechtsextremen Clique. Sie haben gestanden, den Brand gelegt zu haben. Die Festgenommenen hatten mit Hilfe eines Brandbeschleunigers die Bad- und Toilettenräume von einem der Container Brand gesteckt. Vor oder kurz nach ihrer Tat haben sie zwei Feuerlöscher entfernt, weshalb ihnen besonders schwere Brandstiftung zur Last gelegt wird.

▶ JW, BeZe, Taz 1.-5.8.96 ◀

Bielefeld

Bewährungsstrafe für Brandstifter

Das Bielefelder Landgericht hat sechs Jugendliche zu Freiheitsstrafen von einem bis zwei Jahren auf Bewährung verurteilt. Die Verurteilten hatten am 20. April '94 einen Brandanschlag auf ein überwiegend von Türken bewohntes Haus in Bielefeld-Senne verübt. Zum Glück konnten sich alle BewohnerInnen retten. Das Gericht war davon überzeugt, daß die Tat anlässlich des Geburtstags von Adolf Hitler begangen wurde.

▶ SZ 4.7.96 ◀

Westerwald

Förster gesucht

Im Westerwald sucht ein ***Aktionsbündnis Westerwald*** *c/o Deutsche Aktionsbündnisse, Postfach 18 24, 58018 Hagen* Kameraden und Kameradinnen zur Gründung einer Organisation, von wegen *„deutsche Förster für einen sauberen Westerwald"* und so.

▶ EV #103 ◀

Nazi Postille

Wer ein Probeabo einer *„patriotischen Lokalzeitung mit überregionalem Innenteil und fünfstelliger Auflage* (ja, ja...)" namens ***Freiheit Wattenscheid*** haben möchte, schreibe bitte an: *„Freiheit Wattenscheid", Postfach 600252, 44842 Bochum-Wattenscheid.*

▶ EV #103 ◀

Rheinland-Pfalz

Bad Dürkheim

Landhaus für Nazi-Veranstaltungen

Das **Landhaus Almensee** entwickelt sich seit 1995 zum Tummelplatz für Rechtsradikale aus dem süddeutschen Raum. So trafen sich dort bereits am 4. März '95 militante Neonazis aus dem Umfeld der verbotenen ***Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP)***. An dem Treffen nahmen etwa 100 Faschos aus dem Südwesten der Bundesrepublik teil. Darunter war auch **Rene Rodriguez-Teufer** aus Viernheim, Kader der verbotenen ***Deutschen Alternative (DA)*** und ***ANK*** und Mitglied des Deutschen Freundeskreises der ***Afrikaaner Widerstands Bewegung*** (die AWB kämpft in Südafrika gegen die Aufhebung der Apartheid). Am 9. Dezember '95 folgte ein Konzert (vermutlich **Frank Rennicke**), das von ca. 250 Neonazis besucht wurde. Obwohl die Nazis das umliegende Gelände absicherten wurden einige ihrer Autos beschädigt. Am 2. März '96 fand auf Einladung der ***NPD*** das nächste Konzert statt. Diesmal spielten ***Starkstrom, Null Acht Fuffzehn, Vollstrekker*** und erneut Frank Rennicke. Die aus dem gesamten süddeutschen Raum, aus den neuen Bundesländern, Österreich, Belgien und Frankreich angereisten Gäste kamen in ca. 90 Autos, von denen trotz Skinhead-Patrouillien diverse Exemplare zerstört wurden. Die BesucherInnen wurden von bewaffneten Schleusern zum Landhaus gebracht. Das Konzert war von der NPD als Wahlfest angekündigt worden. Eine Woche später, am 9. März '96, fand die Jahreshauptversammlung der ***Hilfsgemeinschaft für nationale Gefangene (HNG)*** mit 260 angereisten Nazis in Bad Dürkheim statt. Diese sollte scheinbar ursprünglich im hessischen ***Rasthof Wetterau*** stattfinden. Von dort wurden die TeilnehmerInnen von **Siegfried Borchert** (ehemaliger Vorsitzender des Landesverbandes der FAP in NRW) nach Dürkheim weitergeleitet. Dort haben **Ursula Schaffer, Wolfgang Juchem** und der Rechtsanwalt **Konrad Hoffmann** aus Frankfurt/Main geredet. Zu Hoffmann ist zu sagen, daß er Präsident der ***Vereinigten Länder des deutschen Ostens im deutschen Reich (VLDO)*** und der ***Nationalversammlung des deutschen Ostens (NDO)*** ist. Er gilt als wichtige Kontaktperson ins bürgerliche Lager. Im Laufe des Treffens wurde ein neuer Bundesvorstand gewählt und wahrscheinlich Vorbereitungen zum Prozess gegen **Gary Lauck** getroffen. Weiterhin wurden Grußadressen von inhaftierten Faschos aus der BRD, Belgien, Frankreich und Dänemark verlesen und das tausendste HNG-Mitglied begrüßt. Am Abend gab es wieder ein „Kulturprogramm" mit Frank Rennicke. Ein Teil der Gäste übernachtete im Landhaus. Das Treffen wurde von 50-60 Glatzköpfen bewacht. Weitere zwei Wochen später folgte am 23./24. März '96 der NPD-Bundesparteitag im Landhaus Almensee. Am 13. April '96 sollte in Almensee der zweite ***Runde Tisch der Rechten in Rheinland-Pfalz*** stattfinden (der erste hatte bereits im Herbst '95 in Ludwigshafen stattgefunden). Er wurde von Mitgliedern der ***Deutschen Liga (DL)*** und der ***Republikaner*** organisiert. Diese hatten verschiedene rechte Parteien nach Bad Dürkheim geladen.Namentlich bekannt sind **Bernhard Weiche** (früher DVU, jetzt DL), **Ernst Georg Schlosser** (DL), **Hans Rustemeyer** (***Arbeitskreis der ökologischen Patrioten***, REP), **Rolf Schneider** (REP) und **Harald Neubauer** (Herausgeber der ***Nation & Europa***, Bundessprecher der DL). Das Treffen wurde, nachdem die Grünen eine Presseerklärung dazu abgaben, abgesagt. Zuvor hatten Antifas die Bevölkerung mit Flugblättern informiert. Die Lokalzeitung „Rheinpfalz" berichtete von einem Molli, der in der Woche zuvor in das (bewohnte!) Landhaus geflogen ist, aber kaum Sachschaden angerichtet hatte. Die Teilnehmer wurden in eine Vereinsgaststätte im Ludwigshafener Stadtteil Friesenheim umgeleitet, wo die Veranstaltung unter Polizeischutz stattfand. In Ludwigshafen wohnen übrigens auch **Ernst Tag** und **Christian Hehl**. In der Umgebung des Treffens liefen größere Gruppen von Faschos rum, die wohl der FAP zuzuordnen sind. Nach eigenen Angaben nahmen ca. 200 Personen an dem Treffen teil. Am gleichen Tag beschloß der DL-Parteivorstand ebenfalls in Ludwigshaven weiterhin nicht mehr als Partei, sondern als Verein tätig zu sein (siehe WGA #14). Der Pächter des Landhauses **Wolfgang Jescke**, der von der NPD als guter Kamerad bezeichnet wurde, hat jetzt allerdings ein paar Probleme: Zum einen will ihm der Besitzer des Landhauses, die Helmut Knaus GmbH aus Bayern den Pachtvertrag kündigen, da sie sein handeln nicht mehr duldet. Zum anderen sieht er sich massiven Drohungen ausgesetzt, die, wie bereits erwähnt, in einen mißglückten Brandanschlag gipfelten. Nachdem die neonazistischen Umtriebe in Bad Dürkheim bekannt wurden, beschwerte sich Dürkheims Bürgermeister, daß er, obwohl die Treffen polizeilich beobachtet wurden, nicht informiert wurde. Die Polizei hielt dieses nicht für notwendig, da sie keinen Wirbel um die Treffen machen wollte. Der NPD-Landsvorsitzende Rheinland-Pfalz **Wihelm Herbi**, der selbst einige Veranstaltungen organisierte sprach von einem guten Kontakt zur Polizei. In letzter Zeit wurden im süddeutschen Raum gar mehrere großangelegte Nazi-Treffen von V-Leuten des Verfassungsschutzes organisiert. Auch in der Rhein/Neckar-Region sind derzeit V-Leute aktiv.

▶ Sabotage 6/96, WGA, DibN ◀

Mainz

Polizei setzte Seminar durch

Am Samstag, den 29. Juni '96 hat die Polizei an der Mainzer Universität ein Seminar der umstrittenen Bevölkerungswissenschaftlerin **Charlotte Höhn** gewaltsam durchgesetzt, nachdem StudentInnen den Eingang blockiert hatten. Höhn werden rassistische Äußerungen im Zusammenhang mit der Bevölkerungspolitik vorgeworfen. Mainzer StudentInnen hatten bereits zweimal die Durchführung des Seminars verhindert. ▶ JW 1.7.96 ◀



Saarland

Saarlouis

Nigerianer niedergeprügelt

Am 15. Juni '96 nahm die Polizei in Saarlouis einen 36jährigen Mann aus Mainz und einen 33jährigen aus Simmern fest, die einen 30jährigen Nigerianer zusammengeschlagen haben. Der Mann gab an, die Täter seien ihm mit Springerstiefeln in die Nieren getreten und hätten ihm mit einer Pistole gedroht, ihn umzubringen. Währenddessen wurde das in Saarlouis lebende Opfer mit ausländerfeindlichen Parolen beschimpft. Bei den festgenommenen Männern fand die Polizei einen Platzpatronenrevolver. Ein Alkoholtest ergab, das einer der Männer 1,8 Promille hatte. ▶ SR 22.6.96 ◀

Sachsen

Propaganda

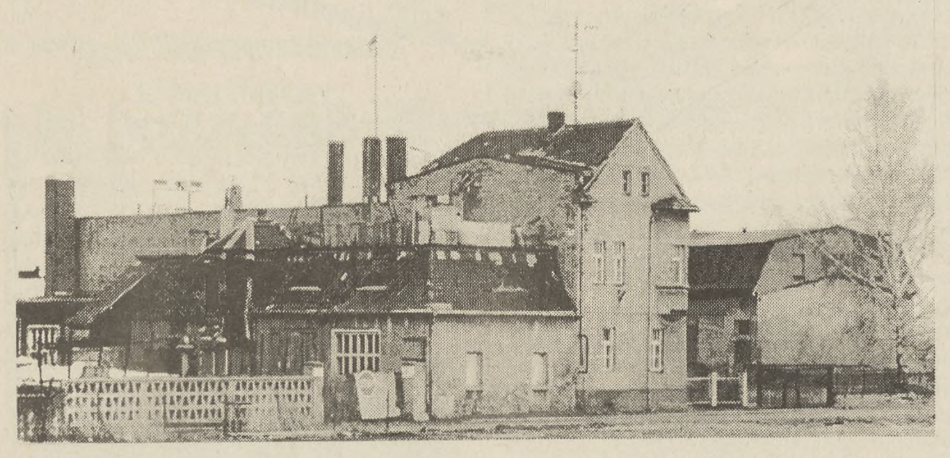
Sascha Jung wieder mal in Nazikreisen

Der Leipziger *Juso*-Rechte **Sascha Jung** vom ***Hofgeismarer Kreis*** in der ***SPD*** schreibt im Jahrbuch „Deutsche Annalen 1996", welches vom rechtsextremen ***Druffel-Verlag*** herausgegeben wird. Der Hofgeismarer Kreis untersucht, wie ***Nation & Europa*** zu berichten weiß, den „Stellenwert des nationalen Gedankens in der deutschen Sozialdemokratie und dessen Einfluß auf den Europabegriff seiner Partei". In den „Deutschen Annalen 1996" schreiben Rechtsextremisten wie **Franz Schönhuber** und Nazi-Kader wie **Andreas Molau** und **Jürgen Schwab**.

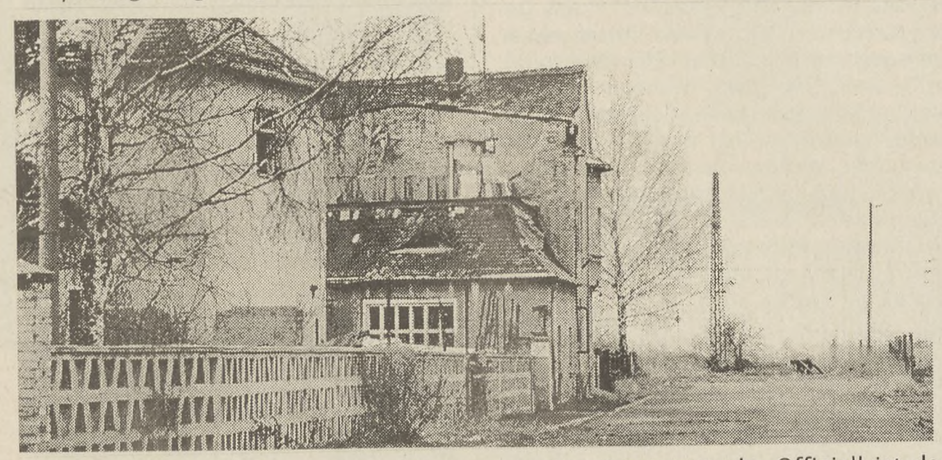
▶ bnr 10/96 ◀

Neues aus Wurzen

Am 6. Juni '96 sind zehn rechtsextreme Jugendliche aus dem Raum Wurzen verhaftet worden. Bei Hausdurchsuchungen fand die Polizei u.a. Schreckschußpistolen, Luftgewehre, Baseballschläger, Würgehölzer und Nazipropaganda (Aufkleber, Flugblätter und Broschüren zu Rudolf Heß). Gegen einen 19jährigen hat die Polizei Haftbefehl beantragt, weil er einen Überfall angeführt haben soll und Wiederholungsgefahr besteht. Die 14 bis 21jährigen hatten nämlich am Himmelfahrtstag '96 zusammen mit anderen Kollwitzstraße-Straße ein Haus der Nazis, von wo aus immer wieder Nazi-Aktionen durchgeführt werden. Dieses Haus gehört dem Rentner **Walter Büttner** aus Gochsheim bei Schweinfurth und wird von der Stadt mehr oder weniger akzeptiert. Das einzige Problem, das diese bis jetzt mit dem Haus hatte, ist der unangemeldete Alkoholverkauf. Nachdem das Bauaufsichtsamt deswegen eine Ortsbegehung durchgeführt hatte, kam es am 10. Mai zu einer Hausdurchsuchung, bei der Anzeige wegen Verstoß gegen das Waffen-



Das von den Nazis besetzte Haus in der Wurzener Käthe-Kollwitz-Straße. Es ist festungsartig ausgebaut und am Fahnenmast weht die Reichskriegsflagge.



Nazi-Jugendlichen die Bennewitzer Familientage auf dem Sportplatz in Bennewitz überfallen und drei Betreuer zusammengeschlagen. Der Trainer einer hessischen Fussballmannschaft, die dort zu Gast war, mußte mit Kieferbruch und Verdacht auf Halswirbel- und Rippenbrüchen ins Krankenhaus. Zeugen sagten aus: *„Wir zeigten den Polizisten die Täter, aber die sagten nur, daß das für eine Festnahme nicht ausreiche"*. Auch als die Nazi-Jugendlichen vor der Polizei Parolen wie „Hißt die rote Fahne mit dem Hakenkreuz" und „Wir scheißen auf die Freiheit des Judenstaates" skandierten kam es zu keinen Festnahmen. Der Wurzener Bürgermeister **Anton Pausch** sagte nur: *„...es gebe doch wohl auch in Bayern bei jedem Volksfest eine Rauferei."* In Wurzen exestiert seit Oktober '95 in der Käthe-

gesetz erstattet wurde. Offiziell ist das Haus mittlerweile gesperrt, was die Nazis allerdings nicht davon abhält das Haus weiter zu nutzen. In Wurzen organisieren also die ***NPD/JN*** und die ***Aktion Neue Rechte Muldentalkreis*** um den Naziaktivisten **Marcus Müller** weiterhin Jugendliche. So verwunderte es auch kaum jemanden als am 21. Juli '96 zwölf jugendliche Nazis zwei spanische Bauarbeiter vor einer Diskothek verprügelten. Vier der jugendlichen Nazis (17-26 Jahre) wurden einige Tage später von der SoKo Rex-Sachsen ermittelt. Gegen einen 17jährigen Wurzener wurde Haftbefehl wegen gefährlicher Körperverletzung erlassen. Am 23. Juli '96 kam dann der nächste Naziangriff auf ein Kamera-Team der ***Deutschen Welle***, welches das Nazi-Haus filmen wollte. Zwei jugendliche Nazis (18 und 20 Jahre) beschädigten die Kamera und das Auto des Journalisten.

▶ NTb, WurzTb 7./8.6., JW 24.7.96, AIB ◀

Dresden

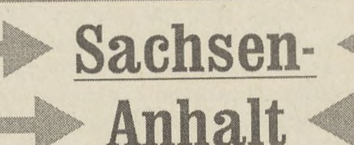
Rechter Jugendlicher gesteht Anschläge

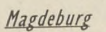
Ein 17jähriger ist wegen zwei Brandanschlägen auf türkische Lokale verhaftet worden. Er hatte Anfang Juni '96 zunächst eine türkische Gaststätte und drei Tage später einen im Erdgeschoß eines Mehrfamilienhauses gelegenen türkischen Imbiß mit Brandsätzen beworfen. Als Motiv gab er Ausländerhaß an. ▶ JW 26.6.96 ◀

Neusalza

Brutaler Naziüberfall

Am 5. August '96 überfielen 15 örtliche Nazi-Jugendliche ein Aussiedler-Heim in Neusalza-Spremberg. Sie droschen mit Zaunlatten auf die AussiedlerInnen ein, verletzten zwei junge Bewohner, bedrohten eine Frau mit einem Messer, warfen die Scheiben ein und zerstachen Autoreifen. Die Haftbefehle gegen drei Hauptverdächtige, die als Motiv eine fremdenfeindliche Gesinnung angaben, wurden wegen des jugendlichen Alters nicht vollzogen. ▶ BeZe 9.8.96 ◀





Magdeburg

Afrikaner verletzt

Ein Mann aus Zaire ist am Abend des 8. Juli '96 von Jugendlichen mit einem Faustschlag im Gesicht verletzt worden. Nach Polizeiangaben haben die sechs Täter im Alter zwischen 15 und 19 Jahren den Mann und seine ebenfalls aus Zaire stammenden Begleiterin in einem Linienbus angepöbelt, danach sei es zu einer tätlichen Auseinandersetzung gekommen. Die Jugendlichen wurden nach ihrer Vernehmung wieder freigelassen.

▶ JW 10.7.96 ◀

Barleben

Terror auf dem Campingplatz

Auf einem Campingplatz am Barlebener See ist es in der Nacht zum 26. Juli '96 zu Ausschreitungen gekommen. 15 Jugendliche sind von einer Gaststätte aus über den Platz gezogen, beleidigten Camper und riefen faschistische Parolen. Deshalb kam es zu Auseinandersetzungen mit Campern, wobei zwei Camper und einer der Rechten verletzt wurden. Die Polizei nahm neun Tatverdächtige zwischen 15 und 24 Jahren fest. ▶ Tsp 28.7.96 ◀

Muldenstein

Angriff auf Flüchtlinge

Zwei Flüchtlinge aus Togo und Sierra Leone sind am 9. Juli '96 in Muldenstein von rund 20 Jugendlichen angegriffen worden. Wie die Polizei mitteilte, wurden

die Afrikaner mit Flaschen und Bierdosen beworfen und auf der Flucht von einem Auto verfolgt worden. Sie konnten sich dann bei Dorfbewohnern in Sicherheit bringen. Die beiden wurden glücklicherweise nicht verletzt. Die Polizei konnte später die beiden Rädelsführer festnehmen, sie wurden dem Haftrichter vorgeführt. ▶ SZ 11.7., Taz 12.7.96 ◀

Halle / Saale

DSU-Veranstaltung

Am 16. Juni '96 knüppelte die Polizei in Halle mehrere Antifas nieder, welche zuvor gegen eine Versammlung der rechten ***Deutschen Sozialen Union (DSU)*** demonstriert hatten. Einer der Antifas wurde am Kopf schwer verletzt. Die Veranstaltung, für die auch in der rechten Zeitschrift ***Nation & Europa*** geworben wurde, lief unter dem Titel „Für eine nationale Zukunft in einem freien Europa" ab. Wichtigster Gast war der ehemalige Friedensforscher **Alfred Mechtersheimer** der schon lange in der rechtsextremen Szene tätig ist. Anwesend waren außerdem noch **Roberto Rink** (DSU-Bundesvorsitzende), **Joachim Nothdurft** (Landesparteichef in Sachsen-Anhalt), **Ekkehardt Birkholz** (ex-CDU sowie ex-REP Mitglied), Frau **Schrenk von Norting** (stellvertretende Bundesvorsitzende vom ***Bund freier Bürger, BFB***), **Jürgen Woyczinski** (Finanzdezernent des Landratsamtes Quedlinburg, dessen Dezernat auch das für Demonstrationen zuständige Ordnungsamt untersteht), **Manfred Kittlaus** (ehemaliger Polizeipräsident Berlins, jetzt Leiter der Zentralen Ermittlungsstelle für Regierungs- und Vereinigungskriminalität ZERV)...

▶ JW 20.6.96 ◀



Manfred Kittlaus

Kakerbeck

Polizei beendete Nazi-Konzert

In Kakerbeck bei Salzwedel beendete die Polizei am Abend des 10. August '96 ein Konzert rechtsextremer Skinheads. Nach der Auflösung der Veranstaltung nahm sie neun Personen im Alter von 22 bis 29 Jahren fest, sechs von ihnen wurden dem Haftrichter vorgeführt. Da dieser aber keine ausreichenden Haftgründe sah, kamen alle am folgenden Tag wieder frei. Gegen alle Festgenommenen läuft nun ein Ermittlungsverfahren wegen schweren Landfriedensbruch, Körperverletzung und der Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole. Die etwa 130 Besucher des Konzerts mit der Gruppe ***Elbsturm*** hatten als Eintrittsnachweis ein Hakenkreuz auf den Handrücken gestempelt bekommen, an der Bühne war eine Reichskriegsflagge gehißt. Außerdem sind rassistische Parolen gerufen worden. Als die Polizei das Verbot der Veranstaltung durchsetzen wollte, kam es zu gewaltsamen Widerstand durch Naziskins. Daraufhin wurde die Halle geräumt. Die Halle des örtlichen Fußballclubs war von einem der Spieler für eine angebliche Geburtstagsfeier gemietet worden. Erst nach Beginn der Veranstaltung wurde der wirkliche Charakter offensichtlich. Daraufhin sprach die Bürgermeisterin von Kakerbeck ein sofortiges Verbot aus, was die Polizei durchsetzen sollte. Doch der Veranstalter ignorierte dieses Verbot, so daß die Polizei mit Unterstützung aus Magdeburg in das Konzert eindrang und es beendete.

▶ AMZ, BeZe 12.8.96 ◀

VS zu Nazi-Strukturen

Folgende Aussagen sind Zitate aus dem Bericht des Landesverfassungsschutzes für 1995:

Da ist zunächst die ***Anti-Antifa***-Kampagne zu nennen, organisiert und unterstützt von **Ilias Casteas** in Naumburg und **Steffen Hupka** in Quedlinburg. Sie verfolgt das Ziel, Vertreter des Rechtsstaates, die Angriffe auf die Rechtsordnung abwehren, wie zum Beispiel Richter, Staatsanwälte, Polizisten und Bürger, die sich gegen Rechtsextremisten wenden, auszuspähen, in Flugblättern und anderen Publikationen, zum Beispiel dem ***Umbruch***, anzuprangern und dadurch zu verunsichern und Ängste auszulösen. Aus dieser gezielten Verbreitung konkreter Namen und Anschriften erwächst eine ernst zu nehmende Gefahr für die betroffenen Personen. Die Zahl der militanten Rechtsextremisten liegt unverändert etwa bei 600. Im Bundesgebiet ist sie von 5.400 auf 6.200 angestiegen. Schwerpunkte sind in Sachsen-Anhalt: Halle, Magdeburg, der Harz, die Altmark und Wittenberg. Dieser Personenkreis ist überwiegend verantwortlich für die Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund. Die Zahl lag dabei in Halle und Magdeburg am höchsten, hier hat sich ein besonders aktiver Kern herausgebildet. Insgesamt sind die Straftaten weiter angestiegen auf 849 gegenüber dem Vorjahr mit 777 (das entspricht 26%). Von den neonazistischen Organisationen und Parteien wurde die ***FAP*** 1995 verboten. Es gibt aber Anzeichen, daß die ehemaligen Mitglieder weiter aktiv sind. Die ***Nationalen e.V.***, ursprünglich mit einer Integrationsaufgabe gegründet, haben sich zum Sammelbecken der Neonazis entwikkelt. Die ***Kameradschaft Elbe-Ost***, hervorgegangen aus der ***Kameradschaft Wittenberg***, zählt etwa 50 Anhänger. Sie arbeitete mit den zuvor genannten Organisationen zusammen. Um weiteren Organisationsverboten zu entgehen, versucht die Neonazi-Szene den Aufbau voneinander unabhängiger Zellen, bildete regionale Gruppen mit unterschiedlichen Strukturen, die als Kameradschaften oder Gruppen mit neutralen Namen auftraten und so nicht sofort als rechtsextremistisch erkennbar sind. So etwa die ***Harzfront***, ***Harzer Heimatbund*** (Thale) oder ***Aufbruch*** (Blankenburg), um nur einige zu nennen. Die Harzfront arbeitete eng mit dem ***Deutschen Freundeskreis Nordharz*** und auch mit der ***NPD*** und deren Jugendorganisation ***JN*** zusammen. Sie trat häufiger als Organisator meistens verbotener Veranstaltungen auf. Die rechtsextremistischen Parteien befinden sich seit den Wahlniederlagen 1994 bundesweit in einer Krise. Ihre Mitgliederzahlen stagnieren oder gehen zurück, so auch in Sachsen-Anhalt. Der Landesverband der ***Republikaner*** hat nur noch 450 Mitglieder. Die ehemals 19 Kreisverbände wurden auf neun reduziert. Die NPD ist von 80 auf 60 Mitglieder geschrumpft. Die zuvor zeitweise bestehenden zehn Kreisverbände wurden zu drei Regionalverbänden zusammengeführt.

▶ WGA ◀

Schleswig-Holstein

Lübeck

Gescheiterter Nazi-Anschlag in Lübeck

In der Nacht zum 2. August '96 ist in Lübeck ein faschistischer Anschlag auf ein türkisches Restaurant knapp vereitelt worden. Die Täter sprühten nachts an die Hauswand, die Scheiben und das Auto des Restaurants „Marmara" bis zu einem Meter große Hakenkreuze. Als sie dabei überrascht wurden, flüchteten sie. Die Polizei, die daraufhin die Umgebung durchsuchte, fand in einem Gebüsch neben dem Restaurant mehrere Molotow-Cocktails, die mit ziemlicher Sicherheit dafür gedacht waren, nach der Sprühaktion das Restaurant anzuzünden. ▶ BeZe 3.8.96 ◀

Lübeck

Prozeß um Brand

Am 16. September '96 wird nun der Prozeß gegen **Safwan Eid** beginnen, dem die Lübecker Staatsanwaltschaft immer noch vorwirft, im vergangenen Januar das Flüchtlingsheim in der Hafenstraße angezündet zu haben, wobei zehn Menschen ums Leben kamen. Zwar wurde Eid mittlerweile aus der Untersuchungshaft entlassen, doch er steht weiterhin unter Tatverdacht - anders als die vier Jugendlichen, die in der Brandnacht aufgefallen sind und dem rechtsextremen Spektrum angehören sollen. Zwar wurden drei der Jugendlichen nochmal von der Staatsanwaltschaft verhört, um die Ursachen für deren versengten Haare herauszubekommen, doch werden sie weiterhin nicht als Beschuldigte behandelt. Und ein Prozeß gegen sie ist ebenfalls nicht geplant. Dabei haben sich diese drei schon am Tag nach dem Brand in widersprüchliche Aussagen verhaspelt. Denn ihnen wurden die angesengten Haare vorgehalten, die nach einem Gutachten nicht länger als 24 Stunden angekohlt waren. Doch dann kamen die drei Aussagen: Einer behauptete, sie kämen vom Ofen anheizen. Ein anderer wollte sie sich geholt haben, als er einen Hund anzündete. Der dritte schließlich gab an, sie sich eine Woche zuvor (!) verbrannt zu haben, als er im Wald ein alten Pkw abgefackelt hat. Aber weder der verbrannte Hund noch das Auto wurden gefunden. Für die Staatsanwaltschaft reicht das alles nicht aus, um die Jugendlichen zu beschuldigen. Stattdessen holte sie zum Schlag gegen die Antirassisten aus. Am 24. Juli '96 stürmte die Polizei die Räume des *Lübecker Bündnis gegen Rassismus*. Als Grund wurde die Beleidigung der ermittelnden Staatsanwälte **Heinrich Wille**, **Böckenhauer** und **Schultz** angegeben. Die Beamten nahmen aber nicht nur die angeblich beleidigenden Plakate mit, sondern auch die Computer und Disketten. Es geht dabei augenscheinlich nicht nur darum, an die Druckunterlagen zu kommen, sondern es soll erreicht werden, daß das Bündnis arbeitsunfähig wird. Außerdem soll offensichtlich ausgeforscht werden, zu wem das Bündnis Kontakte unterhält, denn anders ist es nicht zu erklären, daß die beschlagnahmten Geräte ans Landeskriminalamt weitergegeben wurden.

LÜBECK

In der Zwischenzeit wurde der Hauptbelastungszeuge **Jens Leonhardt** als derjenige Sanitäter bekannt, der als erster mit Safwan Eid gesprochen haben will - weil dieser nämlich nach dem Brand im Rettungsbus neben ihm saß und angeblich ein Geständnis abgelegt hat. Doch Leonhardt konnten nun Kontakte ins rechtsextreme Lager nachgewiesen werden. Sein Freund **Matthias Hamann** soll ihn gedrängt haben, Eid zu belasten. Auch Hamann war in der Brandnacht eingesetzt und der Polizei bereits als Rechtsextremer bekannt, was aber erst Monate später zugegeben wurde. Bei einer Durchsuchung seiner Wohnung fand die Polizei unter anderem einen Plan oder ein Protokoll einer Wehrsportübung. Außerdem hat Hamann engen Kontakt zu **Mike Wotenow**, einem der rechtsradikalen Jugendlichen, die in der Brandnacht vor dem Heim kontrolliert wurden, aber alle angeblich ein Alibi hatten.

Währenddessen wird der Prozeß gegen Safwan Eid eifrig vorbereitet. Das Lübecker Bündnis wirft der Staatsanwaltschaft vor, fehlerhaft ermittelt zu haben. So werden in einem Flugblatt folgende Punkte aufgezählt, die eine (bewußt?) schlampige Ermittlung nahelegen:

--> Abschiebung des Zeugen und Opfers **Victor Attey**.

--> Die Bodenplatte der Stelle, an der laut Staatsanwaltschaft das Feuer ausgebrochen sein soll, wurde auf den Müll geworfen. Damit ist der angebliche Tatort bewußt zerstört.

--> Die Befragung der tatverdächtigen Rechten zu ihren Versengungen fand erst Monate nach dem Brand statt.

--> Der Tod des Hausbewohners **Silvio A.**, der laut Gerichtsmedizin nicht durch Rauchgasvergiftung starb, wurde nicht restlos aufgeklärt. Eine andere Todesursache würde im Widerspruch zum staatsanwaltschaftlichen Brandgutachten stehen. An diesem Brandgutachten halten die Ermittler aber weiterhin fest, auch wenn es durch unabhängige Gutachter bereits in wesentlichen Punkten widerlegt ist.

--> Die Verstrickung des Sanitäters und Belastungszeugen Jens Leonhardt in rechtsextreme Aktivitäten im Jahr 1989 ist durch mindestens zwei Zeugen belegt, aber die Staatsanwaltschaft erklärte öffentlich, daß sie dafür keine Hinweise habe. Widersprüche in seinen Aussagen belasten nicht seine „uneingeschränkte Glaubwürdigkeit".

--> Die Abhörmaßnahmen in Safwan Eids Zelle ergaben, daß er wiederholt seine Unschuld beteuerte. Trotzdem sollen die Ergebnisse den Tatverdacht erhärten.

Der Staatsanwalt Heinrich Wille hat selber darauf hingewiesen, daß die Staatsanwaltschaft verpflichtet sei, be- und entlastende Fakten zu sammeln. Doch alles, was Eid entlastet, wurde von seiner Anwältin und den Unterstützergruppen zusammengetragen und veröffentlicht. Die Staatsanwälte beschränkten sich nur darauf, Safwan Eid zu belasten. Genauso einseitig verfuhren sie mit den tatverdächtigen Rechten - nur, daß sie bei diesen alles Entlastende zusammentrugen, die belastenden Fakten aber ignorierten. Das Gericht hat nun den ersten Prozeßbeginn für den 16. September festgelegt und insgesamt zehn Verhandlungstage angesetzt. Jeden Montag und Mittwoch wird nun also gegen Safwan Eid verhandelt - während die rechten Jugendlichen sich ins Fäustchen lachen können.

Wer das Lübecker Bündnis unterstützen möchte, kann dies mit einer Spende tun.

Konto:
Ch. Kleine, Nr. 566406-201
Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20.

Kontakt:
Lübecker Bündnis gegen Rassismus,
c/o alternative,
Willy-Brandt-Allee 9, 23554 Lübeck.

▶ JW 3.7.96, Lübecker Bündnis ◀

Lübeck

Synagogenbrand: Beschuldigter frei

Ein 28jähriger Mann, der im April '96 von der Staatsanwaltschaft wegen Brandstiftung an der Lübecker Synagoge vom 7. Mai '95 (siehe WGA #7) angeklagt wurde, ist wieder frei. Wie die Polizei mitteilte, wurde der Haftbefehl aufgehoben. Die Anklagebehörde hatte die Freilassung beantragt, nachdem durch ein neues psychologisches Gutachten Zweifel an der Glaubwürdigkeit des 17jährigen Hauptbelastungszeugen aufgetaucht waren. Aufgrund des Gutachtens sei der Grad des Tatverdachts nicht mehr so hoch, daß eine weitere Untersuchungshaft zu rechtfertigen sei.

▶ JW 10.6.96 ◀



Thüringen

Suhl

REP-Demo

Am 10. August '96 fand in Suhl eine überparteiliche Demonstration der ***Republikaner*** statt. Mit dieser sollte dem 35. Jahrestags des Mauerbaus gedacht werden. Es sprachen **Rudolf Krause** (geb.1946) aus Bonese und der stellv. REP-Bundesvorsitzende **Ottmar Wallner**. Krause war der erste REP im Bundestag gewesen. Er wurde 1990 im Landkreis Altmark für die ***CDU*** in den Bundestag gewählt und war 1992 Mitinitiator des ***Deutschland-Forum***s. Am 15. April '93 stellte er sich der ***Deutschen Liga*** als Referent zur Verfügung. Am 24. Mai '93 wechselte er dann endgültig zu den REPs.

▶ NE 7-8/960 WGA ◀

Buchenwald

Nazis von Antifas aus der Gedenkstätte vertrieben

Am 25. Juli '96 haben TeilnehmerInnen des Antifa-Workcamps '96 eine Gruppe von rechtsextremistischen Jugendlichen von dem Gelände des ehemaligen KZ Buchenwald vertrieben. Diese hatten auf dem KZ-Gelände offen faschistische Symbole gezeigt und das Mahnmal für die jüdischen Opfer und das Mahnmal für Ernst Thälmann geschändet. Die Polizei nahm zwölf Nazis fest und ermittelt gegen sie wegen des Tragens verfassungswidriger Symbole. Gegen TeilnehmerInnen des Antifa-Workcamps wird wegen Verdachts der versuchten Körperverletzung und der Sachbeschädigung ermittelt. Das Antifa-Workcamp traf sich dieses Jahr zum siebenten mal in Buchenwald und versuchte den langsamen Zerfall der Gedenkstätte durch ehrenamtliche Arbeit zu verhindern. Es gab natürlich auch Gespräche mit alten Antifas, Filme und mehrere Veranstaltungen zu den verschiedensten Thema. Dazu kam eine Spontandemo für die Freilassung des farbigen US-Journalisten und ehm. *Black-Panther*-Aktivisten **Mumia Abu-Jamal**, ein alternativer Stadtrundgang und eine Infotisch/ Flugi-Aktion in Weimar. Außerdem hatten die über 150 AntifaschistInnen die Möglichkeit sich kennenzulernen und Kontakte zu knüpfen. Wer nächstes Jahr am Antifa-Workcamp in Buchenwald teilnehmen will kann an die ***Antifa Bitterfeld BAF*** (Postfach 39, Bitterfeld 06749) oder an ***ROTKÄPPCHEN*** (Bund der Antifaschisten, Franz-Mehring-Platz1, 10234 Berlin) wenden.

▶ WGA; JW 3./4.7., Taz 27./28.7.96 ◀

Erfurt

Faschisten-Überfall

In Erfurt hat eine Gruppe von Nazi-Jugendlichen (14-19 Jahre) in der Nacht zum 9. Juli '96 einen 18jährigen verprügelt und Nazi-Parolen in der Innenstadt gebrüllt. Acht Nazis wurden festgenommen. ▶ JW 10.7.96 ◀



◀ ◀ ◀ *Rudolf Krause* ◀ ◀ ◀

Ilmenau

Opfer wurde als Täter verurteilt

Der Jordanier **Ibrahim M.** und seine Familie wurden jahrelang in Ilmenau von Nazis angegriffen, angepöbelt und terrorisiert. Seine Wohnung wurde mit Hakenkreuzen beschmiert und verwüstet. Als er am 6. Januar '96 mit seiner Ehefrau und seinen beiden Kindern in den Ilmenauer Mc Donalds essen ging, wurden sie von einem Nazi-Mob angepöbelt und angegriffen. Im Laufe der Auseinandersetzung soll Ibrahim ein Messer gezogen und zwei Nazis verletzt haben. Zwei Wochen später stellte er sich der Polizei. Gegen Ibrahim wurde dann sofort Anklage wegen „gefährlicher Körperverletzung" erhoben. Im Verlauf des Ermittlungsverfahrens wurde auf Weisung des Thüringer Justizministeriums die Anklage auf „versuchten Totschlag" erweitert, obwohl selbst ein gerichtsmedizinisches Gutachten die Lebensgefährlichkeit der Verletzungen nicht feststellen konnte. Kommentar des Gerichts: „Sobald jemand ein Messer bei sich führt, hat er das Bedürfnis, es auch zu benutzen". Daß die Auseinandersetzung einen rassistischen Hintergrund hatte, wurde von der Staatsanwaltschaft und dem zuständigem Gericht völlig ausgeblendet. Ibrahim wurde wegen „versuchten Totschlags" zu drei Jahren und drei Monaten (!) Knast verurteilt, weil es Ibrahim, laut Gericht, bewußt auf eine Auseinandersetzung angelegt hätte und nicht in Notwehr gehandelt hat. Zusätzlich zum Knast muß Ibrahim 11.000 Mark „Schmerzensgeld" an die beiden Nazis zahlen.

▶ JW 11.6.96; Bla ◀

Weilrode

Rechter Liederabend

Am 27. Juli '96 fand in Weilrode unter massivem Polizeischutz ein sog. Liederabend statt. Zu diesem sollen angeblich an die 80 Nazis erschienen sein, welche dann auch noch 250 Mark für die ***Hilfsgemeinschaft Nationaler Gefangener (HNG)*** zusammenkratzen konnten. Am selbem Ort (ca. 100 Meter von einem Flüchtlingsheim entfernt) fand bereits vor fünf Jahren ein Konzert mit dem Nazi-Barden **Frank Rennicke** statt.

▶ Thule-Netz, WGA ◀

Gotha

NPD-Kundgebung

Am 15. Juni '96 fand in Gotha eine Kundgebung der ***NPD*** statt. Drei rechtsextremistische Jugendliche wurden am Rande dieser Kundgebung vorläufig verhaftet. Zwei Männer trugen Kennzeichen der ***Wiking-Jugend*** an ihrer Kleidung zur Schau. Die Kundgebung war vom Landrat verboten worden. Dagegen hatte die NPD Beschwerde eingelegt. Das Oberverwaltungsgericht Weimar widerrief das Verbot.

▶ JW 17.6.96 ◀

Ilmkreis

12 Nazis festgenommen

Bei einer Razzia auf einem Campingplatz in Ilmkreis hat die Polizei zwölf Nazis vorläufig festgenommen. Die 18-29jährigen Nazis hatten die anderen Campingplatz-Bewohner immer wieder durch Nazi-Parolen belästigt. Bei der Durchsuchung wurden Messer, Waffen, Reichskriegflaggen, Knüppel, Nazi-CD's und verfassungswidrige Symbole sichergestellt. Die Polizei leitete Ermittlungsverfahren ein.

▶ Taz, JW 22.7.96 ◀

Erfurt

Bewährung für Golgowski

Das Amtsgericht Erfurt hat am 16. Juni '96 den Landesvorsitzenden der ***NPD***-Thüringen, **Frank Golgowski**, zu zehn Monaten auf Bewährung verurteilt. Golgowski hatte sich Ende 1994 in Northeim eine scharfe, jugoslawische Handgranate unters Auto gepackt oder packen lassen, die beim Starten des Autos hochgegangen wäre. Zuvor hatte er Drohbriefe gegen sich selbst an mehrere Zeitung geschickt. So wollte er antifaschistische Gruppen aus der Gegend kriminalisieren. Der Schwindel flog auf und das Gericht befand Golgowski des Vortäuschens einer Straftat in zwei Fällen für schuldig. Die Richter sahen es auch als bewiesen an, daß Golgowski Straftaten angedroht hatte.

▶ FR 17.6.96 ◀

Ramsla

Nazikonzert in Ramsla

Am 15. Juni '96 fand in Ramsla ein Nazi-Konzert statt. Es waren ca. 150 Nazis im Alter von 15 bis 30 Jahren aus Hessen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Bayern, Berlin und Thüringen anwesend. 127 von ihnen kamen in Unterbindungsgewahrsam, nachdem sie im Chor „Sieg-Heil" skandierten. Das Konzert wurde vorzeitig beendet. ▶ JW, FR 17.6.96 ◀

Jena

Sonnenwendfeier

Rund 70 Nazis aus Thüringen und Oberfranken konnten am 22. Juni '96 auf dem Jenzig in Jena eine Sonnenwendfeier durchführen. Die Polizei war vor Ort und nahm 61 Personen in Gewahrsam.

▶ JW 24.6.96 ◀

Erfurt

Ausstellung stört Nazis

Die Wanderausstellung „Vernichtungskrieg: Verbrechen der Wehrmacht 1941-1945" scheint auch in Erfurt den Nazis ein großer Dorn im Auge gewesen zu sein. So versuchten einige Rechtsextremisten auf einer Ausstellungsbegleitveranstaltung die Nazi-Verbrechen zu rechtfertigen und kündigten ihr Wiederkommen an. Außerdem gab es während der gesamten Ausstellungszeit zahlreiche Drohungen und mehrfache Propagandaaktionen. Am 10. Juni '96 besprühten z.B. zwei Nazi-Opas die Ausstellung und bedrohten BesucherInnen.

▶ JW 5./10./13.6., BeZe 10.6.96 ◀

International

Der Bereich »International« ist nach Ländern oder Regionen alphabetisch sortiert.

Stammtisch

DVU in Thüringen

Der *DVU* Landesverband (Postfach 51, 99301 Arnstadt, Tel. 03628-40920) führte am 27. April, am 8. Juni und am 20. Juli '96 „politische Stammtische" durch. Außerdem fuhr er anläßlich des 100. Jahrestages der Einweihung des Kaiser-Wilhelm-Denkmals zusammen mit DVU'lernaus Sachsen und Sachsen-Anhalt zum Kyffhäuser-Denkmal.

▶ DNZ 31.5., 7.6.96 ◀

Struktur

Eisenacher Signal

Der Koordinationsausschuß des „Eisenacher Signal" wurde in Elgersburg erweitert. Neben **Stefan Heiss, Heinz-Hermann Kluss** und **Hartmut Krüger** sind **Heinz Schneider** (*REP*-Landesvorstand) und **Rudolf Andreas** (*DSU*-Landesvorsitzender) hinzugetreten.

▶ NE 5/96 ◀

Chile

Bormann lebte in Chile

Die argentinische Zeitung „L Manana del Sur" hat in ihrer Ausgabe vom 22. Juni '96 ein Interview abgedruckt, wonach der 85jährige Chilene **Alberto Guarda** angab **Martin Bormann** habe noch in den Fünfzigern mehrere Jahre lang unter dem falschen Namen **Juan Keller-Keller** gelebt. Bormann war Sekretär von Hitler. Alberto Guarda gab zudem noch an, daß sich Bormann, alias Keller-Keller, in der chilenischen Region Valdivia gelebt hätte und später in südliche Gegenden Chiles gezogen sei um sich von dort aus nach Argentinien abzusetzen. Die offizielle und von der deutschen Justiz bestätigte Version, wonach Bormann im Mai 1945 in Berlin starb, ist somit erneut bezweifelt worden.

▶ JW 24.6.96 ◀

Dänemark

»Oase« will auf Kurzwelle senden

Nachdem im Februar '96 die erste Sendung des faschistischen *Radio Oase* abgespielt wurde, will der Betreiber des Radios jetzt auch über Kurzwelle zu empfangen sein. **Jonni Hansen**, Vorsitzender der ***Dänisch Nationalsozialistischen Bewegung (DNSB)***, kündigte an, die Genehmigung für die Ausstrahlung seines Senders auf Kurzwelle bei den zuständigen Behörden beantragen zu wollen. Das Radio wird aus dem Kopenhagener Vorort Greve gesendet und hat zum Ziel, daß die BürgerInnen ihrer *„rassenbewußten Musik und heftigen Diskussionen für ein rassenreines Dänemark"* zuhören. Die Radiostation ist hinter hohen Holzzäunen mit Stacheldraht und Videoüberwachung geschützt. Das Programm erstellt Hansen mit weiteren Kadern der DNSB. Das neue Kurzwellenprogramm soll neben dänisch auch auf deutsch und englisch gesendet werden.

▶ JW 17.8.96, WGA ◀

Frankreich

Carpentras

Friedhofsschändung gestanden

Die Schändung eines jüdischen Friedhofs im südfranzösischen Carpentras, bei dem im Mai 1990 insgesamt 34 Gräber verwüstet wurden, ist offenbar kurz vor der Aufklärung oder sogar schon gänzlich aufgeklärt. Am Dienstag, den 30. Juli '96 stellte sich in der südfranzösischen Stadt Avingnon ein rechtsextremer Skinhead der Polizei. Das Geständnis des 30jährigen führte zu Festnahme zweier Männer im Alter von 26 Jahren. Ein vierter Tatverdächtiger wurde in der Nacht zum Donnerstag, 1. August '96 im elsässischen Mühlhausen festgenommen. Der als letztes Festgenommene, ein 27jährige Berufssoldat, hat nach Angaben aus Polizeikreisen offenbar auch gestanden an der Schändung beteiligt gewesen zu sein. Der Mann wurde zuvor als „wichtiger Zeuge" vernommen, bis er ebenfalls die Tatbeteiligung stand. Am gleichen Tag wurden die anderen drei Tatverdächtigen dem Haftrichter in Marseille vorgeführt und verhaftet. Auch der Zeitsoldat wurde nach Marseille überführt und am 4. August '96 (Sonntag) wurde gegen ihn ebenfalls Anklage wegen der Schändung erhoben.

Die mutmaßlichen Täter gehören dem Umfeld der rechtsextremen Gruppe ***Parti nationaliste francais de europeen (PNFE)*** an. Die PNFE (Französische und Europäische Nationalistenpartei) ist eine Splittergruppe, die der ***Front National (FN)*** des Rechtsextremisten Le Pen nahesteht. Chef der PNFE ist **Claude Cornilleau**, er bestritt immer eine direkte oder indirekte Verbindung zu den Tätern. Weder er selbst noch seine Gruppierung hätte irgendetwas mit der Affäre zu tun, erklärte er bereits noch

am Abend des 4. August '96. Die PNFE ist für ihre Kontakte ins neonazistische Lager bekannt. So hielt sich **Francis Allouchery**, Generalsekretär der Partei, im Oktober '88 in Frankfurt/Main auf, um dort mit dem inzwischen verstorbenen Naziführer **Michael Kühnen** die Herausgabe eines viersprachigen Plakates anläßlich des 100. Geburtstag Hitlers zu besprechen. Die PNFE organisierte 1992 die Teilnahme am sog. Rudolf-Heß-Gedenkmarsch in Rudolstadt. Einer der Redner war damals Claude Counilleau. 1989 traf sich die Frauengruppe der PNFE - ***Combat Nationaliste Feminin*** (Nationalistischer Frauenkampf) - mit der Frauengruppe der ebenfalls inzwischen verbotenen ***Freiheitlichen deutschen Arbeiter Partei (FAP)*** zuerst in Hamburg und dann in Paris; alles unter der Leitung der Deutschen **Marie-Luise Malcoci**. Die PNFE, mit ihrer Zentrale in Chelles Cedex, wurde im April 1988 gegründet, und das Programm enthält unter anderem Passagen wie die Rückführung aller nichteuropäischer ImmigrantInnen und Schaffung einer neuen politischen Elite durch Auswahl und persönlicher Leitung. Gleichzeitig kritisiert die PNFE die Le Pen-Partei FN weil sie zum Beispiel auch jüdische MitgliederInnen aufnehme und in der „Rassenfrage" zu lasch sei. Doch auch Cornilleau gehörte 1979/80 zum Stab von Le Pen. 1992 kam der damalige Führer der PNFE bei einem Motoradunfall ums Leben, seitdem steht Cornilleau an der Spitze der Partei.
Die Schändung des jüdischen Friedhofes, bei dem auch die Leiche eines 81jährigen Mannes mit einem Sonnenschirm aufgespießt wurde, führte 1990 zu einer großen Welle der Empörung und des Protests. Damals nahmen rund 200.000 Menschen an einer Protestkundgebung in Paris teil. Die Sozialistische Partei zeigte sich besort über *„das Wiederaufkommen von Antisemitismus und Rassismus"* in Frankreich.

▶ API, WGA ◀

Struthof

NS-Sprüche in Gedenkstätte

Drei Franzosen im Alter von 20 bis 28 Jahren sind wegen faschistischen Schmierereien im BesucherInnenbuch des ehemaligen NS-Vernichtungslagers Struthof im Elsaß festgenommen worden. Die drei Männer sollen geständig sein, trotzdem kamen sie nach ihrer Festnahme unter Auflagen wieder frei. Die Justiz erhob Anklage wegen Verherrlichung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

▶ SZ 12.7.96 ◀

Orange

FN zensiert Bücherei-Erwerbungen

Die rechtsradikale ***Front National (FN)*** hat in der südfranzösischen Stadt Orange die Neuerwerbungen der Stadtbücherei zensiert. Zu diesem Ergebnis kam das französische Kulturministerium. Danach lehnt die offen rassisitsch auftretende FN, mit ihrem im Juni '95 gewählten Oranger Oberbürgermeister **Jacques Bompard**, den Neuerwerb von Literatur über den Zweiten Weltkrieg, über Rassimus und über RAP-Musik ab. Ebenfalls fiel die Reihe „Märchen aus aller Welt" der Zensur zum Opfer, weil diese als „kosmopolitisch" eingestuft wurde. Es waren Märchenbücher aus Afrika, Südamerika, China und Haiti.


Jacques Bompard

Nach Streitigkeiten zwischen den Bibliotheken und der Stadt ließ Kulturminister Philippe Douste-Blazy einen Bericht anfertigen, der veröffentlicht wurde und dafür sorgte, daß jetzt alle Bücher, außer der ausländischen Märchenliteratur, wieder im Regal stehen. Gleichzeitig ließ die FN einschlägig rechte Lektüren anschaffen. So zum Beispiel „Der Faschismus von rechts gesehen", vom italienischen Nazi-Anhänger **Julius Evola** oder „Der Tod in Singen" von **Joseph Darnand**, einem Gründungsmitglied der Miliz des Vichy-Regimes.

▶ SZ 12.7., JW 22.7.96, WGA ◀

Altnazis

NS-Kollaborateur gestorben

Der französische Nazi-Kollaboratuer **Paul Touvier** ist tot. Er verstarb am Mittwoch, 17. Juli '96 im Alter von 82 Jahren im Gefängniskrankenhaus von Fresnes bei Paris. Der frühere Milizchef von Lyon war 1994 als erster Franzose wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit im zweiten Weltkrieg zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Touvier konnte sich vor allem durch Unterstützung katholischer Geistlicher 40 Jahre lang versteckt halten. Der Prozeß vor zwei Jahren war damals von großem öffentlichen Interesse, da auch die Kollaboration einiger Franzosen und die Rolle des Vichy-Regimes während des deutschen Faschismus eine wichtige Rolle spielte. Das Vichy-Regime ist benannt nach der gleichnamigen Stadt Vichy, in der von 1940-44 die Regierung unter Henri Pétain ansässig war, die mit Nazi-Deutschland und dessen Vernichtungsmaschinerie zusammen arbeitete. Am 26. Juli '96 fand in Fresnes, südlich von Paris gelgegen, ein Trauergottesdienst für Touvier statt, an der rund 400 Personen teilnahmen. Die Totenmesse fand in der Kirche Saint-Nicolas-du-Chardonnet im 6. Pariser Bezirk statt. Seit 1977 wird diese Kirche von katholischen Fundamentalisten besetzt, weil die religiösen Fanatiker mit dem Vatikan brachen. JournalistInnen, die vor der Kirche warteten wurden von MitgliederInnen der Trauergemeinde beschimpft.

▶ JW 18./26.7.96 ◀

Italien

Bergamo

Plakataktion für Alt-Nazi Priebke

Ein 25jähriger Rechtsextremist ist von der Polizei festgenommen worden, weil er Plakate zur Unterstützung des ehemaligen SS-Offiezirs **Erich Priebke** geklebt hatte. Auf den Plakaten, die er in der norditalienischen Stadt Bergamo auf mehrere Mauern angebracht hatte, war Priebke in SS-Uniform und zwei Hakenkreuze zu sehen. Desweiteren stand auf den Plakaten *„Ehre dem Kameraden Priebke"* und *„Befehle werden nicht diskutiert, sondern ausgeführt"*. Bei der anschließenden Durchsuchung der Wohung bei dem für seine rechtsradikalen Ansichten bekannte Mann, wurden rund 50 Exemplare des Plakates gefunden und sichergestellt. Der Mann hatte unter anderem ein Denkmal für italiensiche WiderstandskämpferInnen gegen das NS-Regime beklebt.

▶ API ◀

Justiz

Auslieferungsantrag für SS-Mann Haß

Die deutsche Bundesregierung hat in Italien die Auslieferung des ehemaligen SS-Offiziers **Karl Hass** beantragt. Zuvor wurde Hass in Italien wegen Fluchtgefahr unter Hausarest gestellt. Hass lehnte eine Auslieferung nach Deutschland, wo ihm der Prozeß wegen Kriegsverbrechen gemacht werden soll, ab. Sein Anwalt **Stefano Maccioni** erklärte: *„Zuständig ist allein die italienische Justiz"*. In einer Privatklinik bei Rom, wo sich der 84jährige Hass derzeit aufhält, wurde er von einem Ermittlungsrichter des römischen Militärgerichtsverhört. Hass war in der NS-Zeit Obersturmbannführer der SS (Obersturmbannführer: zwölfter Rang von zwanzig SS Rängen) und ebenso wie Erich Priebke an der Ermordung von 335 Menschen in den Ardeatinischen Höhlen bei Rom im März 1944 beteiligt. 1953 war er vom Amtsgericht Charlottenburg (Berliner Bezirk) für tot erklärt worden - und sämtliche Ermittlungen wurden eingestellt. Als 1965 der Irrtum von Hass´ Tod aufgedeckt wurde, korrigierte das Amtsgericht zwar diese Tatsache, das Verfahren gegen den Alt-Nazi blieb jedoch geschlossen, bis Hass im Juni '96 beim Prozeß gegen Priebke als Zeuge auftrat. Bei diesem Auftritt versuchte sich Hass durch ein Fenster im Gericht abzusetzten, stürzte und verletzte sich - deshalb auch der Klinikaufenthalt.

▶ BeZe 10.8.96, WGA ◀

Turin

Neofaschisten und „Bürgerwehren"

Auch in Italien werden für wirtschaftliche Engpässe, für die hohe Zahl der Erwerbslosen und für steigende Kriminalität Sündenböcke gesucht. Wo es früher die Juden waren sind es jetzt, sehr ähnlich wie in Deutschland, die Nicht-ItalienerInnen. Aber nicht bundesdeutsche Touristen oder US-amerikanische Investoren werden verfolgt, sondern vor allem ImmigrantInnen, Flüchtlinge und „illegale" EinwanderInnen. Neuerdings sorgen sogenannte Bürgerwehren für Aufsehen, weil sie mit Gedankengut und Parolen der faschistischen ***Aleanza Nazionale (AN)*** oder der rechtslastigen ***Lega Nord*** auftreten. Sie ziehen durch ihre Wohnviertel um „für Ordnung" zu sorgen. So auch Anfang Juni '96 im Turiner Viertel San Salvario. Dort versammelten sich rund 300 Menschen um *„mit den Immigranten aufzuräumen"*. ▶ JW 13.6.96 ◀

Altnazis

Weitere Verfahren gegen Altnazis

Die Militärgerichte in Verona und La Spezia haben Ermittlungen gegen die ehemaligen SS-Offiziere **Karl Friedrich Titho** und **Hans Haage** aufgenommen. Den heute 85 und 90jährigen Altnazis werden Mißhandlungen und Tötungen vorgeworfen. Sie sollen die Deportation von 6.000 Menschen in Konzentrationslager der Nazis beaufsichtigt haben. Dem ehemalige Kommandant des Konzentrationslagers Fossoli bei Modena Titho und dessen Stellvertreter Haage werden zudem die Beteiligung von Morden und fortgesetzter Gewaltanwendung vorgeworfen. Gegen die beiden wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet. Im KZ Fossoli wurden am 12. Juli 1944 als Vergeltungsaktion für den Anschlag auf sieben deutsche Wehrmachtssoldaten in Genua 67 politische Gefangene erschossen. Ermittlungen der deutschen Justiz gegen Karl Friedrich Titho wegen der Deportation von Jüdinnen und Juden und der Ermordung von KZ-Häftlingen waren 1971 angeblich mangels Beweisen eingestellt worden. Titho lebt heute in Nordrhein-Westfalen, Haage in Bayern.

Die Staatsanwaltschaft La Spezia hat ebenfalls ein Verfahren wiederaufgenommen, in dem es um ein Massaka im Dorf Sant´-Anna di Stazzema in den Apenienen geht. In dem oberitalienischen Dorf wurden 1944 insgesamt 560 EinwohnerInnen von deutschen Nazieinheiten umgebracht. ▶ BeZe 10.8., Taz 12./13.8.96 ◀

Kanada

Justiz

Einbürgerung Zündels: 3. Runde

Nachdem der deutschstämmige Faschist **Ernst Zündel** bereits 1993 erstmals die kanadische Staatsbürgerschaft beantragt hatte will er es jetzt auf ein neues versuchen. Sein Antrag 1993 wurde abgelehnt. Anfang August '96 hat das Bundesgericht von Ottawa entschieden, daß der zuständige Gutachterausschuß eine einseitige Stellungnahme abgegeben habe, so daß Zündel bislang keine gerechte Behandlung zuteil geworden sei. Als *„Herausgeber von Haßpropaganda"* bezeichnete ihn der Ausschuß der kanadischen Sicherheitsdienste (SCRS) - und da hat der SCRS recht! Der Ausschuß warf Zündel vor, er leugne in seinen Schriften den Holocaust der Nazis im Zweiten Weltkrieg. Die Aktivitäten seien eine Bedrohung für die innere Sicherheit Kanadas, warnte der SCRS-Ausschuß die Behörden. Das Bundesgericht traf keine Entscheidung, ob der Einbürgerungsantrag angenommen oder abgelehnt werden sollte.



Ernst Zündel

Der bereits seit 1958 in Kanda lebende Deutsche vertreibt von dort aus mit Unterstützung von etwa einem halben Dutzend Neonazis revisionistische Bücher, Nazi-Literatur, Hefte, Broschüren, Video-Filme und Aufkleber. Seine Hetze koordiniert er unter dem Dach der ***Samisdat Publishers Ltd.***. Auch übers Internet verbreitet Zündel seine Nazipropaganda. Er wirb darin unter anderem für Filme, zum Teil von selbst produzierte, und greift darin Themen wie die Verurteilung des bundesdeutschen Faschisten Ewald Bela Althans auf. Die Telekom-Tochter ***T-Online*** hat im Januar '96 den damals aktuellen Internet-Zugang Zündels sperren lassen. Das Unternehmen wolle alles daran setzten, damit über T-Online keine Zugang zu Inhalten mit Nazipropagnada möglich sei. Es ist anzunehmen, daß Zündel trotzdem weiterhin über das Internet aktiv ist. ▶ API, WGA ◀

Litauen

Wilna / Kaunas

Antisemitismus nimmt stark zu

Antisemitische Übergriffe und Schändungen von jüdischen Einrichtungen nehmen in den Baltenregionen Regionen (Estland, Lettland und Litauen) zu. Erst kürzlich wurde in der südlitauischen Stadt Kaunas eine Gedenkstätte geschändet. Die Gedenkstätte soll an die Ermordung von 40.000 Jüdinnen und Juden durch die Nazis erinnern. Die Regierung unternehme nichts gegen solche Vorfälle, so **Simonas Alperavicius**, Vorsitzender der jüdischen Gemeinde Litauens. Zu einem ähnlichen Anschlag kam es bereits am 20. April '96 (Hitlers Geburtstag) in der litauischen Hauptstadt Wilna. Dort sei ein jüdisches Jugendhaus mit Hakenkreuzen und der deutschen Aufschrift „Juden raus" beschmiert worden. Alperavicius berichtet weiter, daß zum Jahreswechsel 95/96 in Wilna, Kaunas und in weiteren kleineren Städten jüdische Grabsteine und Holocaust-Gedenkstätten entweiht wurden. ▶ bnr 11/96 ◀

Norwegen

Struktur

Neue Neonazi-Gruppen gegründet

In der neonazistischen Zeitung ***Braunauer Ausguck*** des Faschisten Karl Polacek ist eine Interview mit der norwegischen Mädchengruppe ***Valkyria*** (Walküren) abgedruckt. Das Interview stammt aus der norwegischen Zeitung ***Fritt Forum / Norsk Blad (FF)***. Die Walküren bestehen in der größten Ortsgruppe im Raum Oslo aus 18 Mädchen und Frauen. In weiteren Städten Norwegens sollen sich ebenfalls Frauen und Mädchen zusammengeschlossen haben. Hier einige Auszüge des Interviews mit Lisa und Anne, beide sind Aktivistinnnen der Walküren (die Grammatik-, Zeichensetzung- und Orthographiefehler sind aus der Nazizeitung so übernommen):

„Fritt Forum": Warum habt ihr eine eigene Mädchengruppe für Nationalisten gegründet?

Lisa und Anne: Wir wollen zeigen, daß es Mädchen mit eigenen Meinungen und Nationalgefühl gibt. [...]

Wie behandeln euch die Jungs von „Viking" und „Varg"? (norwegische Nazi- und Skinheadgruppen d. Red.)

Wie meinen, daß sie uns ausgezeichnet behandeln. Außenstehende bezeichnen das Milieu und unter anderem die Skinheads als „Macho", aber wir werden überhaupt nicht unterdrückt. [...]

Habt ihr auch besondere Frauenangelegenheiten?

Ja, wir wollen dem Bordellgewerbe entgegentreten. Wir meinen, daß das die Würde der Frau herabsetzt. Nehmen auch Teil an der Aktion „Frihjelpen" wo wir alten Menschen helfen können.

Warum seid Ihr Nationalisten geworden?

Wir haben immer unser Land geliebt und haben negative Erfahrungen mit der Einwanderung. Außerdem ist die Politik der Valkyria antikommunistisch.

„Valkyria", was ist das für ein Name?

In der nordischen Mythologie waren die Walküren die „Schlachtjungfrauen" die die gefallenen zur Walhalla brachten. Überhaupt interessieren wir uns für nordische Mythologie.

Sind auch Nazis in eurer Gruppe?

„Valkyria" ist keine Naziorganisation, was aber jeder in seiner Freizeit macht ist seine Sache.

Eure Aktivitäten?

[...] Wir waren überall mit dabei, auch bei Tumulten. Wir entwerfen Flugzettel und sind stark im Wachsen. [...]

Die Gruppe bittet über den „Braunen Ausguck" darum, daß andere Nationalisten mit ihnen in Kontakt treten (Valkyria, c/o Viging, Po Box 109, N-0309 Oslo, Norwegen). Es sollte möglichst auf norwegisch geschrieben werden, wenn diese Sprache jedoch nicht jede und jeder beherrschen sollte, dann kann auch in Englisch geschrieben werden. Im südnorwegischen, nahe Oslo gelegenen Moss hat sich nach Angaben von „Fritt Forum" ebenfalls eine neue Jugendorganisation namens ***Vern av Østfold*** (Verteidigung von Östfold) gegründet. Weitere Gruppen sind hier mit Stadt angegeben: ***Viging*** (Oslo), ***RAPPORT*** (Gardemoen), ***Tredje Posisjon*** (Darbu) und ***Ung Front / N.U.*** (Nordkisa). Die Zeitung Fritt Forum / NB ist in Algarheim zu finden (FF / NB, Po Box 6, N-2056 Algarheim, Norwegen). ▶ Braunauer Ausguck ◀

Österreich

Feldkirch

Faschos provozierten Antifa-Demo

Bei einer Antifa-Demo in Feldkirch, welche am 20. April '96 stattfand, provozierten ca. 20 Nazis die Demonstranten. Sie zeigten den Hitlergruß und schwenkten eine Fahne mit faschistischem Symbol. Als Feuerwerkskörper und Flaschen in Richtung der FaschistInnen flogen, wurden 6 Nazis „zu ihrem eigenen Schutz"(O-Ton Polizei) festgenommen. Nach Auseinandersetzungen in der folgenden Nacht wurden noch zehn AntifaschistInnen festgenommen. ▶ WGA ◀

Eisenstadt

Nazi-Schmierer festgenommen

Fast vier Jahre nach der Schändung eines jüdischen Friedhofs hat die Polizei einen der Täter festgenommen.Nach Angaben des ***ORF*** gestand ein 25 Jahre alter Mann aus Rechnitz südöstlich von Wien die Tat. Ein zweiter Täter wird noch gesucht. Im Oktober´92 war ein großer Teil der Grabsteine des jüdischen Friedhofs in Eisenstadt rund 80km südöstlich von Wien mit rechtsradikalen Parolen beschmiert worden. Die Täter hatten sich als Angehörige einer „arischen,rassistischen und sozialistischen Widerstandsbewegung" bezeichnet. ▶ JW 27.7.96 ◀

Wien

Rechtsextreme Post

In Wien erhielten in letzter Zeit verschiedene Hochschulen anonym zugestellte Postsendungen aus Polen. Beigefügt waren Leseproben der rechtsextremen ***Unabhängigen Nachrichten,*** Flugblätter mit dem Titel ***Volkstreue Stimme*** . Verantwortlicher der Volkstreuen Stimme ist die 1977 gegründete ***Aktion Freies Deutschland*** des ehemaligen ***DVU***-Mitglieds **Wolfgang Juchem**. ▶ bnr 8/96 ◀

Wien

Neue Nazi-Mailbox

Seit Februar gibt es in Wien eine neonazistische Mailbox, die dem bundesdeutschen ***Thule-Mailbox-Verbund*** angeschlossen ist. Die „Mailbox für patriotische Dissidenten" trägt den Namen ***Dissident BBS.*** Veröffentlicht ist in der Mailbox u.a. ein Artikel von **Pierre Krebs**, Kopf des neurechten ***Thule-Seminars.*** Ferner werden neonazistische Postillen wie ***Widerstand*** und ***Freie Stimme*** beworben. ▶ bnr 8/96 ◀

Rassismus

Abschiebung Arbeitsloser

Der ***Freiheitlichen***-Chef **Jörg Haider** hat die Abschiebung arbeitsloser Ausländer aus Österreich gefordert. Es sei billiger, arbietslos gewordenen Ausländern bei ihrer Rückkehr in ihre Heimatländer eine Starthilfe zu zahlen, als sie als Langzeitarbeitslose zu behalten, sagte Haider. Die Sicherheitssprecherin der Freiheitlichen, **Helene Partik-Pable** äußerte, die Stadt Wien drohe durch stetige Zuwanderung zu einer Dritte Welt-Stadt degradiert zu werden. ▶ AN 13/96 ◀

Redaktionsschluß der

Was geht ab?

#19 ist der 15. August

Was geht ab?
Fax +49 - 30 - 694 67 95

Wahlen

Habsburg jr. als ÖVP-Kandidat

Karl Habsburg der Enkel des letzten österreichischen Kaisers und Sohn des Gründers der ***Paneuropa-Union***, **Otto von Habsburg**, kandidiert am 13. Oktober '96 auf Platz 2 der konservativen ***ÖVP*** zum Europaparlament. Der jetzige Präsident der Paneuropa-Union ließ sich erst vor kurzem in der rechten Wochenzeitung ***Junge Freiheit*** interviewen. ▶ AN 12/96 ◀

Polen

Warschau

Jüdischer Friedhof geschändet

In der Nacht zum Sonntag, 30. Juni '96 wurde der jüdische Friedhof in Warschau von bislang unbekannten Tätern geschändet. Es wurden 66 Grabsteine umgestoßen. Es wird eine antisemitische Tat vermutet, da bereits im Februar '95 das Denkmal für die Opfer des jüdischen Aufstandes mit Parolen wie „Juden raus" geschändet wurde. Im August letzten Jahres wurde in Bialystok (Ostpolen) auch ein jüdisches Denkmal Ziel eines Angiffs. ▶ Taz 3.7.96, WGA ◀

Danzig

Neue nationalistische Zeitung

Nach Angaben der rechtsextremen Zeitung „Europa Vorn" erscheint im polnischen Gdansk (Danzig) eine neue nationalistische Zeitung namens ***Krzyzowiec.*** Das Heft erscheint in polnischer Sprache und will eine nationalistische politische Debatte in Polen möglich machen. ▶ EV #103 ◀

Schweden

Faschisten

Nazi-Terror hat Teil-Erfolg

Auch im nordeuropäischen Raum und vor allem in Skandinavien nimmt der Druck von Rechtsextremisten und der Terror von Neofaschisten immer größere Ausmaße. Der Gemeinderat der südschwedischen Stadt Simrishamn hat ein Kunstprojekt im örtlichen Kulturhaus abgelehnt. Grund: Angst vor rechtsextremistischen Übergriffen und Anschlägen. Bei dem Kunstprojekt sollte der Garten des ehemaigen KZ Auschwitz nachgebildet werden.

Daneben gab es neonazistische Aktivitäten gegen die antirassistische Zeitung ***Expo***. Im April '96 wurden in der rechtsradikalen Zeitung ***Info 14*** Firmen die an der Herstellung und Verberbreitung von Expo zu tun haben veröffentlicht. Im „Info 14" wurde aufgefordert, diesen Firmen wegen „antinationaler" Haltung einen Denkzettel zu verpassen. Dieser Aufforderung der Zeitung folgten Taten. Es gab rassistische Schmierereien bei der Druckerei, inserierende Firmen erhielten Drohbriefe, Scheiben wurden zerstört, Türschlösser verklebt. Der Terror war für die Nazis nicht ohne Erfolg. Viele Zeitungsläden nahmen Expo aus ihrem Angebot und die Druckerei kündigte den Druckauftrag. Fast währe die Expo nicht mehr erschienen. Mehrere Tageszeitungen entschlossen sich zu einer Solidaritätsaktion für die seit September 1995 erscheinende Zeitung zu starten. Die Tageszeitung Dagens Nyheter brachte eine ganzseitigen Vorabdruck und einige druckten kostenlose Anzeigen. Die beiden größten Zeitungen, „Expressen" und „Aftonbladet", sagten zu, die neuste Ausgabe von Expo kostenlos in ihren Druckereien zu produzieren und als Beilage in einer Auflage von 800.000 Stück zu verteilen. Hoffentlich sehen auch in Zukunft, und nicht nur in Schweden, die Reaktionen auf rassistische Angriffe so aus wie bei der Zeitung Expo. ▶ Taz 31.7.96, RAG #17 ◀

Spanien

Castellón

Protest gegen Urteil

Im Mai '96 wurde das im ostspanischen Castellón de la Plana das Urteil im sogenannten „Fall Agulló" gefällt. **Guillem Agulló**, Mitglied der antirassistischen Gruppe ***SHARP*** (Skinheads gegen Rassismus), war in der Nacht des 11. April 1993 im Alter von 18 Jahren durch einen Messerstich in die Brust tödlich verletzt worden. Wegen seines Todes hatten sich fünf spanische Faschisten vor Gericht zu verantworten, die von damaligen BegleiterInnen Agullós identifiziert worden waren. Das Gericht blieb mit einer Haftstrafe von 14 Jahren gegen einen der Angeklagten, **Pedro Cuevas**, weit unter den Forderungen der Staatsanwaltschaft. Diese hatte bis zu 28 Jahre Haft für alle fünf Beschuldigten gefordert. Cuevas war es gewesen, der zugestochen hatte. Er wurde des Totschlags, nicht des Mordes für schuldig befunden. Die weiteren vier Angeklagten, **Gerardo Mora García**, **Juan Sanchez Lopez**, **José Cuñat Montañana** und **Francisco García Antón** wurden freigesprochen.
Die Darstellung von Agullós BegleiterInnen, er sei von den fünf aus einem Vorort der Stadt Valencia stammenden Faschisten eingekreist worden, wies das Gericht in seiner Urteilbegründung zurück: *"Ein 18jähriger Jugendlicher, 1,80 Meter groß, von athletischer Statur, mit Stahlkappenstiefeln und mit einem Baseballschläger bewaffnet kann nicht als wehrloses Opfer betrachtet werden"*. Cuevas' Begleiter hätten Agulló nicht eingekreist, sondern *„haben sich darauf beschränkt, zuzugucken wie andere Schaulustige, ohne die Flucht des Opfers zu behindern"*. Deshalb treffe sie keine Schuld. Keine Erklärung hatte das Gericht allerdings dafür, daß eine Untersuchung der sichergestellten Messer ergab, das die Tatwaffe nicht Pedro Cuevas, sondern Gerardo gehörte.
Linke Gruppen, Parteien und Gewerkschaften kritisierten das Urteil und beklagten das Fehlen eines *„abschreckenden Signals"* angesichts zunehmender faschistischen-Aktivitäten in Spanien. De facto bewirke der Richterspruch *„einen Auftrieb faschistischer Gewalt"*, so die Gruppen.

▶ WGA ◀

Südafrika

Protoria

Demo für Apartheid-Verbrecher

Rund 2.000 rechtsgerichtete Weiße haben Mitte Juni '96 in Pretoria vor einem Gefängnis für die Freiheit eines prominenten früheren Soldaten des Apartheit-Regimes demonstriert. **Willem Ratte**, Angehöriger eine Sondereinheit, sitzt oder saß über 40 Tage im Hungerstreik. Mit Sprechchören forderten sie die Freilassungs von Ratte, während die Polizei den Rechten den Weg versperrte. ▶ FR 17.6.96 ◀

USA

Ann Arbor

Antirassistischer Protest dem »KKK«

Am Sonntag, 23. Juni '96 fand in Ann Arbor, im US-Bundesstaat Michigan, eine antirassistische Demonstration gegen den ***Ku-Klux-Klan (KKK)*** statt. Während der Demo kam es zu Provokationen von Faschisten des KKK, die mit Südstaatenfahnen (Symbol des US-amerikanischen Rassismus) und SS-Totenköpfen bestückt waren. Einige DemonstrationsteilnehmerInnen griffen zu antirassistischen Selbsthilfe und warfen die Neonazis aus dem Domonstrationszug. Hierbei wurden die Rassisten mit unmißverständliche Argumenten (Holzlatten und Schilderstangen) attackiert. Der KKK steht unter starken Verdacht Drahtzieher der rassistischen Brandanschläge gegen meist schwarze Kircheneinrichtungen in den USA zu sein.

▶ JW 24.6.96 ◀

Phoenix

Nazi-Miliz zerschlagen

Zwölf MitgliederInnen der rechtsextremen ***Viper-Miliz (VM)*** sind Anfang Juli '96 in Phoenix, US-Bundesstaat Arizona, von der Polizei festgenommen worden. Die zehn Männer und zwei Frauen der Gruppe sollen Waffen und Sprengstoff angesammelt haben, um damit Terroranschläge auf US-amerikanische Regierungsgebäude zu verüben. Die Behörden haben nach eigenen Angaben zehn Monate lang mit Hilfe eines eingesetzten V-Mannes ermittelt, bevor sie die Viper-Miliz hochgehen ließen. In einer Wohnung eines Viper-Mitglieds wurden in einem Vorort von Phoenix neben 70 Sturmgewehren und acht Handgranaten auch rund 180 Kilogramm des für Bombenbau verwendbaren Ammoniumnitrates und weitere Bombenbauteile gefunden. Auch bei dem Anschlag auf das US-Regierungsgebäude in Oklahoma 1995 wurde Ammoniumnitrat verwendet - einen Zusammenhang schloß die Polizei jedoch aus. Des weiteren wurde bei der Durchsuchung ein Videoband sichergestellt, auf dem die Sicherheitsvorkehrungen an einem Regierungsgebäude gezeigt werden. Zudem wird detailliert erklärt, wie das Gebäude mit Sprengstoff zu zerstören ist. Es wurden insgesamt 13 Militionäre festgenommen, wobei eine weitere Person nicht in Haft genommen wurde. Die Aktivisten der Gruppe haben nach Polizeiangaben im Wald den Umgang mit automatischen Waffen und Sprengstoff trainiert. Die Anklage gegen die VM-Aktivisten beläuft sich auf „Verschwörung zur Anstiftung von Aufruhr" und „unerlaubter Waffen- und Sprengstoffbesitz". Offenbar plante die VM unter anderem Anschläge auf das Hauptquatier der Polizei und die Büros der Bundespolizei FBI in Pheonix sowie weitere Einrichtungen wie das Einwanderungsamt. Auf der Liste der Ziele soll auch das Amt für Alkohol, Tabak und Schußwaffen gestanden haben, welches für die Erstürmung des belagerten Anwesens der Davidianer-Sekte in Waco, Texas verantwortlich gemacht wird. Die verschiedenen rechtsextremistischen Milizen sind unter einander stark vernetzt und sind davon überzeugt, daß die US-Regierung von einem Komplott gegen die individuelle Freiheit besessen ist. Nach Angaben von Experten gehören rund 100.000 Menschen solchen Milizen an, die oft paramilitärisch Auftreten und rechtsextremes Gedankengut vertreten.

▶ BeZe, JW, SZ 3.7.96 ◀

Altnazis

Zwei Altnazis verlassen die USA

Dem 79jährigen Altnazi **Juczas Budreika** wurde nach Angaben der US-Justizbehörde mit dessen Einverständnis die amerikanische Staatsbürgerschaft aberkannt. Dies steht im Zusammenhang damit, daß Budreika, ehemaliger litauischer Nazikollaborateur, die USA freiwillig in Richtung alte Heimat Litauen verlassen hat. Juczas Budreika gestand ein, Mitglied eines berüchtigten Schutzmannschaft-Bataillons gewesen zu sein, welches für die Ermordung Tausender Jüdinnen, Juden und weitere ZivilistInnen in den Jahren 1941/42 in Weißrußland und Litauen verantwortlich war.
Ebenfalls aus den USA hat sich der auch aus Litauen stammende Kriegsverbrecher **Alexander Lileikis** in seine ehemalige Heimat ins Baltikum abgesetzt. Er sei nach Angaben des US-Justizministerium am Dienstag, 18. Juni '96 in Vilnius angekommen, nachdem ihm ein Bundesgericht in Boston im Mai '96 die Staatsbürgerschaft ebenfalls entzogen hatte. Lileikis muß sich in Litauen wegen seiner Tätigkeit unter deutscher Besatzung als Chef der litauischen Geheimpolizei verantworten, heiß es. Lileikis wird beschuldigt, aktiv an der Verfolgung und Exekution Zehntausender jüdischer Menschen in Litauen beteiligt gewesen zu sein.
Uns verwundert, daß in einem so kleinen Zeitraum von einigen wenigen Tagen gleich zwei fast identische Fälle solcher Art auftreten. Anzeichen für einen Zusammenhang, oder gar für die Gleichheit der beiden Altnazis, die nur unterschiedliche Namen benutzen, liegen jedoch nicht vor.

▶ Taz 18.6., JW 21.6.96 ◀

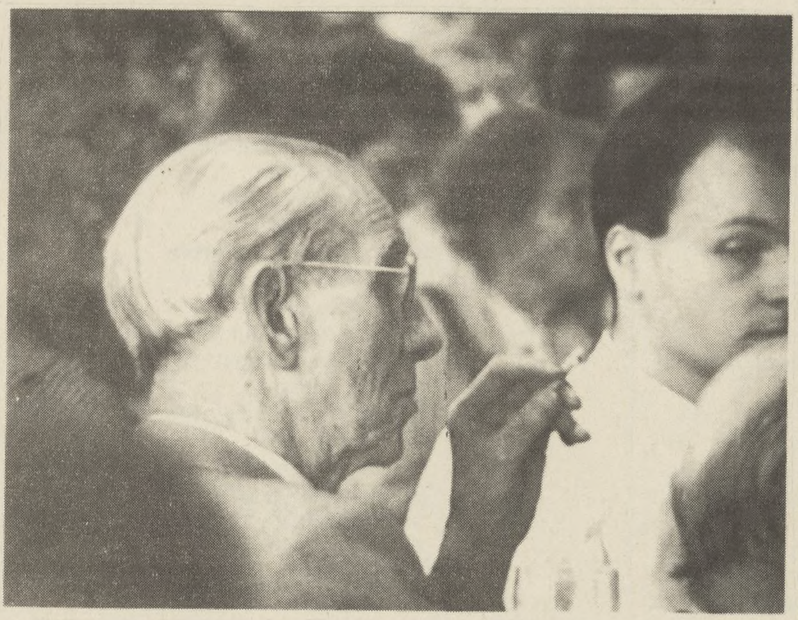
Glendale

Rassistische BürgerInnen-Demo

Im kalifornischen Glendale demonstrierten am 11. Juni '96 Bürgerinnen und Bürger *„gegen die exessive Immigration von Mexico in die USA"*. Die Einwanderungsgegner der ***Voices of Citizens Together*** protestierten unter den auch hierzulande üblichen Parolen *„Das Boot ist voll"* und *„Schließt die Grenzen"*. Dieser rassistische BürgerInnenmob liefert mit den militanten AbtreibungsgegnerInnen der extremen Rechten und den Neonazis in den USA regen Zulauf. ▶ JW 13.6.96 ◀

Otto Ernst Remer

Der in Bad Kissingen am 18. August 1912 geborene **Otto Ernst Fritz Adolf Remer** ist für die deutsche sowie für die internationale Neozazi-Szene eine bedeutende Person. Vor allem weil er als Kommandeur des ***Wachregiments Berlin*** maßgeblich an der Niederschlagung des Putschversuches vom 20. Juli 1944 beteiligt war, wird er zum „Helden" hochsterilisiert.
Remers faschistische Karriere beginnt bereits während des NS-Regime. Er ist Berufssoldat, Sicherheitsbeauftragtre von Hitler und wird für seine „Dienste" im Wachregiment Berlin zum Generalmajor der Wehmacht befördert. Auch nach der Nazi-Zeit ist Remer nicht untätig. Er gründet als militärhistorischer Berater der US Army bereits 1949 unter anderem mit **Wolf Graf von Westarp** die ***Sozialistische Reichspartei (SRP)*** und ist zudem an der Gründung d ***Geimeinschaft Unabhäniger Deutscher (GUD)*** beteiligt. 1950 wird er zuerst SRP-Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein, später sogar stellvertretender Vorstitzender der SRP. 1952 wird er wegen „Beleidigung der Verschwörer des 20. Juli" zu drei Monaten Haft verurteilt und flieht daraufhin nach Ägypten. Wegen einer Amnestie kehrt Remer 1954 in die BRD zurück und tritt ein neues Verfahren an; inzwischen ist die SRP als verfassungswiedrig verboten. Das Begehren der Regierung Adenauer, Mitte der 50er Jahre, Remer die Grundrechte nach Artikel 18 GG zu entziehen, wird 1960 vom Bundesverfassungsgericht zurückgewiesen; Remer flieht 1962 erneut in den Nahen Osten.
Dann zieht sich Remer offensichtlich rund 20 Jahre aus der Politik zurück und tritt erst wieder 1982 in die Öffentlichkeit. Am 14. Februar '82 gründet er in Starnberg unter anderem mit **Lisbet Grolitsch** (Jahrgang 1922) den ***Freundeskreis Ulrich von Hutten***, der heute einer der wichtigsten Scharnierorganisationen der Neonazis ist. Ein Jahr später scheidet er wieder aus dem „Freundeskreis" aus und gründet am 3. September '83 ***Die Deutsche Freiheitsbewegung (DDF)*** und wird dessen Vorsitzender. Mitte der 80er erscheint als Organd der DDF die erste Ausgabe von ***Der Bismarck-Deutsche*** (1989 umbenannt in ***Recht und Wahrheit***). Remer hat in den folgenden Jahren ('86 und Anfang '87) viel mit der Justiz zu tun. Er wird zu einer geringen Geldstrafe, in einem anderen Falle zu 6 Monaten Haft auf Bewähung verurteilt - ein Verfahren wird eingestellt. Alles ähnliche Gründe wie bei den Verfahren Anfgang der 50er. Am 9. Oktober '87 beteiligt er sich an der „8. Revisionisten-Konferenz" des faschistischen ***Institude for Historical Review (IHR)*** in Irvine/Californien, USA und hält einen Vortrag. Das IHR kann als Zentrale des internationalen Revisionismus angesehen werden. Auf der Jahreshauptversammlung der DDF vom 30. Juli - 02. Juli '89 wird auf Vorschlag Remers **Georg Albert Bosse**, Herausgeber von Recht und Wahrheit, zum ersten Vorsitzenden der DDF gewählt. Remer gibt den Vorsitz ab und wird zum Ehrenvorsitzenden ernannt, dieses Amt bekleidet er als einziges noch heute. Remer wird bei einem neuen Prozeß vom Vorwurf der „Beleidigung der Verschwörer des 20. Juli" freigesprochen. Am 21. April '90 nimmt er als Ehrengast an der revisionistischen Großveranstaltung „Wahrheit macht frei" im Münchner Löwenbräukeller teil. Organisator der Veranstaltung ist **Ewald Bela Althans**. Im gleichen Jahr wird er unter anderem wegen des „Verbreiten von Kennzeichen verfassungswiedriger Organisationen" zu 1200 DM Geldstrafe verurteilt. 1991 gründet Remer die ***J.G.Burg Gesellschaft***, als deren Organ im Juni '91 die erste Ausgabe der ***Remer-Depeche*** erscheint. Remer initiiert den revisionistischen Aufruf „Wir verlangen die Wahrheit und unser Recht", der mit über 100 UnterzeichnerInnen unter anderem im „Münchner Anzeiger" abgedruckt wird. Er wird im gleichen Jahr Mitinitiator des am 29. Juni '91 von der inzwischen verbotenen ***Nationalistischen Front (NF)*** geplanten „Revisionisten-Kongreß" unter dem Titel „Schluß mit dem Holocaust" in Röding (Bayern). Der Kongreß wird verboten und die J.G.Burg Gesellschaft (J.G.Burg = **J. Ginsburgh**, verstorbener Revisionist) veranstaltet im nahegelgenden Pösing eine Ersatzveranstaltung, auf der neben Remer unter anderem auch **Pedro Varela** aus Spanien und **Meinolf Schönborn** (Ex-Vorsitzende der NF) anwesend sind. Am 5. September '91 wird Remer erneut wegen „Volksverhetzung" zu 2250 DM Geldstrafe verurteilt. 1992 erscheint das sog. ***Rudolf-Gutachten*** vom Dipl.-Chemiker **Germar Rudolf** (Inzwischen verheirateter **Scheerer**), in dem Remer ein Geleitwort schreibt. In diesem von Remer in Auftrag gegebenen „Gutachten über die Bildung und Nachweisbarkeit von Cyanidverbindungen in den 'Gaskammern' von Auschwitz" wird der Holocaust geleugnet. Am 23. Oktober '92 wird Remer unter anderem wegen „Aufstachelung zum Rassenhaß" zu einer Haftstrafe von 22 Monaten verurteilt; er geht in Revision. Wegen des Vertriebs von Videocassetten, auf denen die „Auschwitz-Lüge" propagiert wird, kommt es im Dezember '92 zu einer weiteren Verurteilung Remers von 4 Monaten Haft auf Bewährung. Der Bundesgerichtshof weist den Revisionsantrag von der Verurteilung vom 23. Oktober zurück, woraufhin er Anfang 1994 mit seiner Frau **Aneliese Remer-Heipke** nach Marbella (Südspanien) flüchtet. Noch einen Monat bevor der Bundesgerichtshof das Urteil bestätigt hat Remer am 22. August '93 eine Schulung für Kader der ***Sozialrevolutionären Arbeiterfront (SrA)*** durchgeführt. Als Remer nach Spanien flüchtet bildet sich ein ***Freundeskreis Freiheit für General Remer*** und als Ersatz für die eingestellte Remer-Depeche diehnt der seit März '93 erscheinende ***Deutschland-Report***. Remer wird am 1. Juni '94 auf dem Flughafen von Malaga festgenommen und unter Hausarest gestellt. Dieser wird jedoch nach einigen Tagen wieder eingestellt. Ebenso wird Remers Asylantrag vom spanischen Justiz- und Innenminister abgelehnt. Das bayrischen Innenministerium hat Remer inzwischen zur weltweiten Fahndung ausgeschrieben und die Staatsanwaltschaft Schweinfurt hat für die BRD einen Auslieferungsantrag gestellt. Die Auslieferung jedoch findet nicht statt, weil der Tatbestand wegen dem Remer in Deutschland verurteilt wurde (Volksverhetzung) im spanischen Recht nicht besteht.
Remer ist wie schon erwähnt im rechtsextremen Lager eine sehr angesehne Person. Seine Anstrenung mit der DDF die rechte Szene zu einen schlug fehl. Er setzte in Zukunft einen seiner Schwerpunkte auf den Reviosionismus. Dank seiner guten Kontakte zu soldatischen Verbänden sowie zu militanten Neonazis gelang es ihm in einigen Fällen die verschiedenen „Strömungen" des internationalen Rechtsextremismus zu einen und zu gemeinsamen Aktivitäten zu bringen (Beispiel



Pösing '91 oder der Aufruf „Wir verlangen die Wahrheit...“). Den zweiten Schwerpunkt legte er auf die Heranziehung und Schulung jungen Neonazis (Beispiel SrA-Schulung am 22.8.93). Aus der Jugendorganisation der DDF, der ***Bismarck-Jugend***, zog Remer solche Nazikader wie Ewald Bela Althans und den inzwischen verstorbenen **Thomas Fink** heran.
Eben diese „Vielseitigkeit“ Remers lassen ihn zu einer Art Gallionsfigur der Nazi-Szene „schillern“. So vertreibt auch Frau Remer-Heipke über ihren ***Verlag Remer-Heipke*** neben Büchern und Videos auch „handsegnierte“ Poster von Remer. Und obwohl sich Remer aus Altersgründen in den letzten Jahren immer mehr aus der Politik zurückzog, bleibt doch mit Sicherheit die „Identifikaionsfigur-Remer“ noch lange erhalten.
An dieser Stelle möchte ich den GenossInnen des Antifa-Archiv Berlin ganz herzlich für die Hilfe danken. ▶ WGA ◀

▶ Index der #18 ◀



Stichworte

Abschiebung 9 Afghane mißhandelt
9 Hungerstreik
9 Streit um
9 Vietnamesen
10 Brutale Räumung
10 Pro Asyl
18 Aktion
19 Abschiebung
33 Abschiebung
Afrikaner 10 Brutale Räumung
26 Angriff
Algerier 10 Pro Asyl
Altnazis 6 KZ-Aufseherin
6 Thadden tot
7 Nazi-Altersheim
24 Antifas besuchten
30 Bormann
31 Auslieferung
31 NS-Kollaborateur
32 Weitere
34 Zwei Altnazis
35 Portrait
Antifaaktion 4 Aktionen
11 Antifa-Organisierung
11 Schlägereien
12 Aktion gegen
12 Republikaner
14 T4-Umzug
15 Rassistischer
18 Antifaschistischer
18 Nazi-Treffpunkt
21 Polizei
22 Antifa-Demo
23 Neue Anstatt
24 Antifas besuchten
25 Landhaus
25 Polizei
27 DSU-Veranstaltung
28 Prozeß zum Brand
29 Nazis von Antifas
33 Faschos
34 Antirassitische
Antirassismus 14 Kreuzberger
18 Aktion
Antisemitismus 11 Friedhofsschändung
30 Friedhofsschändung
31 NS-Sprüche
32 Antisemitismus
33 Jüdischer Friedhof
33 Nazi-Schmierer
Asyl 8 Folter ist kaum
8 Immer mehr
9 Afghane mißhandelt
9 Hungerstreik
9 Staat spart
9 Streit um
10 Ausflug
10 Brutale Räumung
10 Gegen die Schließung
10 Pro Asyl
14 Kreuzberger
18 Aktion
BGS 9 Afghane mißhandelt
9 Streit um
Briten 15 Rassistischer
Burschenschaften 7 Junge Freiheit
12 Aktion gegen
Faschoaktion 4 Aktionen
4 Pressedienst
11 Ausstellung stört
11 Friedhofsschändung
11 Schlägereien
12 Ausstellung stört
12 Republikaner
12 Unpolitische Angriffe
15 Rassistischer
15 Rechte Gewalt
15 Rechtsextreme
16 Brandanschlag
16 Festnahme
16 Mit Nazifahne
16 Nazi-Angriffe
16 Nazi-Schmierer
16 Naziparolen
16 Naziplakate
16 Rechtsradikale
16 Überfall
16 Ungar
18 Rechtsextreme
20 Freies Wort
20 Nazicamp
20 Naziskins
20 Rechtsradikale
21 Polizei
21 Unpolitisch
22 Morddrohungen
24 Anschlag
24 Förster
24 Nazi-Postille
25 Landhaus
25 Nigerianer
25 Polizei
26 Afrikaner
26 Angriff
26 Brutaler Naziüberfall
26 Rechter Jugendlicher
26 Terror
27 DSU-Veranstaltung
27 Gescheiterter
27 Polizei beendet
28 REP-Demo
29 12 Nazis
29 Ausstellung
29 Faschisten
29 Nazikonzert
29 Nazis von Antifas
29 NPD-Kundgebung
29 Rechter Liederabend
29 Sonnenwendfeier
30 DVU in
30 Friedhofsschändung
30 Oase will
31 FN zensiert
31 NS-Sprüche
31 Plakataktion
32 Antisemitismus
32 Neofaschisten
33 Abschiebung
33 Faschos
33 Jüdischer Friedhof
33 Nazi-Schmierer
33 Nazi-Terror
33 Neue nationalistische
33 Rechtesextreme
34 Demo für Apartheid
34 Nazi-Miliz
Faschostruktur 4 Junge Nationaldemok.
11 Anti-Antifa
11 Neue REP
12 Nazi-Militaria
15 Rechte Gewalt
17 Faschostrukturen
19 Fascho-Fröhlich
23 Regionale
25 Landhaus
25 Sascha Jung
26 Wurzen
27 VS zu Nazi
28 REP-Demo
30 Eisenacher Signal
30 Oase will
32 Neue Neonazi
33 Neue Nazi-Mailbox
35 Portrait
Festnahmen 4 Aktionen
11 Schlägereien
12 Unpolitische Angriffe
16 Nazi-Schmierer
16 Rechtsradikale
20 Nazicamp
20 Naziskins
21 Polizei
24 Anschlag
24 Demo-Nachspiel
25 Nigerianer
26 Afrikaner
26 Angriff
26 Brutaler Naziüberfall
26 Rechter Jugendlicher
26 Terror
26 Wurzen
27 Polizei beendet
29 12 Nazis
29 Faschisten
29 Nazikonzert
29 Sonnenwendfeier
31 NS-Sprüche
31 Plakataktion
33 Faschos
33 Nazi-Schmierer
34 Nazi-Miliz
Folter 8 Folter ist kaum
10 Pro Asyl
Friedhof 11 Friedhofsschändung
21 Unpolitisch
30 Friedhofsschändung
33 Jüdischer Friedhof
Gedenken 14 T4-Umzug
18 Verdienen
Rud.-Heß-Marsch 4 Junge Nationaldemok.
22 Antifa-Demo
Hungerstreik 9 Hungerstreik

	10	Brutale Räumung
Internet	7	BFB im Internet
	33	Neue Nazi-Mailbox
Jordanier	29	Opfer wurde
Jugoslawen	12	Unpolitische Angriffe
Justiz	5	4 Jahre
	7	Prozeß gegen
	7	Unterstützung
	11	Skinheads Allgäu
	11	Wieder Anklage
	12	Strafe für
	13	Andreas Röhler
	13	Sleipnir-Prozeß
	14	Antifaschist
	14	Bernd Suhr
	14	Vier Monate
	16	Hakenkreuze
	17	Urteile
	17	Prozeß
	18	Anklage
	18	Hübner
	20	Ermittlungen
	20	Rechte Schöffin
	21	Einsatzleiter
	21	Verfahren gegen
	23	Assyrer
	23	Knast für
	23	Regionale
	24	Bewährungsstrafe
	24	Demo-Nachspiel
	24	Republikaner
	28	Prozeß zum Brand
	28	Synagogenbrand
	29	Bewährung
	29	Opfer wurde
	30	Friedhofsschändung
	31	Auslieferung
	32	Einbürgerung
	32	Weitere
	34	Nazi-Miliz
	34	Protest
	34	Zwei Altnazis
	35	Portrait
Kirchenasyl	8	Immer mehr
Kurden	19	Abschiebung
Landh. Almensee	25	Landhaus
Leserkreise	7	Junge Freiheit
Libanese	15	Rechtsextreme
Malier	10	Brutale Räumung
Militarismus	6	Bonner Geld
Nigerianer	25	Nigerianer
Pakistani	16	Überfall
Pandi	9	Streit um
	18	Aktion
Pfadfinder	11	Wieder Anklage
Polizei	9	Afghane mißhandelt
	9	Ostgrenze
	10	Brutale Räumung
	13	Polizei
	14	Beweise
	17	Prozeß
	19	Abschiebung
	20	Ermittlungen
	24	Demo-Nachspiel
	25	Polizei
	28	Prozeß zum Brand
Rassismus	9	Afghane mißhandelt
	12	Unpolitische Angriffe
	13	Polizei
	14	Beweise
	15	Rassistischer
	15	Rechtsextreme
	17	Prozeß
	19	Rassenkunde
	29	Opfer wurde
	32	Neofaschisten
	33	Abschiebung
	34	Rassistische
Razzia	11	Skinheads Allgäu
	14	Nazi-Mucke
	23	Regionale
	26	Wurzen
	29	12 Nazis
Revisionismus	7	Unterstützung
	35	Portrait
Runder Tisch	25	Landhaus
Sinti / Roma	18	Broschüre
Solidarität	8	Immer mehr
	10	Ausflug
	10	Brutale Räumung
	17	Staatsanwalt
	21	Verfahren gegen
	33	Nazi-Terror
Sonnenwendfeier	21	Polizei
T-Online	32	Einbürgerung
Tote	8	348 Tote
	31	NS-Kollaborateur
Türken	13	Polizei
	15	Rechtsextreme
	26	Rechter Jugendlicher
Ungarn	16	Ungar
Uni	12	Aktion gegen
	12	Dr. Nazi
	19	Rassenkunde
	25	Polizei
Vertriebene	5	Rechtsextremisten
Vietnamesen	9	Vietnamesen
	17	Prozeß
Wahlen	22	Republikaner
Wassermann	17	Faschostrukturen
	18	Nazi-Treffpunkt
Zairer	26	Afrikaner

Organisationen / Medien

AFD	33	Rechtesextreme
AK-Antifa	11	Antifa-Organisierung
Aktion Frank S.	12	Nazi-Militaria
Akt. Ostpeußenh.	20	Freies Wort
Aktion Sühnezei.	18	Verdienen
Aktion Westerw.	24	Förster
Aktives Museum	18	Verdienen
AN	32	Neofaschisten
ANK	25	Landhaus
ANR	26	Wurzen
ANS	12	Nazi-Militaria
Anstatt	23	Neue Anstatt
Anti-Antifa	27	VS zu Nazi
Antifa M	11	Antifa-Organisierung
	21	Verfahren gegen
Antifasch. Bund	23	Regionale
Asyl in der Kirche	8	Immer mehr
Aufbruch	27	VS zu Nazi
AWB	25	Landhaus
BAF	29	Nazis von Antifas
BBZ	12	Republikaner
BFB	7	BFB im Internet
	27	DSU-Veranstaltung
Braunauer Ausg.	32	Neue Neonazi
Bündnis Rechte	22	Republikaner
Bundschuh	19	Fascho-Fröhlich
CDU	20	Rechte Schöffin
	28	REP-Demo
CNF	30	Friedhofsschändung
Cogito	11	Wieder Anklage
DA	17	Faschostrukturen
	18	Hübner
	18	Nazi-Treffpunkt
	23	Regionale
	25	Landhaus
DAG	22	Morddrohungen
DDF	35	Portrait
Der Freiwillige	7	Nazi-Altersheim
Deutsche Liste H.	23	Regionale
Deutsche Welle	26	Wurzen
Dt. FK Nordharz	27	VS zu Nazi
Deutsches Kolleg	7	Junge Freiheit
Deutschland-For.	28	REP-Demo
Deutschland-Rep.	35	Portrait
Diakon. Werk	10	Gegen die Schließung
Die Franken	12	Aktion gegen
Dissident BBS	33	Neue Nazi-Mailbox
DL	25	Landhaus
	28	REP-Demo
DN	23	Regionale
DNSB	30	Oase will
Domizil	15	Rechte Gewalt
DRG	6	DRG aufgelöst
DRP	6	Thadden tot
Druffel-Verlag	11	Wieder Anklage
	25	Sascha Jung
DSU	27	DSU-Veranstaltung
	30	Eisenacher Signal
DVU	5	Rechtsextremisten
	11	Anti-Antifa
	30	DVU in
	33	Rechtesextreme
Eckartbote	5	Waffenschmidt
Eisenacher Signal	30	Eisenacher Signal
Elbsturm	27	Polizei beendet
Expo	33	Nazi-Terror
FAP	14	Bernd Suhr
	23	Regionale
	24	Republikaner
	25	Landhaus
	27	VS zu Nazi
	30	Friedhofsschändung
FAZ	7	Unterstützung
FF	32	Neue Neonazi
FK Filmkunst	19	Fascho-Fröhlich
FK UvH	35	Portrait
FN	30	Friedhofsschändung
	31	FN zensiert
Freie Stimme	33	Neue Nazi-Mailbox
Freies Wort	20	Freies Wort
Freiheit Wattens.	24	Nazi-Postille
Freiheitliche	33	Abschiebung
Friedensburg	17	Faschostrukturen
Fröhliche Tontr.	19	Fascho-Fröhlich
FSU	18	Antifaschistischer
GdNF	4	Junge Nationaldemok.
GdP	9	Streit um
GEW	11	Ausstellung stört
Grabert-Verlag	7	Unterstützung
Grüne/B.90	9	Streit um
	20	Rechte Schöffin
GUD	35	Portrait
Harzer Heimatb.	27	VS zu Nazi
Harzfront	27	VS zu Nazi
HIAG	7	Nazi-Altersheim
HNA	20	Freies Wort
HNG	25	Landhaus
	29	Rechter Liederabend
IG Medien	20	Freies Wort
IHR	35	Portrait
Info 14	33	Nazi-Terror
Infokneipe	11	Antifa-Organisierung
JN	4	Aktionen
	4	Junge Nationaldemok.
	11	Anti-Antifa
	14	PDS legt
	18	Antifaschistischer
	22	Republikaner
	26	Wurzen
	27	VS zu Nazi
JNS	15	Rechte Gewalt
	17	Faschostrukturen
Junge Freiheit	5	Rechtsextremisten
	7	Junge Freiheit
	19	Fascho-Fröhlich
	33	Habsburg
Junge Welt	15	Rassistischer

Junges Franken	11	Ausstellung stört
Jusos	25	Sascha Jung
KGAK	7	Junge Freiheit
KKK	34	Antirassitische
Kontakte	18	Verdienen
KPE	11	Wieder Anklage
Krzyzowiec	33	Neue nationalistische
KS Beusselkiez	12	Republikaner
KS Elbe-Ost	27	VS zu Nazi
KS Recklingh.	23	Regionale
KS Wittenberg	27	VS zu Nazi
Kyffhäuser-Bund	6	Bonner Geld
Lega Nord	32	Neofaschisten
Literaturcafé	15	Rechte Gewalt
	16	Nazi-Angriffe
Lübecker Bündnis	28	Prozeß zum Brand
Mjölnir	23	Regionale
NA	14	Vier Monate
Nation & Europa	4	Pressedienst
	6	Thadden tot
	25	Landhaus
	25	Sascha Jung
	27	DSU-Veranstaltung
Nationale	4	Aktionen
	12	Republikaner
	15	Rechte Gewalt
	17	Faschostrukturen
	27	VS zu Nazi
NDO	25	Landhaus
NF	4	Junge Nationaldemok.
	11	Anti-Antifa
	12	Nazi-Militaria
	23	Regionale
	35	Portrait
NHB	4	Junge Nationaldemok.
NPD	5	Rechtsextremisten
	6	Thadden tot
	7	Unterstützung
	11	Ausstellung stört
	12	Ausstellung stört
	22	Republikaner
	23	Regionale
	25	Landhaus
	26	Wurzen
	27	VS zu Nazi
	29	Bewährung
	29	NPD-Kundgebung
NS-Kampfruf	14	Vier Monate
NSDAP/AO	5	4 Jahre
	14	Vier Monate
	23	Regionale
Null Acht Fuffz.	25	Landhaus
Offene Grenzen	8	348 Tote
ÖVP	33	Habsburg
Paneuropa-Union	33	Habsburg
PBS	11	Wieder Anklage
PDS	6	Bonner Geld
	14	PDS legt
	22	Morddrohungen
PNFE	30	Friedhofsschändung
Pressedienst Eur.	4	Pressedienst
Pro Asyl	9	Streit um
	10	Pro Asyl
PSZ	10	Gegen die Schließung
Radio Oase	30	Oase will
Remer-Depesche	35	Portrait
REP	5	Rechtsextremisten
	11	Neue REP
	12	Republikaner
	12	Strafe für
	18	Niederlage
	20	Rechte Schöffin
	22	Republikaner
	23	Regionale
	24	Republikaner
	25	Landhaus
	27	VS zu Nazi
	28	REP-Demo
	30	Eisenacher Signal
Rotkäppchen	29	Nazis von Antifas
Samisdat Publish.	32	Einbürgerung
Schlesier	7	Unterstützung
SHARP	34	Protest
Skinheads Allgäu	11	Skinheads Allgäu
SL	5	Rechtsextremisten
Sleipnir	13	Andreas Röhler
	13	Sleipnir-Prozeß
SPD	5	Rechtsextremisten
SrA	35	Portrait
SRP	22	Republikaner
	35	Portrait
Starkstrom	25	Landhaus
Südthüringer Z.	20	Freies Wort
Thule-Netz	4	Junge Nationaldemok.
	33	Neue Nazi-Mailbox
Thule-Seminar	33	Neue Nazi-Mailbox
Tredje Posisjon	32	Neue Neonazi
Umbruch	27	VS zu Nazi
UN	33	Rechtesextreme
Ung Front	32	Neue Neonazi
UWG	23	Regionale
Valkyria	32	Neue Neonazi
VAPO	22	Morddrohungen
VDA	5	Waffenschmidt
Verlag d. Freunde	13	Andreas Röhler
	13	Sleipnir-Prozeß
Vern av Ostfold	32	Neue Neonazi
Vestische	23	Regionale
Viking	32	Neue Neonazi
VLDO	25	Landhaus
VM	34	Nazi-Miliz
VoCT	34	Rassistische
Volkstreue Stim.	33	Rechtesextreme
Vollstrecker	25	Landhaus
Vorderste Front	4	Junge Nationaldemok.
VVN/BdA	11	Ausstellung stört
Widerstand	33	Neue Nazi-Mailbox
Wir selbst	4	Junge Nationaldemok.
Witikobrief	5	Rechtsextremisten
Witikobund	5	Rechtsextremisten
WJ	12	Republikaner
	20	Freies Wort
	24	Republikaner
	29	NPD-Kundgebung
WSG Hoffmann	12	Nazi-Militaria

Personen

A., Silvio	28	Prozeß zum Brand
Adler, Henning	22	Morddrohungen
Agulló, Guillem	34	Protest
Ahmad, A.	15	Rechtsextreme
Allouchery, Fran.	30	Friedhofsschändung
Alpervicius, Sim.	32	Antisemitismus
Althans, Ewald	6	Althans
	35	Portrait
Andreas, Rudolf	30	Eisenacher Signal
Antón, Francisco	34	Protest
Apfel, Holger	4	Aktionen
	4	Junge Nationaldemok.
Aslan, Adem	19	Abschiebung
Attey, Victor	28	Prozeß zum Brand
Aulich, Michael	12	Republikaner
Beckers, Ralf	24	Republikaner
Beckmann, Kurt	5	Rechtsextremisten
Beer, Klaus-Peter	11	Anti-Antifa
Berger, Almuth	18	Broschüre
Birkholz, Ekkeh.	27	DSU-Veranstaltung
Blohm, Peter	18	Verdienen
Bohl, Friedrich	6	Bonner Geld
Bompard, Jacques	31	FN zensiert
Bonhoeffer, Dietr.	6	Bonhoeffer rehabilit.
Borchert, Siegfr.	25	Landhaus
Bormann, Martin	30	Bormann
Bortscheller, Ralf	18	Aktion
Bosse, Georg Alb.	35	Portrait
Bräcklein, Jürgen	22	Nazikunst
Brehl, Thomas	12	Nazi-Militaria
Brinkmann, Peter	22	Republikaner
Bublis, Siegfried	4	Junge Nationaldemok.
Budreika, Juczas	34	Zwei Altnazis
Bundt, Fritz	22	Republikaner
Buttler, Harald	14	PDS legt
Büttner, Walter	26	Wurzen
Canaris, Wilhelm	6	Bonhoeffer rehabilit.
Casteas, Ilias	27	VS zu Nazi
Coindé, Henri	10	Brutale Räumung
Colditz, Heinz	22	Morddrohungen
Cornilleau, Cl.	30	Friedhofsschändung
Cuevas, Pedro	34	Protest
D., Melanie	23	Regionale
Dagenbach, Alfr.	11	Neue REP
Darnand, Joseph	31	FN zensiert
Deckert, Jürgen	21	Einsatzleiter
Deutschle, Ulrich	11	Neue REP
Dienel, Thomas	7	Prozeß gegen
Eichler, Klaus-D.	17	Prozeß
Eickstedts, Egon	19	Rassenkunde
Eid, Safwan	28	Prozeß zum Brand
Eigenthaler, Egon	11	Neue REP
Eisenecker, Hans	13	Sleipnir-Prozeß
Evola. Julius	31	FN zensiert
Fink, Thomas	35	Portrait
Fröhlich, Adolf	19	Fascho-Fröhlich
Fuchs, Jürgen	6	KZ-Aufseherin
Garcia, Gerardo	34	Protest
Gaul, Hartmut	22	Morddrohungen
Gaul, Ingrid	22	Morddrohungen
Gehre, Ludwig	6	Bonhoeffer rehabilit.
Ginsburgh, J.	35	Portrait
Goertz, André	18	Antifaschistischer
Golgowski, Frank	29	Bewährung
Grabert, Wigbert	7	Unterstützung
Grolitsch, Lisbet	35	Portrait
Grudke, Hartmut	23	Regionale
Grünthaler, M.	12	Nazi-Militaria
Guarda, Alberto	30	Bormann
Günther, Andreas	18	Broschüre
Gysi, Gregor	22	Morddrohungen
Haage, Hans	32	Weitere
Habeland, Th.	17	Urteile
Habsburg, Karl	33	Habsburg
Habsburg, Otto v.	33	Habsburg
Hähndel, Paul	22	Nazikunst
Haider, Jörg	33	Abschiebung
Hamann, Matthias	28	Prozeß zum Brand
Hammad, Hisham	24	Demo-Nachspiel
Hansen, Jonni	30	Oase will
Hartback, Andr.	24	Republikaner
Haß, Karl	31	Auslieferung
Hauser, Eduard	11	Neue REP
Hehl, Christian	25	Landhaus
Heise, Thorsten	23	Knast für
Heiss, Stefan	30	Eisenacher Signal
Herbi, Wilhelm	25	Landhaus
Herbricht, Mich.	11	Neue REP
Heß, Rudolf	4	Aktionen
Hoffmann, Konr.	25	Landhaus
Höhn, Charlotte	25	Polizei
Holzapfel, Dieter	22	Morddrohungen
Hörnle, Raimund	22	Morddrohungen
Hübner, Frank	18	Hübner
Huchler, Josef	11	Neue REP
Hupka, Steffen	4	Aktionen
	27	VS zu Nazi
Jäck, Sigmund	17	Prozeß
Jelpke, Ulla	6	Bonner Geld
	22	Morddrohungen
Jescke, Wolfgang	25	Landhaus
Juchem, Wolfgang	25	Landhaus
	33	Rechtesextreme
Jung, Sascha	25	Sascha Jung
Just, Wolf-Dieter	8	Immer mehr
Kansen, Arno	19	Fascho-Fröhlich
Kanther, Manfred	9	Hungerstreik

9 Ostgrenze
Käs, Christian 11 Neue REP
Kehn, Ingo 17 Urteile
Keller-Keller, Juan 30 Bormann
Kienitz, G. 6 KZ-Aufseherin
Kittlaus, Manfred 27 DSU-Veranstaltung
Kluss Hans Herm. 30 Eisenacher Signal
Kniola, Franz-J. 9 Streit um
Knußmann, Rainer 19 Rassenkunde
Koch, Bernd 23 Regionale
König, Heinz 22 Republikaner
König, Lothar 11 Neue REP
Kopp, Hans-Ulrich 7 Junge Freiheit
Kosiek, Rolf 7 Unterstützung
Kowarik, Helmut 5 Waffenschmidt
Krause, Rudolf 28 REP-Demo
Krebs, Pierre 33 Neue Nazi-Mailbox
Krisch, Wolfram 11 Neue REP
Krüger, Hartmut 30 Eisenacher Signal
Krutil, Otmar 12 Strafe für
Kühnen, Michael 4 Junge Nationaldemok.
12 Nazi-Militaria
Kühnrich, Reinh. 22 Morddrohungen
Kummerow, Holg. 10 Gegen die Schließung
Kurlbaum, Kim 12 Republikaner
Küssel, Gottfried 22 Morddrohungen
Kusters, Constant 4 Aktionen
Landsberger, S. 11 Anti-Antifa
Langer, Alex. 22 Morddrohungen
Langnickel, Rob. 23 Regionale
Lauck, Gary 5 4 Jahre
14 Vier Monate
25 Landhaus
Le Heine, Werner 15 Rassistischer
Lederer, Andrea 22 Morddrohungen
Lemke, Horst 23 Regionale
Leonhardt, Jens 28 Prozeß zum Brand
Lewandowski, G. 20 Rechte Schöffin
Lileikis, Alex. 34 Zwei Altnazis
Lopez, Sanchez 34 Protest
Lorenz, Richard 11 Anti-Antifa
Lutz, Hermann 9 Streit um
M., Ibrahim 29 Opfer wurde
Maaß, Frank 23 Regionale
Maccioni, Stef. 31 Auslieferung
Malcoci, Marie L. 30 Friedhofsschändung
Mario, P. 15 Rassistischer
Marx, Nikolaus 22 Republikaner
May, Christine 20 Rechte Schöffin
Mechtersheimer 27 DSU-Veranstaltung
Mehrforth, Rainer 20 Freies Wort
Molau, Andreas 25 Sascha Jung
Montanana, Jose 34 Protest
Müller, Dieter 11 Anti-Antifa
Müller, Marcus 26 Wurzen
Müller, Werner 12 Republikaner
N., Nwame 19 Abschiebung
Näser, Marco 11 Anti-Antifa
Neubauer, Franz 5 Rechtsextremisten
Neubauer, Harald 25 Landhaus
Neumann, Peter 4 Junge Nationaldemok.
Noack, Michael 23 Regionale
Noack, Werner 5 Rechtsextremisten
Noel, Martin, 15 Rassistischer
Nothdurft, Joach. 27 DSU-Veranstaltung
Oberkinkhaus, H. 23 Regionale
Oberländer, Th. 24 Antifas besuchten
Oberlercher, R. 7 Junge Freiheit
Oster, Hans 6 Bonhoeffer rehabilit.
Partik-Pable, Hel. 33 Abschiebung
Pietzner, Margot 6 KZ-Aufseherin
Popiolek, Ursula 6 KZ-Aufseherin
Preradovich, Nik. 11 Wieder Anklage
Priebke, Erich 31 Plakataktion
Pritzkuleit, Klaus 10 Gegen die Schließung
Rapp, Klaus 11 Neue REP
Ratte, Willem 34 Demo für Apartheid
Rauh, Leo 20 Freies Wort
Rautenberg, E. 17 Staatsanwalt
Reber, Antonia 23 Regionale
Reber, Frank 23 Regionale
Reber, Karl-Heinz 23 Regionale
Rehkop, Friedel 22 Republikaner
Reisz, Heinz 7 Prozeß gegen
Remer, Otto Ernst 35 Portrait
Remer-Heipke, A. 35 Portrait
Rennicke, Frank 25 Landhaus
Riefling, Jürgen 23 Regionale
Rink, Roberto 27 DSU-Veranstaltung
Rodriguez-Teufer 25 Landhaus
Roeder, Manfred 20 Freies Wort
Röhler, Andreas 13 Andreas Röhler
13 Sleipnir-Prozeß
Rose, Romani 18 Broschüre
Rudolf, Germar 35 Portrait
Rustemeyer, Hans 25 Landhaus
Sack, Karl 6 Bonhoeffer rehabilit.
Schaffer, Ursula 25 Landhaus
Scheerer, Germar 7 Unterstützung
13 Andreas Röhler
Schlagenhaufer 12 Nazi-Militaria
Schlierer, Rolf 11 Neue REP
12 Republikaner
Schlosser, Ernst 25 Landhaus
Schmitt, Bern 23 Regionale
Schneider, Hans 12 Dr. Nazi
Schneider, Heinz 30 Eisenacher Signal
Schneider, Rolf 25 Landhaus
Schneider, V. 7 Nazi-Altersheim
Schönbohm, Jörg 8 Immer mehr
9 Vietnamesen
Schönborn, Mein. 4 Junge Nationaldemok.
35 Portrait
Schönhuber, Fr. 25 Sascha Jung
Scholtz, Dieter 11 Wieder Anklage
Schonath, Alex. 11 Neue REP
Schrenk von Nort 27 DSU-Veranstaltung
Schröke, Helmut 7 Unterstützung
Schünemann, P. 12 Republikaner
Schwab, Jürgen 25 Sascha Jung
Schweigert, Oliver 14 Vier Monate
Schwerte, Hans 12 Dr. Nazi
Schwidetzky, Ilse 19 Rassenkunde
Seibt, Ferdinand 5 Rechtsextremisten
Sieg, Hans-Otto 5 4 Jahre
Singhofen, Peter 11 Ausstellung stört
Sippel, Heinrich 5 4 Jahre
Soltau, Opal 5 4 Jahre
Stein, Dieter 19 Fascho-Fröhlich
Stingl, Josef 11 Wieder Anklage
Stoiber, Edmund 5 Rechtsextremisten
Stolpe, Manfred 18 Broschüre
Straube, Klausge. 6 DRG aufgelöst
Sündermann, H. 11 Wieder Anklage
Suhr, Bernd 14 Bernd Suhr
Swierczek, Mich. 4 Junge Nationaldemok.
Tag, Ernst 25 Landhaus
Talbot, René 14 T4-Umzug
Thadden, Adolf v. 6 Thadden tot
Thaler, Thorsten 12 Republikaner
Titho, Karl Friedr. 32 Weitere
Töpfer, Andreas 13 Sleipnir-Prozeß
Töpfer, Peter 13 Andreas Röhler
Touvier, Paul 31 NS-Kollaborateur
Trittin, Jürgen 9 Streit um
Troll, Heinz 11 Neue REP
U., Ngyen 17 Prozeß
V., Thuan 17 Prozeß
Varela, Pedro 35 Portrait
Vogelskamp, Dirk 8 Immer mehr
Vorderbrügge, S. 22 Morddrohungen
Waffenschmidt 5 Waffenschmidt
Wallner, Ottmar 28 REP-Demo
Weiche, Bernhard 25 Landhaus
Weiß, Norman 11 Anti-Antifa
Wendt, Christian 12 Republikaner
Westarp, Wolf v. 35 Portrait
Wilhelm, Rolf 11 Neue REP
Worch, Christian 4 Junge Nationaldemok.
Wotenow, Mike 28 Prozeß zum Brand
Woyczinski, J. 27 DSU-Veranstaltung
Zobel, Jan 18 Antifaschistischer
Zoglmann, Siegfr. 5 Rechtsextremisten
Zündel, Ernst 7 Unterstützung
32 Einbürgerung

Orte

Aachen 24 Republikaner
Afrika 8 Immer mehr
18 Aktion
Allgäu 11 Antifa-Organisierung
Altenkirchen 20 Rechtsradikale
Amberg 11 Anti-Antifa
Angermünde 15 Rechte Gewalt
16 Nazi-Angriffe
Ann Arbor 34 Antirassitische
Aurillac 10 Brutale Räumung
Bad Dürkheim 25 Landhaus
Bad Harzburg 4 Aktionen
Bad Kissingen 35 Portrait
Bad Lauchstädt 4 Aktionen
Bamberg 11 Ausstellung stört
Barleben 26 Terror
Belzig 6 KZ-Aufseherin
Bergamo 31 Plakataktion
Bergfelde 16 Naziparolen
Berlin 7 Junge Freiheit
8 348 Tote
8 Immer mehr
12 Republikaner
12 Unpolitische Angriffe
13 Andreas Röhler
13 Polizei
13 Sleipnir-Prozeß
14 Beweise
14 Kreuzberger
14 Nazi-Mucke
14 Bernd Suhr
14 PDS legt
14 T4-Umzug
14 Vier Monate
23 Regionale
Bernau 17 Prozeß
Bialystok 33 Jüdischer Friedhof
Bielefeld 24 Bewährungsstrafe
Binz 20 Rechtsradikale
Bitterfeld 4 Aktionen
Bochum 24 Nazi-Postille
Bonn 24 Antifas besuchten
Bordeaux 10 Brutale Räumung
Brandenburg 15 Rechte Gewalt
16 Überfall
Braunschweig 7 Junge Freiheit
22 Nazikunst
Bremen 8 Immer mehr
18 Niederlage
18 Rechtsextreme
Buchenwald 29 Nazis von Antifas
Büren 24 Demo-Nachspiel
Burg Hohenberg 7 Junge Freiheit
Carpentras 30 Friedhofsschändung
Castellón Plana 34 Protest
Chile 30 Bormann
Coburg 11 Schlägereien
Cottbus 15 Rechte Gewalt
17 Faschostrukturen
18 Anklage
18 Hübner
18 Nazi-Treffpunkt
Dänemark 30 Oase will
Danzig 33 Neue nationalistische
Darbu 32 Neue Neonazi
Dijon 10 Brutale Räumung
Dorsten 23 Regionale

Dransfeld	22	Republikaner
Dresden	7	Junge Freiheit
	26	Rechter Jugendlicher
Düsseldorf	24	Anschlag
Eberswalde	15	Rechte Gewalt
Einbeck	23	Knast für
Eisenach	30	Eisenacher Signal
Eisenstadt	33	Nazi-Schmierer
Elfenbeinküste	9	Streit um
	18	Aktion
Erfurt	29	Ausstellung
	29	Bewährung
	29	Faschisten
Erlangen	12	Aktion gegen
	12	Dr. Nazi
Eschweiler	24	Republikaner
Feldkirch	33	Faschos
Forst	15	Rechte Gewalt
Fossoli	32	Weitere
Frankfurt/Main	7	Junge Freiheit
	9	Afghane mißhandelt
	9	Hungerstreik
	10	Pro Asyl
Frankfurt/Oder	10	Illegale
Frankreich	30	Friedhofsschändung
	31	FN zensiert
	31	NS-Kollaborateur
	31	NS-Sprüche
Fürstenwalde	15	Rechte Gewalt
	15	Rechtsextreme
Gardemoen	32	Neue Neonazi
Gelsenkirchen	23	Regionale
Glasmoor	19	Abschiebung
Glendale	34	Rassistische
Göttingen	21	Verfahren gegen
Gotha	29	NPD-Kundgebung
Gressow	20	Nazicamp
Greve	30	Oase will
Grevesmühlen	28	Prozeß zum Brand
Guben	15	Rechte Gewalt
Hagen	24	Förster
Haiterbach	11	Friedhofsschändung
Halle	27	DSU-Veranstaltung
	27	VS zu Nazi
Hamburg	5	4 Jahre
	7	Junge Freiheit
	10	Ausflug
	18	Antifaschistischer
	19	Rassenkunde
Hameln	23	Assyrer
Hannover	7	Junge Freiheit
	8	Immer mehr
Hanoi	9	Vietnamesen
Herten	23	Regionale
Hetendorf	21	Polizei
Ilmenau	29	Opfer wurde
Italien	31	Auslieferung
	31	Plakataktion
	32	Neofaschisten
	32	Weitere
Jena	29	Sonnenwendfeier
Kakerbeck	27	Polizei beendet
Kanada	32	Einbürgerung
Karlsruhe	7	Junge Freiheit
Kassel	20	Rechte Schöffin
Kaunas	32	Antisemitismus
Leipzig	25	Sascha Jung
Litauen	32	Antisemitismus
	34	Zwei Altnazis
Luckenwalde	18	Verdienen
Lübbenau	23	Regionale
Lübeck	27	Gescheiterter
	28	Prozeß zum Brand
	28	Synagogenbrand
Lyon	10	Brutale Räumung
Magdeburg	26	Afrikaner
	27	VS zu Nazi
Mahlow	15	Rassistischer
Mainz	25	Polizei
Malaga	35	Portrait
Mali	10	Brutale Räumung
Marl	23	Regionale
Marseille	30	Friedhofsschändung
Meppen	22	Morddrohungen
Merseburg	4	Aktionen
Mölln	22	Antifa-Demo
Moldova	9	Afghane mißhandelt
Moringen	21	Unpolitisch
München	7	Junge Freiheit
Muldenstein	26	Angriff
Naila	7	Nazi-Altersheim
Neubrandenburg	20	Naziskins
Neubrück	16	Nazi-Schmierer
Neuruppin	16	Mit Nazifahne
Neusalza	26	Brutaler Naziüberfall
Nienburg	23	Neue Anstatt
Nordkisa	32	Neue Neonazi
Norwegen	32	Neue Neonazi
Nürnberg	7	Junge Freiheit
	11	Schlägereien
Österreich	33	Abschiebung
	33	Faschos
	33	Habsburg
	33	Nazi-Schmierer
	33	Neue Nazi-Mailbox
	33	Rechtesextreme
Östfold	32	Neue Neonazi
Oldenburg	22	Morddrohungen
Orange	31	FN zensiert
Oslo	32	Neue Neonazi
Ottawa	32	Einbürgerung
Paris	10	Brutale Räumung
Plau am See	20	Rechtsradikale
Polen	9	Ostgrenze
	33	Jüdischer Friedhof
	33	Neue nationalistische
	33	Rechtesextreme
Premnitz	16	Naziplakate
Pretoria	34	Demo für Apartheid
Rahlstedt	19	Fascho-Fröhlich
Ramsla	29	Nazikonzert
Rathenow	15	Rechte Gewalt
Rechnitz	33	Nazi-Schmierer
Recklinghausen	23	Regionale
Regensburg	12	Ausstellung stört
Rheinsberg	15	Rechte Gewalt
	16	Rechtsradikale
Rödernhof	6	KZ-Aufseherin
Rohldorf	16	Festnahme
Rosenberg	12	Nazi-Militaria
Rostock	21	Einsatzleiter
Saarlois	25	Nigerianer
Sachsenhausen	16	Hakenkreuze
	17	Urteile
Schenkenberg	16	Brandanschlag
Schermbeck	23	Regionale
Schweden	33	Nazi-Terror
Simrishamn	33	Nazi-Terror
Sonthofen	11	Antifa-Organisierung
Spanien	34	Protest
	35	Portrait
Stade	22	Republikaner
Steinenbronn	13	Andreas Röhler
Stralsund	20	Ermittlungen
Struthof	31	NS-Sprüche
Stuttgart	7	Junge Freiheit
Südafrika	34	Demo für Apartheid
Suhl	20	Freies Wort
	28	REP-Demo
Sulzbach	12	Nazi-Militaria
Teltow	16	Ungar
Thale	27	VS zu Nazi
Trollhätten	4	Aktionen
Tschechien	9	Ostgrenze
Turin	32	Neofaschisten
Türkei	8	Immer mehr
USA	5	4 Jahre
	34	Antirassitische
	34	Nazi-Miliz
	34	Rassistische
	34	Zwei Altnazis
Vietnam	9	Vietnamesen
Vilnius	34	Zwei Altnazis
Warschau	33	Jüdischer Friedhof
Weilrode	29	Rechter Liederabend
Wien	33	Neue Nazi-Mailbox
	33	Rechtesextreme
Wilhelmshorst	19	Fascho-Fröhlich
Wittenberg	27	VS zu Nazi
Wolgast	20	Ermittlungen
Worms	4	Aktionen
Wurzen	26	Wurzen
Ziltendorf	10	Illegale